

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte

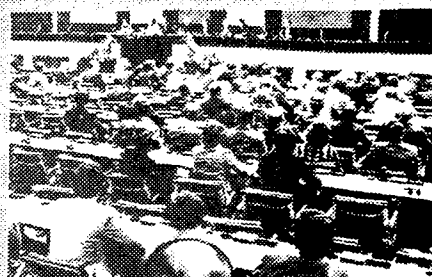


7. Dezember 1980
Jg. 1 Nr. 5

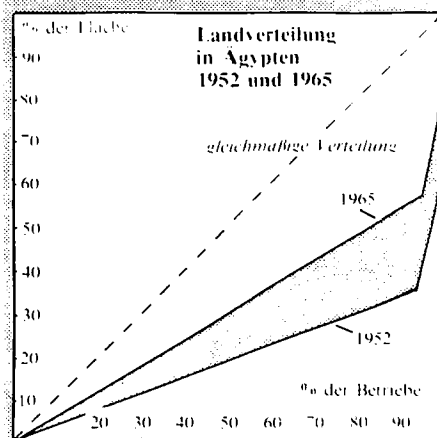
Preis:
2 DM



Regierung: Schmidts detaillierte Staatszielvorstellungen Seite 8



KSZE-Konferenz: Imperialistische Einmischungsintrigen – Herausforderung für den proletarischen Internationalismus Seite 13



Ägypten: „Noch nicht wie Taiwan“ – Imperialisten wollen Stützpunkte und Extraprofit mit Niedriglöhnen Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 3000 Hannover, Große Düwelstraße 55, Telefon 05 11/85 35 27
Erscheint vierzehntägig im Verlag GNN m.b.H., 8000 München 90, Wellenstraße 12, Telefon 0 89/48 34 61. Preis: 2 DM

Inhalt

<i>Ausländerpolitik:</i> Bundesregierung für weiteren Anwerbestopp und Verschärfung des Asylrechts für Ausländer	Seite 3
Schulpolitik des Arbeitsministers	Seite 4
Geschichte der Ausländer in Deutschland – Daten	Seite 5
<i>Aus Politik und Wirtschaft – kurz berichtet</i>	Seite 6
<i>Europäisches Währungssystem:</i> BRD für Europäische Zentralbank mit „Unabhängigkeit wie Bundesbank“	Seite 7
<i>Kanada:</i> Regierung gegen Energieverbund mit den USA ..	Seite 7
<i>Regierung:</i> Schmidts detaillierte Staatszielvorstellungen ..	Seite 8
<i>Postarbeiterstreik:</i> Ein vorläufiges Ergebnis im Kampf gegen die Schichtarbeit	Seite 9
<i>Großbritannien:</i> Feuerwehrleute setzen Lohnforderung durch	Seite 10
<i>Lohnbewegung Metall:</i> Konjunkturprognostik schützt vor den Folgen der Krise nicht	Seite 11
<i>Welttextilabkommen:</i> Warnstreik der europäischen Textilarbeiter	Seite 12
<i>KSZE-Konferenz:</i> Imperialistische Einmischungsintrigen: Herausforderung an den proletarischen Internationalismus ..	Seite 13
Der NATO-Vertrag	Seite 14
Nördlich des Wendekreises des Krebses	Seite 15
Die Forderungen gegen die Kriegstreiberei der Imperialisten lassen sich nicht unterdrücken	Seite 16
<i>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</i>	Seite 18
<i>Grundig/Werksschließungen:</i> „Rucksackbetriebe“, vor 15 Jahren angesiedelt, jetzt Schließung	Seite 19
<i>BMW:</i> Rationalisierung im Angestelltenbereich	Seite 19
<i>Bayern:</i> Kampf gegen NPD-Parteitag in Augsburg	Seite 20
<i>Mineralölsteuer:</i> Ertrag der Lohnsteuerreform gleich wieder kassiert	Seite 20
<i>Daimler Teststrecke:</i> Über 130 Widersprüche gegen Flurbereinigung	Seite 21
<i>Berufsgrundbildungsjahr:</i> Hilfsarbeiterproduktion für die Kapitalisten muß verhindert werden	Seite 22
<i>Kommunalpolitik:</i> Aufbau einer Front gegen Gebührenerhöhungen	Seite 23

FT Pharmazie: Zusammenschluß gegen MC-Prüfungsverfahren
Seite 23

Stationierungsstreitkräfte: US-Besatzer reagieren auf Warnstreiks Seite 24 |

Kindertagesstätten: Streikvorbereitungen gegen 20%ige Überbelegung Seite 24 |

Rekrutengelöhne: Kommando „Helm ab zum Gebet“ unter Aufsicht von tausenden Polizisten und Feldjägern Seite 25 |

Stichwort Wehrdisziplinar- und Strafordnung Seite 27 |

Internationale Nachrichten

Seite 28

UdSSR-Außenhandel: Wachsender Export bei sinkendem Zuwachs der Industrieproduktion Seite 29 |

Kampuchea: Vietnams Vernichtungsfeldzug vorerst gescheitert
Seite 29

VR China: Teures Lehrgeld für importierte Stahlwerke .. Seite 30 |

Pakistan-Moratorium: Gläubigerkonferenz will Bedingungen diktieren Seite 31 |

Ägypten: „Noch nicht wie Taiwan“ – US-Imperialisten wollen Stützpunkte und Extraprofit mit Niedriglöhnen Seite 32 |

Stichwort Landreform Seite 32 |

Italien: Arbeiterbewegung organisiert Erdbebenhilfe ... Seite 33 |

Französische Justiz: Vorbereitung auf rauhere Klassenkämpfe
Seite 33

Aus Kultur und Wissenschaft

Seite 34

Deutscher Schlager: Dschingis Khan – Geschichts- und andere Mythen Seite 34 |

Munic-München über alles in der Welt Seite 34 |

„Ärztinnen“ als Familiendrama? Seite 34 |

Cortés: Die Eroberung Mexikos Seite 35 |

Kirche: Wojtyla will Künste in „geistig-religiöse Tiefen“ tauchen
Seite 35

Goya: Eine Kunst, die nicht nur der Reaktion um 1800 zu schaffen machte Seite 36 |

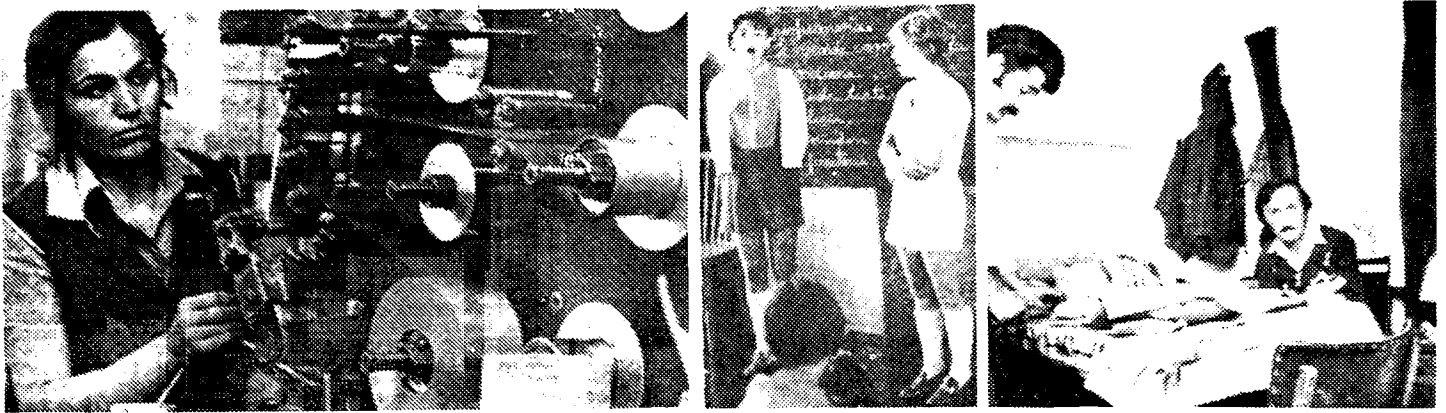
Kohleveredlung: Erweiterung der Energiebasis Seite 37 |

Kabelfernsehen: Einstieg für die Kapitalisten Seite 37 |

Die Lohnpolitik der Kapitalisten ist Ursache der schroffen Spaltung im Gefüge der Renten Seite 38 |

Die Rente der Witwe Seite 39 |

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, 3000 Hannover, Große Düwelstraße 55, Telefon 05 11/85 35 27
Verlag GNN m.b.H., 8000 München 90, Welfenstraße 12, Telefon 0 89/48 34 61. Verantwortliche Redakteure: für die internationale Berichterstattung Wolfgang Müller; für die BRD und Westberlin Christiane Schneider; für Nachrichten Ulrich Grothus.



Überdurchschnittlich viele Frauen und Kinder ausländischer Familien sind lohnabhängig. Die Vorbereitungsklassen für ausländische Kinder sollen eingeschränkt, die Wohnungssituation nicht verbessert werden.

Ausländerpolitik

Bundesregierung für weiteren Anwerbestopp und Verschärfung des Asylrechts für Ausländer

„Die Integration der Ausländer, die bei uns leben und arbeiten, ist schwierig. Zeigen wir ihnen, daß wir gute Nachbarn sind! ... Wir werden am Anwerbestopp festhalten. Wir achten darauf, daß nur tatsächlich Verfolgte Asyl erhalten.“ Mit dieser Mischung aus Appell an die private Hilfe und Andeutung, daß gleiche Rechte nicht gewährt werden sollen, umriß Bundeskanzler Schmidt die Fortsetzung der Ausländerpolitik der Regierungskoalition.

Nach Gründung der Bundesrepublik füllten die westdeutschen Kapitalisten ihren Bedarf an Menschen im arbeitsfähigen Alter, die durch den Krieg dezimiert waren, vor allem aus Flüchtlingen und sogenannten Vertriebenen auf. Zwischen 1946 und 1957, also vor Beginn der Masseneinwanderung von ausländischen Arbeitern, wuchs die Zahl der lohnabhängig Beschäftigten um 30,4%. Die Flüchtlinge wurden teils in die Industriezentren, teils in die Landwirtschaft verschoben. Die Bourgeoisie nutzte den großen Druck, den sie auf den Arbeitsmarkt ausübten, einerseits für allgemeine Hungerlöhne,

andererseits, um Lockerungen der durch die Besatzungsmächte festgelegten Produktionsverbote für die Schwerindustrie durchzusetzen.

1961 unterband die Regierung der DDR den ständigen Abzug von qualifizierten Arbeitskräften aus ihrem Staatsgebiet durch den Bau der Mauer in Berlin. Etwa ab diesem Zeitpunkt schloß die BRD verstärkte Anwerbeverträge mit bestimmten Ländern ab, nicht wie früher durch einzelne Kapitalisten oder Konzerne, sondern zentral durch den bürgerlichen Staat über die Bundesanstalt für Arbeit, die zu diesem Zweck Außenstellen im Ausland einrichtete. Durch das Arbeitsförderungsgesetz 1968 wurde die Beschaffung von Arbeitskräften im Ausland als ihr Monopol gesichert.

Anwerbevereinbarungen wurden 1960 mit Spanien und Griechenland, 1961 mit der Türkei, 1964 mit Tunesien und Marokko abgeschlossen. Mit Jugoslawien wurde über mehrere Jahre hinweg verhandelt, eine Vereinbarung kam aber erst 1968 zustande, da die Bundesregierung die Bedingungen Jugoslawiens nicht akzeptieren wollte,

das als einziges der Anwerbeländer durchsetzte, daß die Bundesanstalt sich nicht wie in erobertem Gebiet benehmen konnte. Die jugoslawische Regierung ist selber Dienstherr der Vermittlungsstelle und stellt das jugoslawische Personal ein. Die Arbeiter brauchen nicht auf eigene Kosten zum Ort der Anwerbestelle zu reisen. Zudem hat Jugoslawien sich Rechte vorbehalten in bezug auf die Sperrung bestimmter Gebiete für die Anwerbung und in gewissem Umfang die Entscheidung über die Zuteilung der angebotenen Stellen auf seine Arbeitsamtbezirke, die dezentral entscheiden.

Dagegen schwärmen die Kapitalisten von dem zentralen Anwerbeverfahren in der Türkei, wo der Arbeiter wie Vieh aufgrund von Wartelisten abgerufen, der deutschen Verbindungsstelle vorgeführt, durch die medizinische Beschau geschleust, nach Tauglichkeit aussortiert, mit Stempeln versehen und abtransportiert wird, so daß binnen vier Wochen nach Anforderung die Ware Arbeitskraft an Ort und Stelle ist.

Lange wurde von den bürgerlichen Politikern die Fiktion aufrechterhalten, daß, um die Schwierigkeiten der Ausländer mit den Lebensbedingungen in der BRD zu mindern, der „Europäergrundsatz“ angewendet werde, der von der Ständigen Konferenz der Innenminister im Juni 1965 verabschiedet wurde. Er besagt, daß Staatsangehörigen außereuropäischer Staaten sowie aus Ostblockstaaten Aufenthalt und Arbeit in der BRD grundsätzlich nicht gestattet werden. Die Ausnahmen USA, Australien, Kanada, Neuseeland, Israel wurden so erklärt, daß „die Bewohner dieser Länder zu einem hohen Prozentsatz europäischer Abstammung“ seien. Diese denkwürdige Ausweitung des „europäischen“ Sied-



Streikposten der IG Metall 1976. 13% der Mitglieder waren Ausländer.

Schulpolitik des Arbeitsministers

Die „deutsche Regelklasse“ ist das Maß aller Bildung für Jugendliche in der BRD. So will es das Ehrenbergministerium. Man darf sich darunter keinesfalls einen gesicherten Umfang an Grundausbildung für alle Kinder, gleich welcher Nationalität, vorstellen. Es geht um die gesetzlich gesicherte Unterdrückung der Kultur ausländischer Staatsangehöriger und nationaler Minderheiten, soweit Ausländer die Einbürgerung vollzogen haben. Im Bundesarbeitsblatt 5/80 hat Ehrenberg seine Vorstellungen über die „Verbesserung der Bildungschancen ausländischer Kinder, Jugendlicher und Erwachsener“ dargelegt. Danach soll zunächst die Zeit, die ausländische Kinder, nach Nationalitäten zusammengefaßt, in der Schule verbringen, gesenkt werden. Die Teilnahme an Vorbereitungsklassen soll auf zwei Jahre, besser ein Jahr befristet werden.

Unterricht in ihrer Muttersprache soll auf jeden Fall unter deutscher Schulaufsicht stattfinden, um zu verhindern, daß die ausländischen Eltern bestimmen können, welche Lehrer geeignet sind, ihre Kinder in ihrer nationalen Kultur zu unterrichten und um politisch mißliebige ausländische Lehrer auszuschalten. Das fördert sehr die „Integration“, d.h. die Bindung auch aller privaten Verhältnisse an den Willen der westdeutschen Bourgeoisie.

Für spät eingereiste Jugendliche sollen mehr Intensivkurse in der deutschen Sprache eingerichtet werden. Nicht etwa, damit sie sich mit den deutschen Mitschülern und Arbeitskollegen besser verständigen können, sondern um ihre Bereitschaft zu steigern, sich dem Programm „Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer (MBSE)“ zu unterziehen, das speziell für die überdurchschnittlich vielen ausländischen Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß entworfen wurde. Daran soll nichts geändert werden, sondern die Kapazität dieses Programms von jetzt 10000 Plätzen auf 20000 in den Jahren 1982/83 gesteigert werden.

So soll der „möglichst nahtlose Übergang vom Bildungssystem in das Erwerbsleben“ erreicht werden.

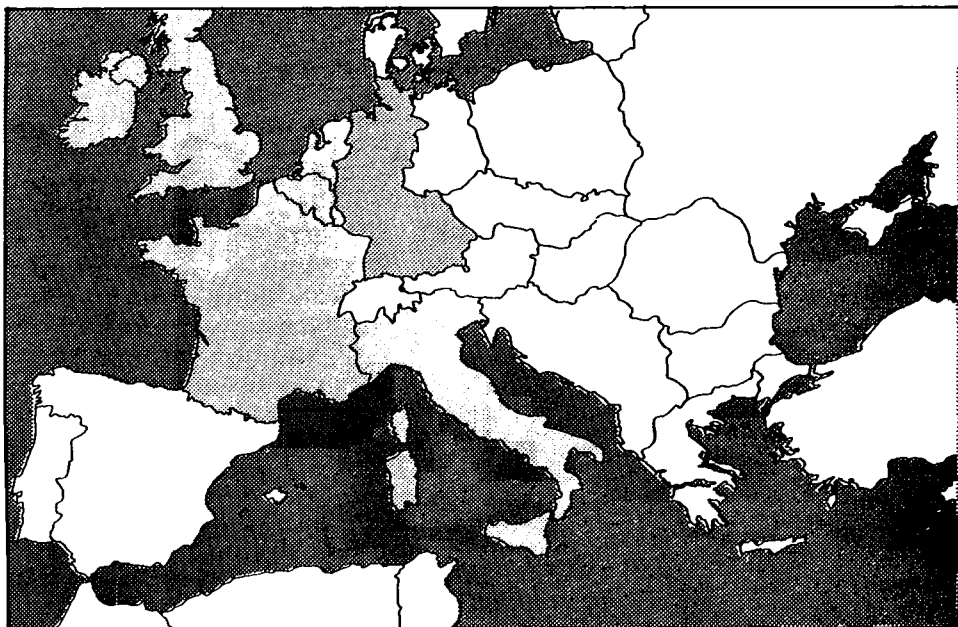
lungsraumes deckte dennoch nicht die auch stattgehabte Anwerbung koreanischer Krankenschwestern, japanischer Bergleute und von Arbeitern aus Marokko und Tunesien ab. Sie definierte eher die Absicht, einen sicheren Arbeitsmarkt speziell für die westlichen Kapitalisten zu schaffen. Offiziell hört man von diesem Grundsatz nichts mehr, seit massenhaft Flüchtlinge aus asiatischen und afrikanischen Ländern zum Druck auf den Arbeitsmarkt benutzt werden.

Am 12. September hat Ehrenberg die neugefaßte „Verordnung über die Arbeitserlaubnis für nichtdeutsche Arbeitnehmer (Arbeitserlaubnisverordnung)“ bekanntmachen lassen. Damit werden die Bedingungen für die Arbeitserlaubnis der Arbeitskräfte aus anderen Ländern als der EG und den Anwerbeländern geändert. Die Bestimmung, daß solche Ausländer, die nach dem Stichtag 30. November 1974 eingereist sind, keine Arbeitserlaubnis bekommen, bleibt bestehen, erhält aber

von Arbeitern, die am Stichtag bereits fünf Jahre in der BRD lohnabhängig waren. An ihrer Stelle gilt die „Wartezeitregelung“, die bestimmt, daß sie in eben solchen Branchen mit „Engpässen“ nach Ablauf von vier Jahren arbeiten dürfen, bei großem Überhang von offenen Stellen schon nach drei Jahren. Die Kinder dieser Eltern können bereits nach zwei Jahren Wartezeit zum Torfstechen usw. gejagt werden, wenn sie vor Vollendung des 18. Lebensjahres eingereist sind.

Asylbewerber erhalten im ersten Jahr ihres Aufenthaltes prinzipiell keine Arbeitserlaubnis. Nach Ablauf des Jahres haben sie noch immer keinen Anspruch auf Vermittlung, denn entschieden wird nach Ermessen, „nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes unter Berücksichtigung der Verhältnisse des einzelnen Falls“. Für die Ehegatten und Kinder der Asylbewerber gilt ebenfalls die Wartezeitregelung.

Die Bundesregierung hat ihre Strategie



Vor allem aus der EG (mittelgrau) und aus den sog. Anwerbeländern (hellgrau) beziehen die BRD-Imperialisten zusätzlich benötigte Arbeitskräfte. Aus folgenden Ländern kamen im März 1980 je über 10000 Lohnabhängige in die BRD: Türkei 569300, Jugoslawien 359200, Italien 308100, Griechenland 140139, Spanien 87700, Österreich 83698, Portugal 59700, Frankreich 47290, Niederlande 40106, Großbritannien und Nordirland 30898, Vereinigte Staaten 16310, Marokko 16214, Tschechoslowakei 12508, Jordanien 11366, Indien 10376.

eine Reihe von Ausnahmen. In bestimmten Branchen kann die Arbeitserlaubnis erteilt werden. Diese sind, wie aus dem Arbeitserlaubnisbericht des Ehrenbergministeriums vom Oktober 1980 hervorgeht, „Wirtschaftsbereiche, die unter besonderen personellen Engpässen leiden“, nämlich Bergbau, Hotel- und Gaststättengewerbe, Konserven- und Torfindustrie, also durchweg Branchen mit schweren Arbeitsbedingungen, Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten und niedrigen Löhnen. Seit 1. April gilt die Stichtagsregelung nicht mehr für Ehegatten und Kinder

der „Integration“ 1973 mit dem „Aktionsprogramm zur Ausländerbeschäftigung“ begonnen. Was sie auf jeden Fall verhindern will, ist, daß die Einbürgerung entsprechend den Interessen der Arbeiterklasse gesetzlich geregelt wird, nämlich verbindlich für alle aufgrund eines Gesetzes mit Möglichkeit der einmaligen Verschiebung. Sie hat Interesse daran, daß jeder Ausländer individuell entscheidet und auf keinen Fall ein Anspruch gleich mit der Arbeitsaufnahme entsteht. In seinem Bericht vom Mai schrieb das Bundesarbeitsministerium: „Ob der Aufenthalt

Geschichte der Ausländer in Deutschland – Daten

1890: 508595 Ausländer. Beginn der Polenwanderung aus den damaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches ins Ruhrgebiet für den sich sprunghaft entwickelnden Bergbau. Polen aus Österreich und Rußland durften nur auf den Gütern Preußens beschäftigt werden, meist als Wander-d.h. Saisonarbeiter.

1900: 823597 Ausländer. Eine Sprachenstatistik ergab 4283720 Mitglieder der nationaler Minderheiten, d.h. 7,8% der gesamten Bevölkerung des Deutschen Reiches. Davon waren 3086489 Polen, deren Heimatland seit 1795 unter Österreich, Rußland und Deutschland dreigeteilt war.

1907: Erster Höhepunkt der Ausländerbeschäftigung, 850000, d.h. eine Ausländererwerbsquote von 4,6%

1914: Inzwischen 350000 – 450000 Polen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. 782858 Wanderarbeiter, davon 346122 für die Industrie Oberschlesiens.

1915: Mit Beginn des 1. Weltkrieges nahm die Zahl der Ausländer rapide ab. 560514 Wanderarbeiter.

1918/19: 278896 ausländische, davon 121442 polnische Arbeiter aus Rußland und Österreich

1932: Ausländerbeschäftigung war verboten, große Arbeitslosigkeit.

1934: Erneute Anwerbung von Ausländern. Staatsverträge mit Polen, Italien, Ungarn, Holland, Tschechoslowakei, Jugoslawien.

1940: 1306945 ausländische Arbeiter, davon 798101 Polen aus den bereits besetzten Gebieten zur Zwangsarbeit verschleppt, davon 641252 für die Landwirtschaft. Im November 1940 waren auch schon 1595409 Kriegsgefangene Zwangsarbeiter.

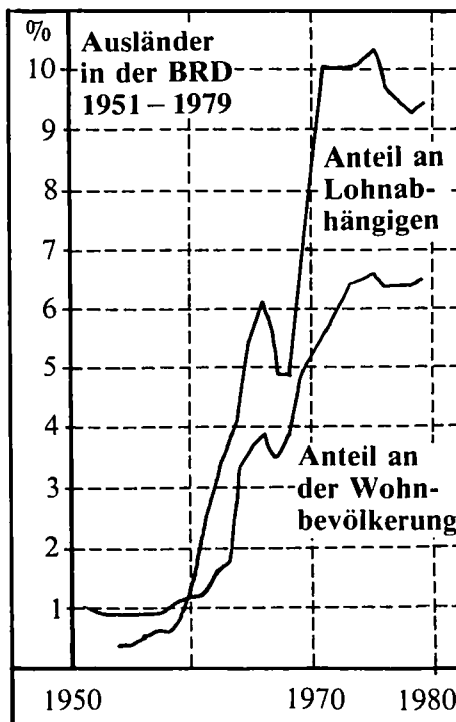
Erfaßter weiterer Bedarf an Kriegsgefangenen: 194766.

Juli 1942: 3,15 Mio. sog. zivile ausländische Beschäftigte und 1,5 Mio. Kriegsgefangene.

Sept. 1944: 7,5 Mio. ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene, d.h. 20% aller abhängig Beschäftigten.

1946: Wenig Ausländer in dem Gebiet der BRD, aber bereits 5948000 "Vertriebene und Flüchtlinge".

1957: Insgesamt 12177000 "Vertriebene und Flüchtlinge", die nach ihrer ursprünglichen Ansiedlung in ländlichen Gebieten, in die Industriezentren verlegt wurden, wo sie 1946 15,2% und 1957 35,4% der Bevölkerung ausmachten.



1889: Gründung des Bergarbeiterverbandes. 1890 Generalversammlung zu Bochum: "sobald wie möglich eine wöchentliche Herausgabe des Organs in polnischer Sprache zu bewerkstelligen".

1899: Bergpolizeiverordnung, die bei bestimmten Arbeiten fremdsprachige Arbeiter nicht zuließ, poln. Hinweisschilder zur Arbeitssicherheit verbot.

1902: Die polnischen Bergleute gründeten darauf eigene Gewerkschaft.

1905: An dem großen Bergarbeiterstreik beteiligen sich geschlossen alle 3 Gewerkschaftsverbände.

1908: Reichsvereinsgesetz, §12: auf öffentlichen Versammlungen sind alle Fremdsprachen verboten. Widerstand nur von Sozialdemokraten, auch im Reichstag. Die Kapitalisten wollten die gewerkschaftliche Arbeit unter den Ausländern lahmlegen.

1920: Die Republik Polen wurde gegründet. Der Versailler Vertrag billigte den Polen in Deutschland eine Erklärungsfrist von 2 Jahren zu, um die gewünschte Staatsangehörigkeit zu wählen. 100000 Polen verlassen das Ruhrgebiet, um in ihre Heimat zurückzukehren. Mind. 50000 wandern nach Frankreich aus. Ab dem 1.1.1923 war für Ausländer eine Arbeitserlaubnis erforderlich.

1941: Verordnung über die Lohngestaltung. "Ohne die Absetzung der Polen gegenüber den deutschen Schaffenden auf dem sozialen Sektor würde der deutsche Arbeiter mit Recht verlangt haben, den in der deutschen Propaganda so stark betonten Abstand zum polnischen Volkstum durch eine Verbesserung seiner Arbeitsbedingungen herausgestellt zu sehen. ... stehen schwerwiegende Bedenken aus Gründen der Kriegswirtschaft entgegen."

in der Bundesrepublik und die Integration in unser gesellschaftliches Leben im Einzelfall in die Einwanderung münden, muß der Ausländer selbst entscheiden. Die Ausländerpolitik sollte lediglich die rechtlichen Voraussetzungen für einen solchen freien Entschluß erleichtern, nicht jedoch ein solches Ziel vorgeben. Den Absichten jener Ausländerfamilien, die die Bundesrepublik wieder verlassen wollen, darf nicht entgegengewirkt werden ... Von einem Einbürgerungsbewerber ist daher eine gewachsene Beziehung und Bindung als Bürger zum Gemeinwesen zu fordern. Nur so bleibt die Staatsangehörigkeit in ihrer wesentlichen Funktion für den Staat mit lebendigem Inhalt erhalten ... Daher wird nach der geltenden Praxis grundsätzlich ein längerer Aufenthalt in Deutschland gefordert, und zwar ein Mindestaufenthalt

von 10 Jahren." Diese Zeit soll jetzt auf acht Jahre verkürzt werden. Hier geborene Kinder von Ausländern sollen einen Anspruch auf Einbürgerung erhalten.

Die Bundesregierung wünscht eine gewisse Vermehrung der Einbürgerung unter ihrer Kontrolle, besonders von jungen Ausländern, die durch eine Ausbildung in der BRD besser auf die Ansprüche der westdeutschen Kapitalisten vorbereitet sind. Sie verspricht sich eine Verbesserung des Verhältnisses von Lohnsteuerzahlung und Rentenzahlung, die auf die ganze Arbeiterklasse Druck im Sinne des Generationenvertrages ausüben soll. Sie lobt den verbesserten Altersaufbau, der durch die Zufuhr der Ausländerkinder und fehlende alte Einwanderer, also durch eine Zuschuß an Bevölkerung im arbeits- und gebärfähigen Alter erreicht

wird und mindestens bis 1995 bei den Renten kostendämpfend wirken soll.

Bürgerliche Institute stellen fest, daß das durchschnittliche Familieneinkommen der Ausländer über dem der Deutschen liegt, und versuchen so, die Tatsache, daß die Mehrheit der ausländischen Arbeiter keine genügend großen Wohnungen mieten, in sanierungsbedürftigen Altbauten und Wohnheimen wohnen, umzumünzen in eine Eigenschaft der Ausländer. Ehrenberg hat die Erforschung der Wünsche der Ausländer in dieser Richtung angeregt, wahrscheinlich um die passende Einheitsbaracke bauen zu lassen. Verschwiegen wird dabei, daß dieses tatsächlich höhere Durchschnittseinkommen nur durch Einspeisung von überdurchschnittlich vielen Familienangehörigen in den kapitalistischen Produktionsprozeß erreicht wird.

Streik der südafrikanischen BMW-Arbeiter

Gerade hatte der BMW-Konzern die angeblich vorbildlichen Arbeitsbedingungen in seinem südafrikanischen Werk herausgestellt, da meldete die Presse tags drauf am 28.11. einen Streik der über 1000 schwarzen BMW-Arbeiter für einen neuen Tarifvertrag. Nach Informationen des Internationalen Metallarbeiterbundes IMB erzwangen die Arbeiter eine Erhöhung des Mindestlohns von 1,45 auf 1,65 Rand/Stunde (1 Rand = 2,50 DM). Das ist eine Angleichung an die Löhne in der Eastern Cap-Provinz, wo im Sommer die Arbeiter von VW Südafrika gestreikt hatten. 60 PKWs täglich läßt der BMW-Konzern in dem Werk bei Pretoria produzieren. Auf dem südafrikanischen Automarkt, der in diesem Jahr um 30% gewachsen ist, hat BMW einen Anteil von 4% erobert (VW 16,3%, Ford und Mazda 12,2%, Mercedes 3,4%). Die westdeutschen Autokonzerne (einschl. Opel und Ford BRD) kontrollieren 35% des südafrikanischen Marktes. Bis 1983 will BMW die Kapazität des Montagewerks verdoppeln. Durch Niedrigstlöhne, niedrige Steuern und hohe Autopreise (20–30% über BRD) finanziert BMW die Expansion allein aus den Profiten in Südafrika.

BRD liefert U-Boote an Norwegen

Mit einer Vereinbarung über rüstungstechnische Zusammenarbeit mit Norwegen etabliert sich der BRD-Imperialismus noch mehr an der NATO-Nordflanke. U.a. liefern BRD-Werften (HDW-Kiel oder Thyssen-Emden) für 1 Mrd. DM 10 U-Boote an Norwegen, das größte Rüstungsabkommen des Landes mit europäischen NATO-Partnern. Seit kurzem kreuzen BRD-Kriegsschiffe im NATO-Auftrag im Nordmeer.

USA: Exportkreditkrieg gegen EG

Nicht einigen über die Anpassung der Exportkreditbedingungen konnten sich die westlichen Imperialisten Ende November auf einer OECD-Konferenz in Paris. Die EG-Imperialisten hatten eine Anhebung der Mindestzinssätze für staatlich geförderte Exportkredite

der EG-Länder um 0,6 bis 1% auf 8,1 bis 9,75% (je nach Laufzeit und Empfängerland) angeboten. Den US-Imperialisten ist das zu wenig. Sie verlangen eine Anpassung an die Marktzinsen, die jetzt auf dem Euromarkt für langfristige Dollar-Kredite bei 14% liegen. Die USA drohen, einseitig die Laufzeiten für die von der US-Exim-Bank gewährten Exportkredite von 10 auf 15 bis 20 Jahre zu verlängern, wenn bis Mitte Dezember keine Einigung erzielt wird.

Bafög-Änderungen für Selbständige

Durch Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung ist der BAFÖG-Etat für die nächsten beiden Jahre auf 2,4 Milliarden DM eingefroren. Die FDP will eine Erhöhung des Darlehensanteils von 150 DM auf 300 DM. Schmutde seinerseits beabsichtigt stattdessen direkte Kürzungen durch Neubestimmung des anrechnungsfähigen Einkommens der Eltern. Abschreibungen oder Vermögensbildung sollen nicht weiter wie bei der Steuer in Abzug gebracht werden können.

Einsparungen bei Heil- und Hilfsmitteln

Zum 24.11. hatte Bundesarbeitsminister Ehrenberg die "Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen" – Vertreter der Krankenkassen, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Krankenhäuser, Pharmahersteller, Gewerkschaften, Arbeitgeber der Länder und Kommunen sowie weitere Bundesministerien – zum 6. mal zusammengerufen, um neue "Empfehlungen" zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen auf der Grundlage bestehender Gesetze zu verabschieden. – Auf der Tagesordnung standen die sog. humane Krankenversorgung, Kürzung bei Zahlungen für Zahnersatz (Ausgabensteigerung 15,5% im 1. Hj. 1980) – dies wurde auf das nächste Jahr verschoben – und Kürzungen bei Heil- und Hilfsmitteln (Steigerungsrate 11,9% im 1. Hj. 1980), vor allem bei Krankengymnastik, Massagen, Bestrahlungen, Bädern, Brillen, Hörgeräten, Krankenfahrrädern und Körperersatzstücken. Diese Behandlungen sind im wesentlichen bei Verschleißkrankheiten erforder-



6000 Studenten folgten am 4.12. einem Aufruf der bayerischen Landesastenkonzferenz und demonstrierten in München gegen Semestergebühren und Prüfungsmeldefristen. Bereits im Sommer hatte das Maier-Ministerium versucht, Gebühren für Studenten einzuführen, die u.a. mehr als vier Semester über die BAFÖG-Höchstförderungszeit studieren, häufiger den Studiengang wechseln ... Streiks und Demonstrationen in Würzburg, Nürnberg und München zwangen das Ministerium, die Regelung teilweise zurückzuziehen.

lich, also Unkosten der Intensität der Arbeit. Bei der Sozialversicherung der Bergarbeiter (Knappschaft) liegen nicht umsonst die Steigerungsraten für diese Heil- und Hilfsmittel mit 20% am höchsten. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet liegen auch die Krankenkassenbeiträge der AOKs am höchsten, bis zu 15% gegenüber durchschnittlich 12,2%. Mit vollem Recht haben die Bergarbeiter auf ihrem Gewerkschaftskongress daher Arbeiterschutzforderungen erhoben, wie z.B. 4-Tage-Woche. – Was will aber Ehrenberg: ... Leistungsumfang der Kassen abgrenzen und Möglichkeiten der Kostenbeteiligung prüfen lassen. Die Patienten sollen zum sparsamen Nutzen des Leistungsangebotes angehalten werden.

Frauidienstpflicht wird geprüft

Frauenausschüsse der Einzelgewerkschaften und die Initiative „Frauen in die Bundeswehr – wir sagen nein“ führten gegen die Pläne der Bundesregierung, Frauen in die Bundeswehr zu ziehen, eine Aktionswoche mit Demonstration vom 1. bis 6. Dez. in Hamburg, Bonn und München durch. Apel hat Fragebögen versenden lassen, um die Verwendungsmöglichkeiten von Frauen zu prüfen. Außer dem Sanitätsbereich denkt Apel an Frauen bei Fernmelde- und Nachschubeinheiten, Transportflugzeug-Pilotinnen. CDU-MdB Würzbach nennt mehr als 50 Verwendungen für Frauen.

Gesetze gegen Bildschirmarbeit abgelehnt

Das Bundesarbeitsministerium lehnt, angeblich wegen mangelnder wissenschaftlicher Erkenntnis, gesetzliche Einschränkung der Bildschirmarbeit ab. Die Gewerkschaft könne Tarife bzw. Betriebsvereinbarungen abschließen. Dies ist den Kapitalisten recht, weil sie so den Kampf gegen die Bildschirmarbeit wegen „Rationalisierungseffekt“, d.h. Arbeitslosigkeit von Angestellten, besser spalten können.

Dienstmarathon für Ärzte soll weitergehen

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat die Klage des Hamburger Arztes Dr. Junghans gegen die Gesundheitsbehörde auf Beschränkung der Bereitschaftsdienste auf einen pro Woche abgelehnt. Aus der mündlichen Begründung: nach gültigem Tarifvertrag sind „von Ausnahmen abgesehen, nicht mehr als 8 (Dienste) pro Monat“ möglich, ferner könne sich ein Arzt im Anschluß an den Bereitschaftsdienst vom Tagdienst befreien lassen, wenn er sich nach besonderer Belastung „übermüdet fühlt“ (SR 2c BAT). Die personellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, sei Aufgabe des Krankenhausträgers. Über die Klage von Dr. Limbrock und der ÖTV gegen die Hamburger Gesundheitsbehörde hat das BAG noch nicht entschieden. Das Landesarbeitsgericht hatte der Klage stattgegeben. Die SR 2c BAT ist bereits von den Gewerkschaften gekündigt worden.

BRD: Europäische Zentralbank mit „Unabhängigkeit wie Bundesbank“

Um das Europäische Währungssystem EWS ging es unter anderem beim Treffen der EG-Regierungschefs in Luxemburg am 1./2. Dezember. Am 12. März 1981, zwei Jahre nach Inkrafttreten des EWS, sollte die zweite Phase der Währungsintegration beginnen.

Gegenwärtig haben die EG-Länder 20% ihrer Währungsreserven in Gold und Dollar beim EWS hinterlegt und dafür ECUs bekommen, eine den Sonderziehungsrechten beim IWF vergleichbare Währungseinheit, gebildet aus einem Korb der EG-Währungen. Darin dominiert die DM mit einem Anteil von 33% (franz. Franc 19,8%, Pfund Sterling 13,3%, belg. Franc 9,6%, niederl. Gulden 9,5%, dänische Krone 3,1%, irisches Pfund 1,2%). Der ECU fungiert als Wertmaß für die nationalen Währungen (1 ECU = 2,54 DM), als Zahlungsmittel der EG-Notenbanken und zunehmend auch als Kreditgeld (Anleihen und Kredite der EG sind teilweise in ECU aufgelegt).

Die nationalen Währungen der EG-Länder – Großbritannien hat sich dem bislang nicht angeschlossen – sind in ihren Austauschverhältnissen zum ECU und damit untereinander fixiert. Wird die Schwankungsbreite von $\pm 2,25\%$ (Italien $\pm 6\%$) von einer nationalen Währung z.B. unterschritten, so muß die Notenbank des betroffenen EG-Landes zur Währungsstabilisierung kurzfristige Kredite aus dem EWS ziehen – gegen harte Zinsen und Auflagen, wie die westdeutsche Bundesbank immer wieder betont. Sie hält allein etwa 60% des EWS-Kreditrahmens von 25 Mrd. ECU. Bei andauernden Kursverschiebungen werden Auf- und Abwertungen fällig.

Seine Geburt verdankt der ECU vor

allem den BRD-Bourgeois, die ihre Konkurrenzposition auf dem Weltmarkt durch die Dollarabwertung in den 70er Jahren und die korrespondierende DM-Verteuerung gefährdet sahen. Bei den Bourgeois der anderen EG-Länder, mit denen die BRD-Imperialisten fast 50% ihres Außenhandels abwickeln, gab es ebenfalls Interesse an festen Wechselkursen wegen der hohen Verflechtung des Außenhandels der EG-Länder untereinander. Mit der Schaffung des ECU konnte die BRD außerdem die Stellung des Dollar als Weltgeld und damit die Wirtschaftshegemonie der US-Imperialisten weiter untergraben. Heute bestehen 15% der Währungsreserven der Welt aus ECU und 12% (1970: 2%) aus DM. Schließlich bekamen die BRD-Bourgeois damit noch mehr Eingriffsmöglichkeiten gegenüber den EG-„Partnern“ in die Hand: Offen wird in der Finanzpresse über die „mitlenkende Hand der Deutschen Bundesbank“ bei der Sanierung der belgischen Staatsfinanzen verhandelt. Die Bundesbank rühmt sich, daß sich ihre „stabilitätsorientierte Geldpolitik“ in der EG durchgesetzt habe und daß das EWS Rückhalt biete bei der Durchsetzung unpopulärer Maßnahmen. Seit der Existenz des EWS haben die BRD-Imperialisten ihre Außenhandelsposition in der EG nochmals verbessern können: Im 1. Halbjahr 1980 gingen 49,5% ihrer Ausfuhren in die EG (1979: 45,8%), dagegen importierten sie aus der EG nur noch 46,8% (1979: 49,1%).

Was den westdeutschen Bourgeois vorschwebt, ist eine europäische Zentralbank mit „ähnlicher Unabhängigkeit wie die Bundesbank“ (Bundesbank-Direktor Gleske, Börsenzeitung

22.11.). Die Währungshoheit, Teil der Souveränität der EG-Länder, soll an die Zentralbank übergehen. Das jetzt existierende, für die westdeutschen Bourgeois lästige Vetorecht der EG-Länder soll verschwinden. Klar, daß diese weitgesteckten Pläne nicht die ungeteilte Zustimmung der anderen EG-Imperialisten finden. Deshalb ist die ursprünglich für März 1981 anvisierte zweite Phase der Währungsintegration erstmal verjagt. In der Zwischenzeit soll der ECU als *Währungseinheit* im Geschäftsverkehr der Kapitalisten etabliert und der Beitritt Großbritanniens sowie Griechenlands, Spaniens und Portugals geregelt werden.

Kanada

Regierung gegen Energieverbund mit den USA

Eine der Lieblingsideen des werdenden amerikanischen Präsidenten Reagan ist ein „Energieverbund“ der US-Imperialisten mit Kanada und Mexiko. Ein solcher formeller Verbund würde die strategische Position der USA erheblich stärken, wenn sie zu den eigenen bedeutenden strategischen Reserven an Öl, Erdgas und Kohle die beträchtlichen Reichtümer Kanadas und Mexikos einfach dazurechnen könnten. Mexiko kämpft schon seit langem gegen die Einverleibung seiner Bodenschätze durch die US-Imperialisten; jetzt hat auch Kanada dem „Energieverbund“ eine deutliche Abfuhr erteilt. In einer Rede vor den Häuptern der US-Hochfinanz in New York erklärte am 20. November der kanadische Energieminister Marc Lalonde: „Bei gemeinsamer Energiepolitik stellen wir die Energie, und die USA machen die Politik.“

Öl und Erdgas sind in Kanada vergleichsweise billig, seit die US-Bourgeoisie unter Carter begonnen hat, durch ein Riesenprogramm der Erhöhung von Steuern und Profiten die Energiepreise in den USA an den Weltmarktpreis anzugleichen. Das ist ein wichtiger Vorteil für die US-Monopolkapitalisten, die Kanada wirtschaftlich beherrschen. Diesen Zustand will die Regierung Trudeau nun zwar nicht beenden, aber doch die Marge des Extraprofits schmälern, den die US-Imperialisten einstreichen, und dafür Sorge tragen, daß mehr kanadische Bourgeois in den Genuß solcher Extraprofite kommen.

Derzeit importiert Kanada ein Viertel seines Ölbedarfs, zu etwa 38 kan. Dollar je Faß (der kanadische Dollar liegt im Wechselkurs etwas unter dem US-\$). Der Preis für in Kanada gefördertes Öl ist auf derzeit 16,75 kan. Dollar pro Faß festgelegt. Kapitalisten, die importiertes Rohöl verwenden, erhal-



EG-Gipfeltreffen in Luxemburg. Schmidt mit van Agt (Niederlande) und Martens (Belgien)

ten eine Subvention von mehr als 20 kan. Dollar je Faß aus dem Bundesetat. Diese Kapitalistensubvention kostet die kanadische Bundesregierung mehr, als sie bisher an Steuern auf den Verbrauch von Öl und Erdgas aus den Volksmassen einzutreiben vermag.

Nach dem kanadischen Verfassungsdokument, dem „Britischen Nordamerika-Gesetz“ von 1867, unterliegen die Bodenschätze der Gesetzgebung der Provinzen. So hat heute die Provinz Alberta, in der viel Öl gefördert wird, die überwiegende Steuergewalt über das Öl. Sie kassiert 45% des Verkaufspreises, die Zentralregierung 10%. In vier Jahren will die Bundesregierung ihren Anteil auf 24% erhöhen.

Den Ölpreis will die Regierung Trudeau schrittweise bis knapp unter den US-amerikanischen Preis anheben. Schritte hierzu sind die Einführung einer Bundessteuer auf Erdgas (1,3 Mrd. Dollar Ertrag pro Jahr), 8% Steuer auf Profite aus Öl- und Erdgasförderung und ein „Zuschlag zugunsten kanadischen Eigentums“ auf den Benzin- und Erdgasverbrauch – aus dieser Sondersteuer will die Regierung die „Kanadisierung“ der Energiewirtschaft finanzieren, um bis 1990 50% des Erdölgeschäfts in kanadische Hand zu bekommen.

In diesen Maßnahmen drückt sich der Beginn einer politischen Absetzung der kanadischen Siedlergesellschaft vom US-Imperialismus aus, der die US-Bourgeoisie beunruhigen muß.

Regierung Schmidts detaillierte Staatszielvorstellungen

Nachdem zuerst die ganze Publizistenmeute Schmidts Regierungserklärung anbellte und nicht nur Augstein das Bein hob, ein Zeichen zu markieren, mahnen jetzt zunehmend Besonnene zur Vorsicht. In den 138 Einzelpunkten der Regierungserklärung steckt so viel Tobak, daß große Teile der SPD Schwierigkeiten haben, gehorsamst aufzuschneiden. Würde die öffentliche Diskussion fortgeführt zur Debatte des Konzeptes, das diesem Einzelmaßnahmenkatalog zu Grunde liegt, könnte die Bindekraft dieser Regierung gegenüber der Arbeiterbewegung zunehmend versagen.

Schmidt nennt die Herstellung des militärischen Gleichgewichtes als Grundbedingung der Außenpolitik der BRD, die ihren Beitrag zu diesem Gleichgewicht im Rahmen der tiefgegründeten Freundschaft mit den USA zu leisten habe. Die Herstellung des militärischen Gleichgewichtes solle auf

dem niedrigstmöglichen Niveau erfolgen. Wobei klargestellt wird, daß dies niedrigstmögliche Niveau durch stramme Aufrüstung erreicht wird. So können die Kräfte, die in der SPD für Abrüstung sind, mehr auf das ‚niedrigstmögliche Niveau‘ abheben, während die anderen für das Erreichen desselben Propaganda machen.

Schmidt meint den Beitrag der BRD zur Herstellung des militärischen

doch bloß verursacht, weil's an der öffentlichen Vorsorge gefehlt hat.

Der Arbeiterbevölkerung ruft der Kanzler zu: „Die Arbeitnehmer dürfen dies nicht in erster Linie als Bedrohung erleben, sondern vielmehr als Chance für die Zukunft“. Chancen will die Regierung in Zukunft auch für die Schwerbehinderten schaffen, denen Schmidt's ‚maßgeschneiderte Arbeitsplätze‘ verpassen will. Gute Chancen,



Gleichgewichtes ernst. Das Regierungsprogramm enthält etliche Punkte, die in Richtung Autarkie bzw. Teilaufbau wirksam werden. Schmidt lobt die Kohleverstromung und kündigt ein großes Kohleveredlungsprogramm an. Die Kohlesubventionen sollen fallen. Rasante Steigerungen im Bereich des Energieverbrauchs der privaten Haushalte sollen den Widerstand gegen den Kernenergieanlagenbau brechen. Ebenso strebt die BRD den Abbau der Subventionen für die Landwirtschaft an. Ein System von großagrarischen Unternehmen würde jedenfalls die Kontrolle der Produktion erleichtern. Alle Maßnahmen, die der strategischen Rüstung der BRD dienen, sind bereits in der Phase des zunehmenden Handelskrieges wirksam.

Die Industrie wird vom Kanzler aufgerufen, unter der Losung ‚Innovation und Strukturwandel – Investition und Wettbewerb‘ tätig zu werden. Die großen Kapitale werden im Bereich Forschung und Entwicklung direkt bezuschußt. Falls sich das eine oder andere Kapital Sorgen macht wegen der Haftungsgefahr für Umweltschäden, Schmidt sorgt vor. Man würde vom Verursacherprinzip übergehen zum Vorsorgeprinzip. Klar, daß hieraus ein Anspruch auf Vorsorge entsteht und die Bezahlung durch die Verursacher nicht verlangt werden kann, haben sie

ja sogar zu gute hatten in den letzten Jahren die Rentner: „Von 1969 will. Gute Chancen, ja sogar zu gute hatten in den letzten Jahren die Rentner: „Von 1969 bis heute sind die Renten real um 45% gestiegen, die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer real um 32%. Real heißt: Nach Abzug der Preissteigerungen.“

Zu beachten sind auch Ankündigungen wie: Die Bundesregierung wird das Krankenhausfinanzierungsgesetz wieder einbringen und zwar unter *Konzentration auf die Kostendämpfung!* (Unterstreichungen wie im Original) Und „Zahnersatz und Heil- und Hilfsmittel sollen in das bewährte Kostendämpfungskonzept einbezogen werden.“

Eine größere Reform hat diese Regierung in Sachen der Bund-Länder-Gemeinde-Finzen im Sinn. Da sich in den letzten Jahren das Verfahren bewährt hat, die Kommunen auf dem Wege der Abgaben und Monopolpreise durchgreifen zu lassen, wird jetzt eine Gesamtordnung geschaffen, in deren Rahmen das unterschiedliche Gedeihen der Gebührenplünderung vereinheitlicht und zum allgemeinen Sachzwang erhoben werden kann. Für eine derartige Reform hat im Prinzip die Opposition bereits Schützenhilfe versprochen.

Die Lockerung der Berufsverbotepraxis bedarf einer Ordnung: „Wir

werden nach Möglichkeiten suchen, bei der Prüfung der Verfassungstreue von Beamten dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit auch dadurch Geltung zu verschaffen, daß die Anforderungen nach den unterschiedlichen Funktionen differenziert werden.“ Also: A-Stempel, B-Stempel, C-Stempel, am besten in den Personalausweis eingedruckt. Unscheinbar, unter Punkt 125 mehr versteckt als herausgehoben: „Unser Grundgesetz hat sich bewährt.“

Über seine tragenden Elemente besteht weite Übereinstimmung in unserem Volk. Die Bundesregierung wird prüfen, ob in das Grundgesetz detaillierte Staatszielvorstellungen oder Gesetzgebungsaufträge aufgenommen werden müssen.“

Dies wäre schon eine Neuigkeit. Auf Grundlage derart detaillierter ‚Staatszielvorstellungen‘ ließen sich klare Rechtsnormen für strafbares Denken gestalten.

werkschaft operiert hat, Kopf gestanden hätte. Jedenfalls ist der jetzt ausgehandelte Ausgleich für den unbestritten enormen Verschleiß der Arbeitskraft durch die Schicht-, insbesondere die Nachtarbeit gering. Dennoch ist es ein gewisser Fortschritt, sonst wäre die Urabstimmung noch ganz anders ausgegangen.

Festgelegt ist, daß zwischen 20 Uhr und 6 Uhr Nachtarbeit geleistet wird. Das Postministerium hatte bisher hartnäckig auf dem späteren Beginn um 22 Uhr bestanden. Gegenüber dem Öffentlichen Dienst soll in den anstehenden Verhandlungen dieser Fortschritt gleich rückgängig gemacht werden. In dem vorliegenden Entwurf über die tarifliche Vereinbarung für den Öffentlichen Dienst wird der Beginn der Nachtarbeit für 21 Uhr vorgesehen. Man sollte dem Baum diese Stunde auf keinen Fall schenken. Dann jedenfalls werden Chemie und Stahl, wo bisher noch 22 Uhr als Beginn der Nacht gilt, Ausnahmen sein, was dann auch leichter zu beseitigen ist.

Mit den Freischichten ist zwar nicht durchgesetzt, daß die Nachtarbeit grundsätzlich 150prozentig bewertet werden muß, wie es die Postgewerkschaft fordert, aber der Dienstherr wurde gezwungen anzuerkennen, daß die Arbeit bei Nacht grundsätzlich einen übermäßigen und vorzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft bedeutet, so groß, daß er mit Geld alleine gar nicht ausgeglichen werden kann.

Ende letzten Jahres, nachdem der Personalräte-Kongreß der DPG die Forderungen gegen die Schichtarbeit bekräftigte und beschloß, alle Maßnahmen abzulehnen, die größere Belastungen für die Postarbeiter bringen, hatte der Postminister eine 110prozen-

Postarbeiterstreik

Ein vorläufiges Ergebnis im Kampf gegen die Schichtarbeit

Über folgendes Verhandlungsergebnis haben am 27./28.11 die in der Postgewerkschaft organisierten Arbeiter und Angestellten ihre Urabstimmung durchgeführt:

1. Die Nachtarbeit beginnt um 20 Uhr und endet um 6 Uhr.
2. Bei wechselnden Dienstschichten werden Freischichten gewährt, 4 im Jahr nach 450, 3 nach 330, 2 nach 220 und 1 nach 110 Nachtarbeitsstunden.
3. Wer im regelmäßigen Nachtdienst arbeitet, erhält 4 Freischichten erst nach 600, 3 nach 450, 2 nach 300 und 1 nach 150 Nachtarbeitsstunden.
4. Ab dem 1.1.1982 erhalten Arbeiter und Angestellte, die älter als 55 Jahre sind und die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen, 1 Freischicht mehr, und nach dem 1.1.1983 gilt dies schon ab dem 50. Lebensjahr.
5. Die Teilzeitbeschäftigten sind in den Vertrag einbezogen.

49% der Postgewerkschafter mußten dieses Verhandlungsergebnis ableh-

nen bzw. sich enthalten. Die Bedingungen waren so günstig, daß ein besseres Ergebnis hätte erkämpft werden können. Im Streik zeigte sich die große Einheit für die Forderungen der Postgewerkschaft gegen die Schichtarbeit. Die Auswirkungen des Streiks waren rasch drastisch, und die Paket- und Briefberge drohten die postalischen Verkehrswege den Kapitalisten zu verstopfen. Statt des von der Presse propagierten Ärgers von wegen der Weihnachtspost gab es Unterstützung von den anderen DGB-Gewerkschaften und allgemeine Sympathie mit den Streikenden bei der Post. Das hat die Kapitalisten noch mehr in Aufregung versetzt und „Signalwirkung“ für die Industrie befürchten lassen. Man hätte auf das „Danke für den Arbeitsfrieden bei der Post“ von Seiten des Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung gut verzichten können, auch wenn der FDP-Innenminister, der schon immer gegen die Forderungen der Postge-

Beispiele für tarifliche Regelungen bezüglich Nachtarbeit (1) und Jahresurlaub

	Nachtarbeit	Nacht-zuschläge	Freischichten	Pausen	Jahresurlaub
DPG	20 – 6 h	1,86 DM/h	bis zu 4 jährlich	–	24 – 30 Tage nach Alter u. Einkommen gestaffelt
IGM Baden-Württemberg	19 – 6 h	30%	–	–	28 – 30 Tage nach Alter ab 1982 alle 30 Tage (bundeseinheitlich)
IGM Bayern	20 – 6 h	25%	–	–	s.o.
IGM Stahl	22 – 6 h	20%	ab 1.1.1981 für 11 Nachtschichten eine frei	–	s.o.
IG Chemie Chemiebereich	22 – 6 h	15%	bei Contischicht 3 Freischichten jährlich	–	81: 25 – 29 Tage n. Alter ab 84 für alle 30 Tage
IG Druck	19 – 7 h (18 – 6 h)	19 – 24 23% 24 – 07 45%	gegenwärtig 2 ab 1982 3 Freischichten	–	26 – 30 Tage nach Alter ab 1983 alle 30 Tage
HBV Banken	20 – 6 h	25% u. 350 DM monatl.	2 Freischichten	–	26 – 30 Tage nach Alter
Öffentlicher Dienst	22 – 6 h	1,50 DM/h, ca. 7 – 15%	–	–	24 – 30 Tage nach Alter u. Einkommen gestaffelt

(1) nicht aufgenommen sind Regelungen für unregelmäßige Nachtarbeit, wie z.B. Überstunden in der Nacht



tige Anrechnung der Arbeit nach 22 Uhr vorgeschlagen. Der liberale Baum hat ihn aber zurückgepfiffen. Danach kam Gscheidle nur mit leeren Händen zu den ersten Verhandlungen. Erst nach Kündigung der Tarifverträge, d.h. Streikdrohung, legte er ein Angebot vor, das ungefähr 5prozentige Höherbewertung nur für ständig wechselnden Schichtdienst bzw. für die Zeit zwischen 24 und 4 Uhr bedeutete. Gleichzeitig hieß es, die Post könne keine Sondervorteile gegenüber den Arbeitern in der Industrie verlangen, nicht mal die sonst so fortschrittliche IGM Baden-Württemberg hätte eine Freischichtenregelung. Die Postgewerkschaft hatte dieses „Angebot“ zurückgewiesen und den Streik vorbereitet. Der Hohn gegen die IG Metall kann den Kapitalisten auch noch teuer zu stehen kommen. Insgesamt haben die Arbeiter in der Industrie in den letzten Jahren die ersten Freischichten für Nacht- und Schichtarbeit durchgesetzt. Die bisher weitestgehende tarifliche Regelung hat die NGG (Gewerkschaft Nahrungs- und Genußmittelindustrien) für den Bereich der Zigarettenindustrie erkämpft: 6 freie Tage im Jahr für Arbeit im 2-Schicht-Betrieb (hauptsächlich Frauen).

Daß die Teilzeitkräfte einbezogen sind, ist auch ein Fortschritt. Die Post hatte sich bis zum Schluß geweigert, weil die Belastung durch Nachtarbeit

bei 4 Stunden besser auszuhalten ist, als bei 8. So nutzen die Kapitalisten die Teilzeitkräfte auch tagsüber, um intensivere Arbeit, die 4 Stunden lang besser durchgehalten werden kann, durchzusetzen.

Die Gewerkschaft der Eisenbahner (GdED) will einen entsprechenden Tarifvertrag mit der Bundesbahn abschließen. Da seit dem Einsatz der Intercity-Züge die Güterzüge nur noch nachts fahren können, hat die Nachtarbeit erheblich zugenommen. Die GdED schreibt: „Aus der Versorgungsstatistik ist zu entnehmen, daß die im Schicht- und Nachtdienst stehenden DB-Beamten einem 'vorzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft' ausgesetzt sind.“ Dann folgen beweisende Zahlen: Vom höheren Dienst treten 8% vor dem 62. J. in den Ruhestand, vom einfachen Dienst sind es über 90%, bei den Lokführern (mittlerer Dienst), die einem besonders widerwärtigen Schichtsystem unterworfen sind, sind es 93,3%.

Im Öffentlichen Dienst ist grundsätzliche Übereinstimmung festgestellt worden, mit Gültigkeit ab 1.1.1981 entsprechendes festzulegen. An dem Versuch, die Grenzen des Tages hinauszuschieben, erkennt man schon die Absicht des Dienstherrn. Er hat sich auch eine Erklärungsfrist bis zum 28.2.1981 ausbedungen, um eine An-

rechnung auf die Lohnforderungen zu probieren.

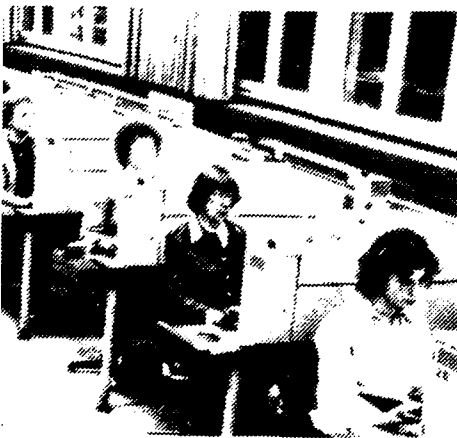
Die Postgewerkschaft setzt am 8.12.1980 die Verhandlungen mit dem Postministerium über folgende Forderungen fort: Ausdehnung der Ruhezeit zwischen 2 Dienstschieften, ärztliche Untersuchungen von Schichtdienstbeschäftigten, arbeitswissenschaftliche Bestandsaufnahme, um Mehrfachbelastungen aufzufinden und auszuschalten, zusätzliche Erholzeiten und Pausenregelungen für Mehrfachbelastete. Die IG Metall Bayern hatte in den Manteltarifverhandlungen folgende Forderungen vertreten, aber noch nicht durchsetzen können: „Arbeitnehmer in Nachtarbeit sollen je Stunde eine bezahlte Mindesterholzeit von 9 Minuten erhalten.“ Damit wird berücksichtigt, daß sog. Mehrfachbelastung, d.h. schwere Arbeit bei Nacht, in aller Regel vorliegt.

Großbritannien Feuerwehrleute setzen Lohnforderung durch

34000 Feuerwehrleute und ihre 5000 Offiziere hatten eine Serie von eintägigen Streiks angedroht, um die Lohnforderung von 18,8% durchzusetzen. Die Regierung hat am 1.12. – der 1. Streiktag sollte am 3.12. stattfinden – nachgegeben. Damit ist der Lohnrichtsatz für den Öffentlichen Dienst, den die Regierung Thatcher bei 6% maximal festgesetzt hatte, umgestoßen. Die Gemeinden zahlen 18,8%, was dem vor 2 Jahren erstreikten Abkommen entspricht. Dieses beinhaltet, daß Feuerwehrleute wie Facharbeiter zu bezahlen sind, d.h. in Anbindung an den Durchschnittslohn des oberen Viertels aller Arbeiter. Tausende von Soldaten, die bereits als Notfeuerwehren ausgebildet waren und mit 1000 Löschwagen für den Streikbruch bereitstanden, mußten wieder abgezogen werden.

Die Gemeinden waren ursprünglich bereit gewesen, 18,8% zu zahlen, wollten aber Bedingungen daran knüpfen, wie z.B. die Zustimmung der Gewerkschaft zu Belegschaftskürzungen. Der zuständige Minister Heseltine untersagte dies aber persönlich am Tag vor den ersten Verhandlungen mit der Erpressung, daß die Regierung nur Zahlungen für eine 6%-Erhöhung berechnen würde.

Nach dem Erfolg der Feuerwehrleute können sich die Tarifaueinandersetzungen in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes in Großbritannien spannend gestalten. Das nichtmedizinische Krankenhauspersonal, Handwerker, Putzfrauen, Arbeiterinnen in der Küche und Wäscherei usw. fordern



über 20%, ebensoviel wie die Beschäftigten in den Kraftwerken. Bei den Gas- und Wasserwerken sind Forderungen zwischen 20 und 35% aufgestellt. Streikdrohungen in diesen Versorgungszweigen können nicht so leicht mit der anrückenden Armee beantwortet werden.

Die britischen Arbeiterinnen und Arbeiter im Öffentlichen Dienst gehören zu den niedrigst bezahlten über-

haupt. Mit ihrer 6%-Höchstgrenze für den Öffentlichen Dienst hat die Regierung Thatcher eine weitere Attacke auf diese, durch zwei schwere Niederlagen geschwächte Bewegung eröffnen wollen. Die Feuerwehrleute sind als erste und erfolgreich dagegen angetreten und hatten die ausdrückliche Unterstützung des Gewerkschaftsbundes TUC und anderer Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes.

Lohnbewegung Metall

Konjunkturprognostik schützt vor den Folgen der Krise nicht

Die Propagandaluft klirrt von Prognosen und Antiprognosen. Volkswirtschaftliche Relevanzen sind Trumpf. Lambsdorffs Propagandaministerium hat erreicht, was vor Jahresfrist noch kaum ein Bourgeois hoffen konnte. Im Angesicht der drohenden Krise diskutiert die Öffentlichkeit, aber schon so deutsch wie noch selten. Wie wird der Konjunktüreinbruch die Stellung der deutschen Exportwirtschaft beeinflussen? Was ist für die Kapitalexporthätigkeit zu befürchten? Ist die Mark stark? Sind die USA im Aufkommen? Wird die Wirtschaft investieren? Was ist zu tun für eine starke Mark, was zur Steigerung der Investitionslust? Was für die Förderung des Kapitalexports? Und wenn die deutschen Arbeiter auch fleißig sind, sind sie denn wirklich fleißig genug? Und muß sein, daß so oft krank ist, wer so viel Urlaub hat? Und ist doch klar, der Lohn kann nicht wachsen, wenn die Wirtschaft nicht wächst? Die bürgerliche Propaganda hat verstanden, die Interessen der Kapitalistenklasse fast widerspruchslös

als Interessen aller Deutschen in der öffentlichen Diskussion unterzubringen.

Die ziemlich hektische Propagandawelle hat als Angriffsziel nicht bloß den kurzfristigen Zweck, die Lohnbewegungen des Jahres 1981 zu schlagen. Aus den Schmerzbäuchen der Leitartikel der großen bürgerlichen Zeitungen gluckert Epochales. Man erinnert, wie die 'Demokratie von Bonn' davon gelebt habe, daß im Gange der kapitalistischen Akkumulation etliche Brocken für die Arbeiterbevölkerung abfielen. Die Frage, was nun sein würde, wenn diese Entwicklung sich umkehrte, wenn die 'Kurve einen Knick nach unten' machte, steht in der Öffentlichkeit. – Für diesen Fall rüstet die bürgerliche Propaganda. Sie fürchtet nicht etwa die wirtschaftliche Krise. Sie fürchtet die politischen Folgen der wirtschaftlichen Krise. Und da sind bloß zwei Wege. Entweder die Bourgeoisie vermag, die Arbeiterbevölkerung des Landes hinter sich zu scharen, und dann hat sie Brennstoff für den internationalen Konkurrenzkampf, oder sie

kommt in die Not, ihre Wirtschaftsweise rechtfertigen zu müssen, gegen die Ansprüche der Arbeiterklasse.

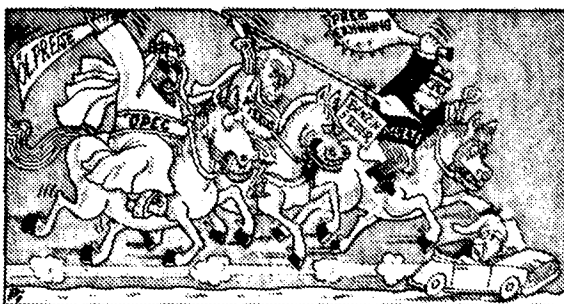
Die IG-Metall ist bekanntlich die größte der DGB Gewerkschaften. Die IG-Metall beginnt die Lohnbewegung. Die IG-Metall, so wie sie aus dem Munde ihres Hauptvorstandes und der Bezirksleitungen zu vernehmen ist, scheint sich bis jetzt vollständig die Fragestellung diktieren zu lassen, was für die deutsche Wirtschaft gedeihlich wäre und was nicht. Und dies, obwohl in den gewerkschaftlichen Kämpfen der letzten Jahre Anhaltspunkte genug da wären, um die Vorkehrungen zu propagieren, die die Arbeiterbewegung treffen muß, will sie sich in gewissem Umfang vor den Folgen der Krise der Kapitalistenwirtschaft schützen. Die Belegschaften konnten schließlich in den Krisenjahren 1966/67 und 1974/75 sehr genau feststellen, welche Schönheiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auftreten, wenn die Konjunktur zu wünschen übrig läßt. Womit ist denn eigentlich zu rechnen?

Die Gesamtlohn- und Gehaltssumme wird sinken. Diese Geldsumme, deren Umfang für die Reproduktion der Arbeiterfamilien den Ausschlag gibt, würde selbst dann sinken, wenn auf den persönlichen Lohn eine vollständige Reallohnabsicherung, ja sogar eine leichte Steigerung erreicht würde; wegen der sinkenden Beschäftigung.

Jedoch werden, selbst wenn durch entsprechende Lohnabschlüsse die Löhne und Gehälter so bewegt würden, daß für den einzelnen Arbeiter und Angestellten eine Sicherung des Reallohns sich ergibt, im Ganzen sehr viele und sehr erhebliche Senkungen persönlicher Löhne und Gehälter vorkommen. Dies, weil mit der Abnahme der Beschäftigung die Fluktuation zunimmt und die Wiederbeschäftigung zu erheblich niedrigeren Löhnen gelingt. Dieser Effekt wird nur einen Teil der Arbeiter und Angestellten treffen, aber durchaus keinen sehr kleinen und diese aber dann zumeist sehr hart.

Aber selbst die Arbeiter und Angestellten, die nicht entlassen werden und sich nicht neue Arbeit suchen müssen, können mit Lohn- und Gehaltsverlusten rechnen. Erstens wird ein großer Teil der Neuinvestitionen der vergangenen Jahre seine Wirkung auf die betriebliche Arbeitsteilung und damit die Eingruppierung erst jetzt voll entwickeln, zweitens werden derartige Investitionen gerade in jenen Bereichen, in denen das Geschäft noch relativ gut läuft, nicht abreißen. Abgruppierungen werden eintreten.

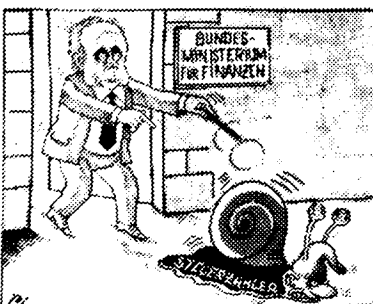
Aber auch die Arbeiter und Angestellten, die von alledem nicht direkt betroffen sein werden, müssen mit



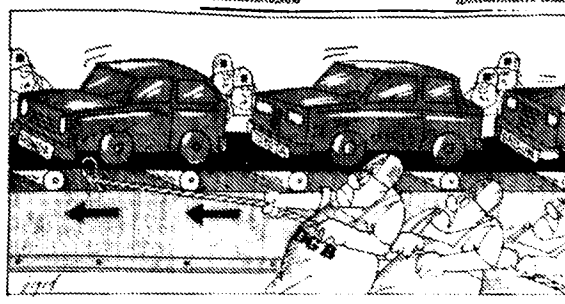
Die Apokalyptischen Reiter



Sachverständigenrat



2. v. Springer gemalt



WANDERLUST, 1981, Deutscher Botschaft für Japans Wagen

Lohn- und Gehaltseinbußen rechnen. In allzuvielen Fällen ist das Überstundengeld bereits ein fester Bestandteil des Familieneinkommens geworden. Die Masse der geleisteten Überstunden wird abnehmen.

Wie aus den letzten Krisen erinnerlich, wird die Kapitalistenwirtschaft aber wiederum das Kunststück fertig bringen, die Masse der Überstunden zu senken, die Belastung durch Überstunden aber eher zu vermehren. Da gerade bei flauem Geschäft die Kapitalisten um die Aufträge Wettlauf machen und da bei diesem Wettlauf die Lieferzeit oft entscheidend ist, gerade übrigens im Exportgeschäft, werden die bekannten Duschbäder von Überstunden und Kurzarbeit mit Sicherheit sich verstärken. Ebenso wird die Tendenz zur Ausweitung der Schichtarbeit nicht abnehmen. Vielmehr werden die Kapitalisten anstreben, Betriebsstätten und Abteilungen mit relativ niedriger Produktivität stillzulegen, die mit der höchsten Produktivität aber wenn irgend machbar rund um die Uhr laufen zu lassen. Das rentiert besser.

Alle diese Faktoren werden zusammengekommen bewirken, daß die Reallohnbewegung immer bedeutend schlechter sein wird, als der Abschluß auf den ersten Blick vermuten lassen wird. – Wie schon gesagt fällt auf, daß alle diese Probleme in den letzten Jahren von den Belegschaften bereits praktisch bearbeitet wurden. Auch gibt es Beschlüsse des Gewerkschaftstages, und nicht nur des Gewerkschaftstages der IG-Metall, die in Richtung Schutz vor derartigen Krisenfolgen zielen. Klar ist freilich, daß die ganze Problematik nicht durch Aufstellung der Lohnforderung erledigt werden kann. Jedoch wird die Zukunft zeigen, wie wichtig es wäre, daß die IG-Metall eine Forderung aufstellt und vor allem auch begründet, die tatsächlich in die Richtung Schutz vor den Folgen der Krise zielt. Welchen Anforderungen könnte eine solche Forderung genügen?

Sie müßte ziemlich hoch aufgestellt werden. Sie könnte auch ziemlich hoch aufgestellt werden, wenn die IG-Metall sich die Mühe machte, die drückenden Belastungen, die durch die Krise auf die Belegschaften der metallverarbeitenden Industrie zukommen, aufzurechnen. Ferner müßte die Forderung so aufgestellt werden, daß die breite Zone zwischen den Tarif- und Effektivlöhnen und Gehältern geschmälert würde. Ferner müßte so aufgestellt werden, daß in Berücksichtigung kommt, daß alle oben aufgezählten Phänomene mit Sicherheit die unteren Lohn- und Gehaltsklassen stärker treffen werden, als die höheren.

Neuartiges für die Begründung müßte sich die IG-Metall nicht groß einfallen lassen. Weil nämlich in fast allen Betrieben einzelne Kämpfe um diese Sache geführt worden sind, stehen auch die Argumente bereits da, und viele Metallarbeiter sind in der Lage, sie zu verfechten.

Jedenfalls liegt eine krasse Illusion zu Grund, wenn in Sozialdemokratenkreisen die Ansicht grassiert, man müsse jetzt beweisen, daß man die kapitalistische Konjunktur zu steuern wisse. Nicht daß derartige Diskussionen uninteressant sind. Bloß muß die Grundlage doch der Kampf um die Interessen der Arbeiter und Angestellten sein, denn wenn man mit diesen Fangball spielt, ist es keine Kunst, eine Krise zu steuern.

Welttextilabkommen Warnstreik der europäischen Textilarbeiter

Kaum hatten die europäischen Textilarbeitergewerkschaften für den 2. Dezember zu einem Warnstreik für die Verlängerung des 1981 auslaufenden Welttextilabkommens aufgerufen, sahen die westdeutschen Kapitalisten ihre Stunde gekommen. Sie ließen durch ihren Gesamtverband ein „Forderungspaket“ präsentieren. Darin treten sie für Verlängerung des Abkommens bis 1991 ein, beschweren sich über „Wettbewerbsverzerrungen“ insbesondere in den Entwicklungsländern und weisen den „Vorwurf des Protektionismus“ weit von sich.

Tatsache ist indessen, daß seit 1978 kein Bekleidungsstück mehr die EG-Grenzen passieren kann, ohne daß es von deren Zollbehörden mindestens dreimal umgedreht wird, um zu prüfen, ob es sich noch im Rahmen der Einfuhrkontingente des Herkunftslandes bewegt. In der Frühjahrssaison führte diese Schutzzollpolitik nach Angaben des Textileinzelhandels dazu, daß z.B. rund 100 Übersee-Container mit Bekleidungsware nicht mehr rechtzeitig abgefertigt wurden.

Trotz negativer Textilhandelsbilanz (– 6,7 Mrd. DM 1978) konnten die Textilkapitalisten so mit einer Ausfuhr von 13,9 Mrd. DM 1978 ihre Stellung als stärkster Exporteur der Welt behaupten. Der Anteil ihres Exports am Umsatz stieg von 21% (1970) auf 37% (1979). In der BRD halten sie in diesen Jahren den Rationalisierungsrekord mit einem jährlichen Zuwachs des Produktionsergebnisses von 7,1% je Beschäftigtenstunde.

Auf Basis eines derart durchrationalisierten Produktionsapparates ver-

sprechen sich die westdeutschen Textilkapitalisten auf den auswärtigen Märkten allerhand Beutegut – im Schutze des zu verlängernden Textilabkommens. Mit dem Kapitalexport von 1,07 Mrd. DM ist dazu der Grundstock gelegt. Immerhin bereits ausreichend, um nach eigenen Angaben der Kapitalisten durch westdeutsche Tochterfirmen und durch insbesondere in Niedriglohnländer vergebene „Lohnaufträge“ bereits 10% des BRD-Marktes an Textilien zu decken. Das macht 20% des Imports aus. Nach Berichten des „Mannheimer Morgen“ schätzen „Experten“ den tatsächlichen Umfang dieses durch westdeutsche Kapitalisten „induzierten Imports“ auf eher doppelt so hoch ein.

Hinter der Propaganda der westdeutschen Textilkapitalisten gegen „Wettbewerbsverzerrungen“ steht das Verlangen insbesondere nach Ausdehnung der Kapitalanlage in den Niedriglohnländern und nach freiem Zugang auf die Märkte der Konkurrenz. Die Bilanz ihrer Politik mit Hilfe des Textilabkommens spricht nicht für die Hoffnungen, die die Gewerkschaften an dessen Verlängerung knüpfen.

Auf dem 3. Weltkongreß der Internationalen Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung Anfang Oktober in Wien waren sich die Dele-



Die Internationale Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung zählt 5,4 Mio. Mitglieder in 134 Einzelgewerkschaften. Bild: Kongreß in Wien Anfang Oktober.

gierten aus 51 Ländern in der Verurteilung der Kapitalanlage der imperialistischen Konzerne in den Niedriglohnländern einig. Die Zunahme der Textilgewerkschaftsmitglieder in den ostasiatischen Ländern von 1,4 Mio. auf 1,93 Mio. in nur vier Jahren wurde auf dem Kongreß besonders begrüßt. – Forderungen der westdeutschen Gewerkschaften gegen den Kapitalexport können dazu beitragen, daß die Rechnung der Kapitalisten auf Spaltung der Textilarbeiter der verschiedenen Länder nicht aufgeht. Auch die Gewerkschaftsbewegung in den Niedriglohnländern würde dadurch im Kampf gegen die imperialistische Ausbeutung direkt gestärkt.

Imperialistische Einmischungsintrigen: Herausforderung für den proletarischen Internationalismus

Fast zwei Jahrzehnte nach dem Vorschlag des sowjetischen Außenministers Molotow zur „Gewährleistung der Sicherheit in Europa“ wurde am 3. Juli 1973 in Helsinki die „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) eröffnet. Am 11. November dieses Jahres begann in Madrid die zweite Folgekonferenz. – Von der Initiative der einst revolutionären Sowjetmacht ist nicht das Geringste übriggeblieben.

Molotow hatte 1954 den übrigen Siegermächten des Zweiten Weltkrieges Maßnahmen zur Neutralisierung Deutschlands und zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland vorgeschlagen, u.a. den schnellen und gleichzeitigen Rückzug der Besatzungstruppen, und die europäischen Staaten zum Abschluß eines Vertrages über kollektive Sicherheit aufgefordert. Mit der Gründung der NATO 1949 hatten die US-Imperialisten bereits festen Fuß auf Europa gesetzt; aber erst mit dem Beitritt der BRD und ihrer zielstrebigsten Wiederaufrüstung wären die Be-

dingungen geschaffen, ihren Angriffsplan gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien in Osteuropa in die Tat umzusetzen. Unter allen Umständen mußte die Sowjetunion daher das unheilvolle Bündnis zwischen dem US- und dem BRD-Imperialismus, das dem einen die Vorherrschaft in Europa sicherte und dem anderen die Verfolgung seiner auf Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges gerichteten Interessen ermöglichte, zu verhindern suchen. Dieser Versuch ist bekanntlich gescheitert; gescheitert vor allem daran, daß die westdeutsche Arbeiterbewegung NATO-Beitritt und Wiederaufrüstung der Bourgeoisie zwar bekämpfte, aber nicht verhindern konnte.

Auch nach dem Antritt Chruschtschows, der die Machtübernahme der neuen Bourgeoisie einleitete, änderte die Sowjetunion ihre europäische Außenpolitik nicht über Nacht. In den Jahren zwischen 1957 und 1964 trat, durchaus in eigener Initiative, aber von der SU gefördert, der polnische Au-

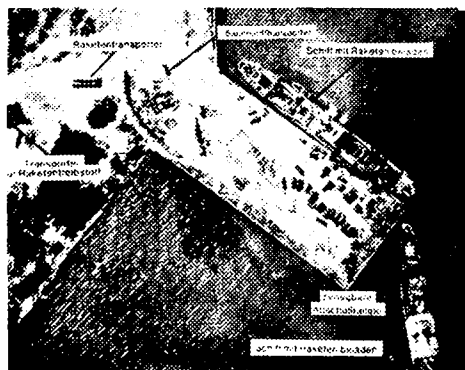
ßenminister Rapacki mit mehreren Vorschlägen hervor, in Mitteleuropa – d.h. der BRD, der DDR, Polen und der CSSR – eine kernwaffenfreie Zone zu schaffen. Zwar fand der sogenannte Rapacki-Plan die Sympathie mehrerer kleinerer europäischer Staaten, die sich durch die Stationierung taktischer Atomwaffen in der BRD und mehr noch durch die Pläne zum Aufbau einer europäischen Atomstreitkraft unter Einschluß der BRD ebenfalls bedroht sahen. Aber wiederum konnten die USA, die BRD, Frankreich und Großbritannien die Vorschläge schlichtweg ignorieren – die Atomstreitkraft-Pläne zerschlugen sich an den Widersprüchen zwischen ihnen.

1966 noch forderten in ihrer „Bukarester Erklärung“ die Staaten des Warschauer Paktes zu „Maßnahmen zur Minderung vor allem der militärischen Spannung“ auf, die die Auflösung der beiden Militärpakte, die Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte, den Abzug aller ausländischen Truppen von fremden Territorien bis hinter die nationalen Grenzen beinhalteten. Zumindest diese Passage der Erklärung kam auf Drängen Rumäniens zustande, aber immerhin, sie kennzeichnet auch die außenpolitische Linie der SU bis dahin: Gerade weil hungrig, aber zu schwach, sich den Magen schnell und gründlich zu füllen, ohne ihn sich zu verderben, mußte der sozialimperialistischen Bourgeoisie daran gelegen sein, die NATO aus dem Wege zu räumen und damit die USA in Europa empfindlich zu schwächen, und zwar mehr als an der unbedingten Erhaltung und dem Ausbau des Warschauer Paktes. Als im Gegensatz zu den USA *europäische* Macht würde man beizeiten weitersehen können. Die „Bukarester Erklärung“ schloß diese Phase jedoch ab.

1968 überfiel die Sowjetunion die CSSR und erklärte Breschnew mit seiner Doktrin von der „begrenzten Souveränität“ Osteuropa zur unumschränkten Einflußsphäre des Sozialimperialismus. Fortan kam man insbesondere mit den westeuropäischen Imperialisten in Sachen „Entspannung“ und „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ ins Geschäft. Im April 1969 erklärten sich die Außenminister der NATO-Staaten bereit, über diesbezüglich „nützliche Themen“ zu verhandeln. Und was unter „nützlichen Themen“ zu verstehen sei, wurden sich die Imperialisten verschiedener Cou-



1945. Siegesparade der Roten Armee in Berlin. „Unser Ziel“, hatte Stalin erklärt, „besteht darin, diesen (unterjochten) Völkern in ihrem Befreiungskampf gegen die Hitler Tyrannie zu helfen und es ihnen dann zu überlassen, sich auf ihrem Boden völlig frei so einzurichten, wie sie das wollen.“



1962. „Kuba-Krise“. Chruschtschows abenteuerlicher Versuch, Mittelstreckenraketen auf Kuba zu stationieren, scheitert und setzt Kuba der Gefahr eines Angriffs durch die USA aus (links). 1968. Mit dem Überfall auf die CSSR war der Farbwechsel der Sowjetunion endgültig vollzogen (rechts).



leur bei all ihren entgegengesetzten Interessen dann auch einig.

Wie auch nicht? Angesichts der wachsenden Unruhe in ihrer eigenen Einflußsphäre konnten sich die Sozialimperialisten den Luxus ihrer früheren Forderungen nach einem Friedensvertrag, nach Auflösung der Militärbündnisse usw. nicht länger leisten. Im Gegenteil hatten sie damit begonnen, andere osteuropäische Warschauer Pakt-Staaten durch zusätzliche bilaterale Verträge noch fester in ihren Pakt einzuschweißen. Die gegenseitige Anerkennung der Militärbündnisse, der Stützpunkt- und Stationierungsrechte auf fremdem Territorium war die Grundlage, auf der die imperialistischen Hauptakteure die KSZE 1973 schließlich steigen lassen konnten.

Schon vor der Anreise nach Helsinki hatten die US-Imperialisten alles erreicht, was sie erreichen wollten: Sie nahmen, obwohl nicht-europäische Macht, teil und waren damit von ihrem sozialimperialistischen Rivalen, von den westeuropäischen Konkurrenten, ja selbst von den blockfreien europäischen Ländern als Garantiemacht in Europa anerkannt. Den diplomatischen Konferenzraum konnten sie desweiteren getrost ihre Verbündeten abschöpfen lassen; sie dokumentierten allein durch ihre Anwesenheit, daß sie, wenn ihr Interesse es erforderlich mache, mit dem Militärstiefel für „Sicherheit in Europa“ schon sorgen würden.

Nicht alle ihre Verbündeten waren über ihre Teilnahme glücklich. Zwar hatte vor allem die BRD von Anfang an klargemacht, daß ohne die USA nichts laufen werde. Die französischen Imperialisten hingegen hatten sich ausdrücklich für einen „innereuropäischen Interessenausgleich“ eingesetzt. 1965 hatten sie sich aus den militärischen Organisationen der NATO zurückgezogen, um, gestützt auf das Bündnis EG, ihre Hegemonialinteressen in Europa durch Lavieren zwischen den beiden Supermächten durchzusetzen. Die französischen Imperialisten waren es auch gewesen, die die neue „Ostpolitik“ kreiert und als erste die großen Möglichkeiten für die Öffnung der Märkte der RGW-Länder gewittert hatten. Mit und auf der KSZE-Konferenz verfolgten sie die Linie, die „Blöcke“ aufzuweichen und somit den Spielraum für selbständige europaweite Interessenverfolgung zu erweitern. Die Teilnahme der USA konnte sich da nur störend auswirken.

Die politischen Absichten der westdeutschen Imperialisten faßte Außenminister Genscher in der abschließenden Erklärung am Konferenzende am 25.7.1975 noch einmal zusammen: „Entspannung ist nach westlichem Verständnis ein Prozeß, der der Geschichte unterliegt, der den Status quo also nicht auf ewig festschreibt, son-



Der NATO-Vertrag

Präambel: Die Partner dieses Vertrages bekräftigen erneut ihren Glauben an die Ziele und Grundsätze der Satzung der Vereinten Nationen und ihren Wunsch, mit allen Völkern und allen Regierungen in Frieden zu leben. Sie sind entschlossen, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten ... Sie vereinbaren daher diesen Nordatlantikvertrag:

Art.1: Die Vertragspartner verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Frieden, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden ...

Art.2: Die Vertragspartner werden zur weiteren Entwicklung friedlicher und freundlicher internationaler Beziehungen beitragen, indem sie ihre freien Einrichtungen festigen, ein besseres Verständnis für die Grundsätze herbeiführen, auf denen diese Einrichtungen beruhen, und indem sie die Voraussetzungen für die innere Festigkeit und das Wohlergehen fördern. Sie werden bestrebt sein,

dem dynamisch die Möglichkeit neuer Entwicklungen offenhält. Das schließt für uns die Möglichkeit der deutschen Einheit wie auch der Vollendung der europäischen Einigung ein.“ Die Aussicht auf „deutsche Einheit“ stößt auch bei den westeuropäischen Konkurrenten keineswegs auf Gegenliebe, da sie die Frage der Hegemonie in der „Vollendung der europäischen Einigung“ eindeutig lösen würde. Gerade auch deshalb wollte die BRD auf die Konferenzteilnahme der US-Supermacht unter keinen Umständen verzichten.

Tatsächlich gelang es ihr, die „Möglichkeit der deutschen Einheit“ in der

Gegensätze in ihrer internationalen Wirtschaftspolitik zu beseitigen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen einzelnen oder allen Vertragspartnern zu fördern ...

Art.5: Die Vertragspartner vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen einen oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jeder von ihnen in Ausübung des Art. 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung dem Vertragsstaat oder den Vertragsstaaten, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jeder von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Vertragsstaaten die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die er für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wieder herzustellen und zu erhalten ...

Art.6: Im Sinne des Artikel 5 gilt als bewaffneter Angriff auf einen oder mehrere Vertragspartner jeder bewaffnete Angriff auf das Gebiet eines der Staaten in Europa oder Nordamerika, auf die Besatzungsstreitkräfte eines Vertragspartners in Europa, auf die der Gebietshoheit eines Vertragsstaates unterstehenden Inseln im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses oder auf die Schiffe oder Flugzeuge eines der Vertragsstaaten in diesem Gebiet ...

Art.13: Nach zwanzigjähriger Geltungsdauer des Vertrages kann jeder Partner aus dem Vertrag ausscheiden, und zwar ein Jahr, nachdem er der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Kündigung mitgeteilt hat ...

KSZE-Schlußakte, wenn auch nicht ausdrücklich, zu verankern. Dort nämlich heißt es, noch vor dem Absatz „III. Unverletzlichkeit der Grenzen“, unter „I. Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte“: „Sie (die Teilnehmerstaaten) sind der Auffassung, daß ihre Grenzen, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung verändert werden können.“

Das erste Ziel war damit erreicht, die völkerrechtliche Anerkennung der Grenzen in Mitteleuropa wiederum umgangen, das „Recht“ auf „Wiedervereinigung“ verbrieft. Zum zweiten

Nördlich des Wendekreises des Krebses

Zum Zeitpunkt der Gründung der NATO im Jahre 1949 befand sich die sozialistische Sowjetunion im Aufbau. Die erheblichen Verluste und Schäden, die der Sowjetunion im 2. Weltkrieg beigelegt wurden, waren zu diesem Zeitpunkt nicht repariert. Erst im Jahre 1955 wurde der Warschauer Pakt gebildet. Erstreckt sich der Warschauer Pakt auf das Gebiet von Europa, so ist die NATO ein Nordatlantisches Militärbündnis nördlich des Wendekreises des Krebses, zwischen dem 20. und 25. Breitengrad.

Der NATO gehören 15 Staaten mit einer Bevölkerungszahl von 530 Millionen Menschen an. Dem Warschauer Pakt 7 Staaten mit 350 Millionen Menschen. Das Bruttosozialprodukt, also alle produzierten Güter, Dienstleistungen, staatlichen Tätigkeiten, ist in den Ländern der NATO fast dreimal so groß wie in den Ländern des Warschauer Pakts.

Die strategischen Ausgangsbedingungen sind verschieden. Im Gegensatz zur NATO bildet der Warschauer Pakt ein „Herzland“. Er besteht aus Landmächten, die entweder keinen Zugang zum Meer haben oder deren Zugang zu den warmen Weltmeeren erschwert ist. Das Vertragsgebiet ist eine geschlossene Fläche. Große Rohstoffvorkommen sind vorhanden.

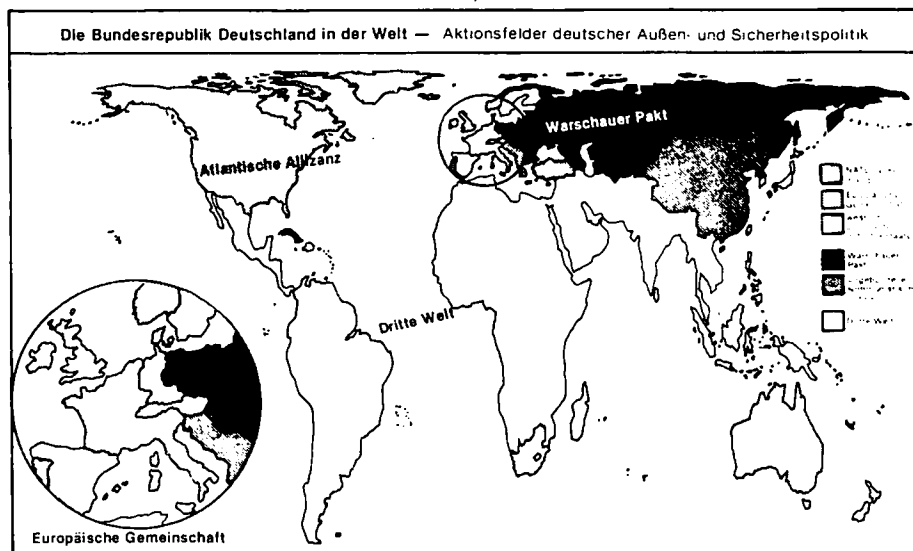
Die NATO dagegen besteht aus Seemächten, die industriell entwickelt sind. Das Vertragsgebiet ist auseinandergerissen, und die europäische Tiefe ist halb so groß wie die Nord-Süd-Ausdehnung des Warschauer Pakts. Der europäische Teil der NATO liegt wie ein Gürtel um den europäischen Teil des Warschauer Pakts. Neben der geringen Tiefe des Landes fehlt es an eigenen Rohstoffen. Die überseeische

Versorgung ist strategische Notwendigkeit.

Die allgemeinen strategischen Ausgangsbedingungen für den Warschauer Pakt und für die darin bestimmende Sowjetunion sind für den Krieg um Europa besser. Die allgemeinen strategischen Bedingungen für die Einflußnahme auf Länder der Dritten Welt ist bei den USA größer. Neben die Supermacht USA ist eine zweite getreten, die Sowjetunion. Vor allem ihr Export von Industrieerzeugnissen an Länder der Dritten Welt hat deren Abhängigkeiten hergestellt. Die im Verhältnis zur Küstenlänge große Flotte des Warschauer Pakts soll diese Politik des Warschauer Pakts militärisch schützen.

Der große Einfluß der SU in den Ländern der Dritten Welt verschlechtert die militärische Lage in Europa zugunsten der NATO. Die fehlende geographische Tiefe der europäischen NATO-Länder gewinnt als verteidigungspolitisches Problem an Bedeutung. Bei allen Herbstmanövern der

NATO spielt der Angriff aus dem Osten immer wieder eine entscheidende Rolle. Wo findet er statt, und gelingt es, den Angriff vor dem Rhein zurückzuschlagen? Die Vorverteidigung beinhaltet den eigenen Angriff. So kann aus der Verteidigung entweder der Gegenangriff begonnen oder auch direkt der Angriff geführt werden. Entsprechend ist die Bewaffnung der NATO in Westeuropa für Verteidigung und Angriff einsetzbar. Die Staaten in Europa nehmen so oder so eine vorgeschobene Position ein. Der USA-Imperialismus operiert aus dem „Hintergrund“, ist weniger angreifbar und kann geographisch weitreichender operieren. Trägt der Warschauer Pakt einen Angriff vor, kann er Europa überrollen. Damit hat er aber das Staatsgebiet der USA noch nicht angegriffen. Wird der Angriff oder Gegenangriff durch die NATO getragen, ist die Sowjetunion schnell auf ihrem Gebiet angreifbar, weil es räumlich, ohne ein dazwischenliegendes Meer, an den westlichen Teil Europas grenzt.



kam es den westdeutschen Imperialisten dann auch darauf an, sich die „friedlichen Mittel“ selbst bestätigen zu lassen. Auch hier hatten sie Erfolg: Der Komplex „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“ zeigt in weiten Teilen ihre Handschrift. Beabsichtigten sie mit Punkt „1. Menschliche Kontakte“, mittels Besucherströmen die Grenzen der DDR aufzureißen und auf diese Weise den politischen Druck zu verstärken, so setzten sie mit Punkt „2. Information“ durch, zukünftig ganze Armeen berufsmäßiger Unruhestifter mit Presseausweis auf die DDR loszulassen.

Wie gesagt, ihre westeuropäischen Konkurrenten verfolgten die ihren speziellen Interessen dienenden Vorstöße

Exporte der EG nach Osteuropa

Jahr	gesamt	UdSSR
1960	1550	576
1970	4443	1375
1972	5642	1541
1974	11095	3337
1976	14060	5164
1978	15191	5630

Angaben in Mio. ECU

der westdeutschen Imperialisten mit tiefem Argwohn. Dennoch blieb die

Gemeinsamkeit ihrer Interessen insgesamt vorherrschend. Wirtschaftlich bestand sie in der Öffnung der Märkte der RGW-Länder für ihren Waren- und möglichst auch für ihren Kapital-export.

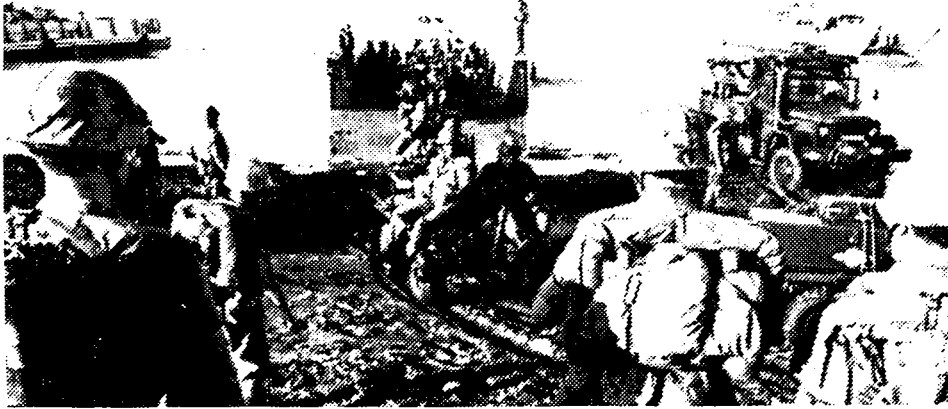
Politisch mußten die westlichen Imperialisten versuchen, und darüber herrschte volle Übereinstimmung, nicht nur, aus den zum Teil schon offenen aufbrechenden Widersprüchen in den Ländern des Warschauer Paktes Kapital zu schlagen, sondern Widersprüche systematisch zu schüren und vor allem, die politische und ideologische Führung oppositioneller Strömungen von vorneherein in die Hand

zu nehmen. Ausdrücklich knüpften sie in der KSZE-Schlußakte „die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit“, ja „Frieden“ an die „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungs-freiheit“. Die Grundlage zu ständiger Einmischung war gelegt.

scher Länder zumindest anzupassen. Aber auch an Steigerung ihrer Warenexporte; ihre Weltmarktanteile waren und sind immer noch verschwindend gering. Besonders hartnäckig verlangten sie auf der KSZE von den westeuropäischen Ländern die Anwendung der Meistbegünstigungsklausel (aufgrund derer ihre Exporte in die EG gegenüber den Exporten anderer Dritt-

später, 1976, sollte Sonnenfeldt, Berater des damaligen US-Außenministers Kissinger, der UdSSR noch einmal ausdrücklich bestätigen, daß „Osteuropa innerhalb ihrer Reichweite und des Gebietes ihrer natürlichen Interessen liegt.“ Zum ersten Mal aber hatten sich die beiden Supermächte am Tisch der KSZE-Konferenz die Aufteilung Europas in ihre Einflußsphären gegenseitig zugestanden.

Was keineswegs heißt, daß sie nicht auf Verschiebung der Kräfteverhältnisse brennen und auf die Schaffung einer Lage, die es ihnen jeweils ermöglicht, den Strauß mit dem Rivalen ein für allemal auszufeuchten. Die Entwicklung seit der KSZE-Konferenz darf nicht täuschen. Zwar müssen die Sozialimperialisten – aufgrund ihrer besonders brutalen Unterdrückung jeglichen Widerstandes und ihrer besonders brutalen Aggressionen – derbe Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten und in die inneren Angelegenheiten der osteuropäischen Staaten hinnehmen. Aber sie warten nur darauf, den Spieß umzukehren. 1967 bereits hatte Breschnew die Losung ausgegeben, daß „unter den Bedingungen nachlassender internationaler Spannungen der Zeiger des politischen Barometers nach links wandert“. Die Sozialimperialisten spekulieren auf tiefgreifende politische und soziale Erschütterungen in den westlichen, besonders den westeuropäischen imperialistischen Ländern. Und da sie davon ausgehen, daß solche Krisen unvermeidlich eintreten werden, können sie in langen Zeiträumen rechnen und in der Zwischenzeit so



US-Landungsmanöver auf Sardinien

Aus welchen Gründen nun ließen sich die Sozialimperialisten auf derartige ein, und zwar unter Preisgabe grundlegender Interessen der DDR und auch Polens? Auch die Sozialimperialisten waren am Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen vor allem mit Westeuropa interessiert. An steigenden Warenimporten, hier hauptsächlich Maschinen und Ausrüstungen, die sie dringend brauchten, um die Ausbeutung der sowjetischen Arbeiterklasse dem Standard anderer imperialisti-

länder nicht diskriminiert werden können). Vergeblich allerdings – die EG-Imperialisten verwiesen kühl an die EG-Kommission, die seit 1970 für den Abschluß von Handelsverträgen zuständig ist.

Erreicht aber hat die Sowjetunion, und daran vor allen Dingen war ihr gelegen, daß die USA sie als Garantiemacht und Osteuropa als ihre Domäne anerkannten, wie sie die USA als Garantiemacht mit Westeuropa als Domäne anerkannt hatten. Drei Jahre

Die Forderungen gegen die Kriegstreiberei der Imperialisten lassen sich nicht unterdrücken

Zwar ist es den imperialistischen Mächten auf der KSZE mit vereinter Kraft gelungen, die Behandlung aller Forderungen systematisch zu unterdrücken, die ihnen die Kriegstreiberei tatsächlich erschweren können. Mit all ihrem dröhnenden Entspannungsgeläute jedoch konnten sie diese Forderungen nicht zudecken.

Gleich zu Beginn der Konferenz trug der rumänische Außenminister wesentliche dieser Forderungen vor: „... Verringerung und letzten Endes Abzug sämtlicher ausländischen Truppen von den Territorien anderer Staaten hinter die eigenen Staatsgrenzen; Auflösung der Militärstützpunkte auf den Territorien anderer Staaten; ... Schaffung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Teilen Europas sowie die formelle Verpflichtung der Kernwaffen besitzenden

Mächte, diese Waffen niemals gegen Staaten einzusetzen, die sie nicht besitzen und nicht erzeugen; Vorbereitung der Bedingungen für die Abschaffung der Militärblöcke und schließlich deren Beseitigung.“

Allein die beiden Supermächte haben zusammen fast 700000 Soldaten auf fremdem Territorium in Europa stationiert: die UdSSR insgesamt 31 vollausgerüstete Divisionen (Stärke zwischen 11000 und 13000 Mann) in der DDR (20), Polen (2), der CSSR (5) und Ungarn (4), die USA über 325000 Soldaten in mehr als zehn Ländern, darunter allein 239300 in der BRD und Westberlin. Truppen auf fremdem europäischen Territorium halten weiter Großbritannien (BRD und Westberlin, Zypern, Gibraltar), Frankreich (BRD und Westberlin), die Niederlande (BRD), Belgien (BRD), Kanada (BRD,

Zypern), Dänemark (Zypern), die Türkei (Zypern). Die BRD-Imperialisten konnten durch die NATO über ausnahmslos alle europäischen NATO-Länder, außerdem über Spanien, ein dichtes Netz von Stützpunkten – Übungs- und Zwischenlandungs-Flugplätze, Panzerübungsplätze, Raketen-schießplätze, Depots, Ausbildungslager, Flottenankerplätze und Flottenstützpunkte – werfen.

Der weitaus größte Teil ausländischer Truppen und Militärstützpunkte ist, auf der Grundlage von Besatzungsrechten, in der BRD, Westberlin und der DDR konzentriert. Zusätzlich zur Herrschaft der eigenen Bourgeoisie müssen die Volksmassen die Lasten der Besatzung tragen. Solange kein Friedensvertrag mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges dies ausschließt, dienen die BRD, Westberlin und die

manches wegstecken. Schließlich hat die Sowjetunion die zweite KSZE-Folgekonferenz in Madrid trotz langem Hin und Her über die Tagesordnung nicht platzen lassen, obwohl sie vor allem aufgrund ihrer Aggression gegen Afghanistan unter wachsenden Rechtfertigungsdruck gerät.

Die vom Imperialismus unterdrückten europäischen Länder hatten an der KSZE-Konferenz in dem Interesse teilgenommen, Garantierechte zur Sicherung ihrer Souveränität zu erreichen. Keine ihrer wesentlichen Forderungen haben sie durchsetzen können. Von der Forderung Rumäniens z.B. nach „Verzicht auf Militärmanöver, auf Demonstrationen der Stärke“ ist als eine der „vertrauensbildenden Maßnahmen“ die gegenseitige Ankündigung von Manövern und die Möglichkeit zur Entsendung von Manöverbeobachtern geblieben. Aber selbst diese winzigen Einschränkungen ungehemmter Bewegungsfreiheit der imperialistischen Mächte sind nur *Versprechen*, allein vom Willen der jeweiligen Macht abhängig.

Auch die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern hatte an die KSZE-Verhandlungen zumindest die Erwartung auf völkerrechtlich gültige Vereinbarungen geknüpft, die die Einmischung ausländischer Imperialisten in die Klassenkämpfe unterbinden. Aber weder ist die KSZE-Schlußakte überhaupt ein völkerrechtlich gültiger Vertrag, noch enthält sie irgendwelche Vereinbarungen, die den Bewegungsraum für revolutionäre Bewegungen

erweitern und von ihnen genutzt werden könnten. Keine einzige Vereinbarung der Dutzende von Seiten langen Schlußakte bietet der polnischen Arbeiterbewegung wenigstens gewisse Sicherheit vor der Intervention der Sozialimperialisten – genausowenig, wie sie der Arbeiterbewegung in Westeuropa gewisse Sicherheiten gegen Einmischung der USA geben können; ihr

laufen, die Arbeiterbewegung den Einmischungsabsichten der eigenen Bourgeoisie zu unterwerfen. Die beste Unterstützung ist deshalb der entschiedene Klassenkampf im eigenen Land.

Wenn die Sowjetunion bisher nicht in Polen einmarschiert ist, dann ist dies bestimmt nicht dem Druck der westlichen Imperialisten und ihrer Drohung mit militärischen Gegenschlägen zuzu-



Das irische Volk kämpft für sein Selbstbestimmungsrecht

Druck auf die revolutionäre Entwicklung in Portugal z.B. war schon erheblich.

Zweifellos, die Arbeiterklasse in den europäischen Ländern hat elementares Interesse an vorteilhaften Kampfbedingungen ihrer Klassengenossen in anderen Ländern. Jeder Erfolg in einem Land wirkt auf die Kampfbedingungen andernorts positiv. Die spontane Solidarität ist deshalb groß, aber oft auch Ansatzpunkt für sozialchauvinistische Strömungen, die darauf hinaus-

schreiben. Wenn sie bisher nicht einmarschiert ist, dann, weil die neue Bourgeoisie die eigene Arbeiterklasse zu fürchten hat. Genausowenig dürfen die westlichen Imperialisten darauf rechnen können, die Arbeiterklasse hierzulande für das Abenteuer von Gegenschlägen zu gewinnen. Ihr dies gründlich klarzumachen, ist die einzige Antwort, die die Arbeiterbewegung allen Einmischungsversuchen erteilen kann, und die einzige Grundlage für den proletarischen Internationalismus.

DDR den in den Militärbündnissen NATO und Warschauer Pakt zusammengefügten Imperialisten, insbesondere den beiden Supermächten, als Hauptaufmarschplatz für zukünftige Schlachten um die Weltherrschaft. Solange auch haben die BRD-Imperialisten relativ leichtes Spiel, die *völkerrechtliche Anerkennung der DDR* zu umgehen und ihre großdeutschen Träume zu verfolgen. – Unabhängig vom Abschluß des Friedensvertrages muß die BRD die Forderung Albaniens nach *Reparationszahlungen* für Kriegsschäden in Höhe von 2 Mrd. \$ zum Kurs von 1938 plus Zinsen seit 1945 erfüllen, was sie bisher mit Hinweis auf den ausstehenden Friedensvertrag verweigert.

Unterstützt vor allem von Jugoslawien, trat Malta auf der KSZE-Konferenz für die *Schaffung einer Friedenszone im Mittelmeer* ein, das in besonderem Maße Tummelplatz ausländischer Imperialisten ist. Die USA haben ihre Sechste Flotte mit 25000 Mann Besatzung und Hauptquartier in Nea-

pel ständig im Mittelmeer stationiert. Die Sowjetunion, die sich selbst zur „Mittelmeermacht“ erklärt, da „die Schwarzmeergewässer sich über den Bosphorus und die Dardanellen mit dem Mittelmeer vereinigen“ – die Drohung gegenüber der Türkei ist unüberhörbar –, läßt die 3. Eskadra, die eng mit ihrer Schwarzmeer-Flotte verbunden ist, dort kreuzen. Für weitere Bedrohung der Anliegerstaaten der Dritten Welt sorgt als Nichtanrainer Großbritannien, das sich nachhaltig weigert, der Forderung Spaniens nach der *Rückgabe Gibraltars* am westlichen Ausgang des Mittelmeers nachzukommen. Die BRD hat erst in diesem Jahr den Stützpunkt Beja in Portugal erneut in Gebrauch genommen; von ihren übrigen Stützpunkten im Mittelmeerraum sind vor allem der Luftwaffenstützpunkt auf Sardinien und der Raketenschießplatz auf Kreta zu nennen.

Die Republik Irland schließlich wandte sich auf der KSZE-Konferenz zu Recht dagegen, sich auf die „Un-

verletzlichkeit der Grenzen“ festzulegen zu lassen, womit sie die Teilung Irlands und die anhaltende koloniale Unterdrückung Nordirlands durch Großbritannien unterschrieben hätte. Im Kampf für sein *Selbstbestimmungsrecht* leistet das irische Volk einen großen Beitrag auch gegen die wachsende Kriegsgefahr.

Gerade im Zuge ihrer Kriegsvorbereitungen müssen die Supermächte und die führenden europäischen Mächte alles daransetzen, die Unterdrückung nicht nur der „eigenen“ Arbeiterklasse, sondern auch fremder Völker und Nationen zu verstärken, ihre jeweiligen Bündnisse zum Völkergelängnis auszubauen. So wie die westlichen Imperialisten nicht nur Griechenland zurück in die NATO-Militärintegration getrieben haben, sondern auch Spanien und Irland eingliedern wollen. Jede einzelne dieser offenen Forderungen trifft sie deshalb, wenngleich in unterschiedlichem Maße, so doch an empfindlicher Stelle.

Französische Seeleute setzen Kampf fort

Im Sommer hatten die Seeleute und Fischer in Frankreich 9 Wochen gegen Rationalisierung und Lohnsenkung streiken müssen. Das erste Ergebnis ihres Kampfes war nur, daß die Reeder ihren Plan, die Schiffsbesatzungen von 22 auf 18 Mann zu reduzieren, fallen ließen. Weiterhin gibt die Regierung Treibstoffsubventionen nur, wenn der Lohn gesenkt wird und nur an die großen „lizenzierten“ Reeder. In einer gewerkschaftlichen Abstimmung haben die Seeleute mehrheitlich ihren Widerstand dagegen ausgedrückt und bereiten zusammen mit den kleinen Fischern Aktionen vor. Die Frauen der Seeleute haben sich in einem Komitee zur Unterstützung des Kampfes organisiert.

Aktionsprogramm der Arbeiter von Ford

Gewerkschaftsdelegierte aus 47 Ford-Werken in 20 Ländern (inkl. Japan), die insgesamt 495000 Fordarbeiter repräsentierten, beschlossen auf einer internationalen Konferenz vom 17.-19.11. in Valencia (Spanien) eine Deklaration zur

Nachdem sich am 14. November 3000 Redakteure am bundesweiten Warnstreik für einen neuen Manteltarifvertrag beteiligten, gaben die Zeitungskapitalisten nach: Ab dem 1.6.1981 wird für Redakteure an Tageszeitungen die Fünf-Tage-Woche gelten, für Redaktionen mit unter 6 Redakteuren allerdings erst ab 1986. Die monatliche Arbeitszeit wird stufenweise von derzeit 191 auf 173 Stunden im Jahre 1984 gesenkt. In Warnstreiks und Verhandlungsführung verbesserten dju und DJV die Zusammenarbeit.

Festigung ihres gemeinsamen Kampfes. Außerdem vereinbarten sie einen verbesserten Informationsaustausch über Löhne und Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Ford-Werken. Sie fordern in der Deklaration für alle Werke das Recht auf gewerkschaftliche Organisation, auf Anerkennung und ungehinderte Tätigkeit von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, die Anerkennung der Gewerkschaften als Verhandlungspartner, uneingeschränktes Streikrecht und Schutz vor Sanktionen wegen Streiks. Er kämpft werden soll die Angleichung von



Nur 38% der 38000 Lohnabhängigen im Hauptwerk von VW do Brasil haben bei den vom Konzern angesetzten „Betriebsratswahlen“ gültig gestimmt. Die Gewerkschaft hatte zum Boykott aufgerufen. Das Automonopol hatte die Wahlen im September – nach der Niederlage der Arbeiter im Tarifkampf – angesetzt. Der „Betriebsrat“ darf nicht zusammen mit der Gewerkschaft verhandeln und kann nur „Vorschläge“ machen. Seine geringen Rechte kann der Konzern jederzeit wieder kassieren. Die Metallergewerkschaft sieht darin einen Versuch, sie aus dem Betrieb zu drängen. Sie fordert seit Jahren Wahl und Anerkennung gewerkschaftlicher Vertrauensleute. Während des Streiks 1978 waren in mehreren Abteilungen, so im Walzwerk (Bild), Gewerkschaftsdelegierte bereits gewählt und auch zeitweilig anerkannt worden.



Löhnen, Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen auf das höchste Niveau, das in einem Ford-Werk erreicht ist.

Lohntarifabschluß in der Schuhindustrie

Für rund 55000 Arbeiter in der Schuhindustrie ist am 2.12. rückwirkend vom 1. November an ein neuer Lohntarifvertrag abgeschlossen worden: Die Löhne werden um 0,50 DM die Stunde, im Schnitt um 6,54% angehoben, die Ausbildungsvergütung um 35 DM. Das 13. Monatseinkommen wird ab 1981 von 40 auf 45% erhöht. Die Gewerkschaft Leder hatte die Anhebung der Löhne um 0,80 DM die Stunde, 10,5%, und die Anhebung der Ausbildungsvergütung um 60 DM gefordert, sowie ein 13. Monatseinkommen von 100%. Die Gewerkschaft hatte die Forderungen mit dem notwendigen Anschluß der Löhne an die Industriedurchschnittslöhne begründet. 1978 betrug diese Differenz bei Lederwaren 3,20 DM, bei Schuhen 2,98 DM. Zu dem jetzt vereinbarten Tarifvertrag waren die Kapitalisten erst bereit nach einer Reihe von Warnstreiks, an denen über 5000 Arbeiter beteiligt waren.

IGBE gegen Rentenverschlechterung

Vom 24. bis 28. November führte die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie in Aachen ihren 12. Gewerkschaftskongreß durch. 70 der 300 Delegierten hatten die 4280 Einzelanträge zu einem Antragsbündel von 554 Anträgen zusammengefaßt. Die tarif- und wirtschaftspolitischen Forderungen standen im Mit-

telpunkt des Gewerkschaftstages. Die Beibehaltung der Montan-Mitbestimmung forderten die Delegierten und lehnten die Politik der Bundesregierung ab. Die vielen Anträge richteten sich vor allem gegen die besonders schlechten Arbeitsbedingungen. Die Delegierten forderten keine Selbstbeteiligung an Krankheitskosten und keine Verschlechterung des Rentensystems. Sie lehnten die generelle Versteuerung der Renten ab. Sie forderten die Erweiterung der Altersgrenze für Rentner im Bergbau auf 55 Jahre für Untertage- und 60 Jahre für Über Tagebeschäftigte. Da Minister Ehrenberg Gastredner auf dem Gewerkschaftstag war, mußte er erklären, solange er Arbeitsminister sei, würde keine Veränderung bei der Knappschaftsversicherung durchgeführt.

70000 gegen Estel N.V.

Die Demonstration in Dortmund zeigt, wie verhaßt sich die in Westeuropa tätigen Stahlkonzerne mit ihrer Ar-



beitsplatz-Erpressungstaktik inzwischen gemacht haben. Die Zeit wäre langsam reif für eine einheitliche Aktion des westeuropäischen Metallarbeiterverbandes gegen die Arbeit bei Nacht und in Schichten, insbesondere aber in Contis-Schicht. Rechnet man die Arbeit in Schichten nämlich einmal ab, so kann von einer Unterauslastung der Stahlwerke nicht die Rede sein.

„Rucksackbetriebe“: Vor 15 Jahren angesiedelt, jetzt Schließung

Landshut. Während die Aktionen gegen die Werksschließungen in Landau und Ascha/Niederbayern ausgeweitet werden, veröffentlichte die „Landauer Zeitung“ den „aufschlußreichen“ Bericht der Grundig-Bilanzpressekonferenz: „Der Markt der Unterhaltungselektronik ... hat seine Grenzen gefunden ... Trotzdem hat die Grundig-Gruppe im Geschäftsjahr 1979/80 ihren mengenmäßigen Anteil halten können ... Der Auslandsumsatz stieg um 3% ... (Nur) infolge des Preisverfalls bei Fernsehgeräten ergab sich ein Umsatzrückgang ... Der Konzernjahresüberschuß sank von 154 auf 85 Mio. DM.“

Zur „Behauptung der Marktposition“ hat die Grundig AG 1979/80 vier Werke mit ca. 2000 Beschäftigten geschlossen und zur selben Zeit die



Augsburger Grundig-Arbeiter bei der DGB-Aktion gegen den NPD-Parteitag am 23.11.

Lohnkosten pro Beschäftigtem von 21962 DM auf 20257 DM gesenkt. Solche Rationalisierungspolitik wird weitergetrieben. 1981: Schließung der Werke in Karlsruhe, Augsburg, Landau und Ascha, wieder mit 2000 Beschäftigten, Produktion „im Verbund“, „Umstrukturierung“ und „Straffung“ in Nürnberg bei stärkerer Nutzung der niedrigstentlohnenden Arbeiter in Portugal. Die Gewerkschaft HBV Straubing-Deggendorf-Plattling schreibt in ihrer Solidaritätsresolution: „Sie schließen, weil sie die Krise nutzen wollen, um sich und ihre Profite zu sichern. Auf Kosten der Arbeiter.“

90% der Industriebetriebe in der Region Landshut sind Zweigwerke. Seit 1975 haben solche „flexiblen Bestandteile der Unternehmen“ von SEL, Siemens, Roederstein, Krauss-Maffei, Massey Ferguson hier Werke geschlossen. Rund 10 Jahre vorher waren die

meisten gekommen, um der damaligen Überproduktionskrise mit einer Exportoffensive billiger Produkte zu begegnen. „Der Mensch steht im Mittelpunkt“ hieß es bei der Grundig-Einweihung in Landau 1965, wobei die Kapitalisten auf das vorhandene Flüchtlings- und Bauernreservoir schielten. Von 1939 bis 1950 war die Bevölkerung aufgrund des Flüchtlingsstroms von 262 300 auf 375 000 gestiegen. 1961 waren 67 204 in der Land- und Forstwirtschaft und 54 028 in der Industrie beschäftigt. 1970 umgekehrt: 46 225 bzw. 62 558. 1978 lagen die Löhne um 228 DM unter dem Landesdurchschnitt. Die bayerische Staatsregierung brüstet sich, die Hälfte der 3,9 Milliarden DM Darlehen und Zuschüsse zwischen 1954 und 1979 den Kapitalisten im Zonenrandgebiet geliefert zu haben.

Wenn's nach den Politikern der Kapitalisten geht, darf Niederbayern besondere Förder- und Niedriglohnregion zur jederzeitigen Nutzung der Kapitalisten und mit Auswirkungen auf das Lohnniveau in ganz Westdeutschland bleiben. In diesem Sinne bieten die Arbeitsämter den Frauen, die hier jetzt 70% der Arbeitslosen ausmachen, ABM-Maßnahmen, Kurse in Altenpflege und Nähen (ca. 8 DM im Akkord). Die Arbeiterbewegung sieht das anders. Die örtliche IG Metall fordert bessere Ausbildungsmöglichkeiten und will den zeitlichen Anschluß der Lohnrunde in Bayern an den bundesweiten Tarifikampf. Der Betriebsrat von BMW Dingolfing verpflichtete sich auf Betriebsvereinbarungen gegen Abgruppierungen bei Rationalisierung. Vor kurzem streikten die Brauereiarbeiter für die Abschaffung der Ortsklassen – zum ersten Mal seit 55 Jahren. Jetzt werden 30 000 Unterschriften gegen die Werksschließungen gesammelt und breit mobilisiert für einen Sternmarsch am 17. Januar.

BMW Rationalisierung im Angestelltenbereich

München. Bereits seit Mitte des Jahres besteht bei BMW für den Angestelltenbereich Einstellungsstopp. Bei einer Fluktuationsrate von jährlich 5% und nach ersten Umfragen in verschiedenen Abteilungen, werden die BMW-Kapitalisten bis Ende des Jahres bereits zwi-

schen knapp 5 und 2,5% der Stellen gestrichen haben. Jetzt heißt es im „bayernmotor“, „Verwaltung will Ballast abwerfen“. Auslösender Faktor ist die Krise der Profitproduktion, und Angestelltegehälter drücken zusätzlich auf den Profit.

Als in der Krise 1974 Umsatz und PKW-Absatz zurückgingen, wurde durch Einstellungsstopp und Rationalisierungsmaßnahmen – Einrichtung eines zentralen Schreibbüros, Auswirkungen der Computersteuerung des Materialflusses auf Einkauf und Bestellwesen u.a. – die Arbeit der Angestellten wesentlich verdichtet. Bis 1978 stiegen dann sprunghaft je Angestelltem der Umsatz um 82%, der PKW-Absatz um 32%, der Materialaufwand um 68%. 1979 waren Umsatz und Absatz wieder rückläufig, die Zuwachsrate beim Materialaufwand nur noch minimal.

Schwerpunkte der Rationalisierung sind offensichtlich diesmal die Abteilungen Entwicklung, Vertrieb und Finanzen. Auf sie trifft auch die Klage des Personalchefs zu, in den letzten 5 Jahren sei der Anteil der außertariflichen



Mit Bildschirm: Prüfung von 10 Lieferantenrechnungen/Stunde; ohne nur ca. 3 – 4

chen Angestellten von 12 auf 16,7%, der der Tarifgruppen 6 und 7 von 21,6 auf 34,2% gestiegen.

Speziell geschulte „Führungskräfte“ führen eine „Gemeinkostenanalyse“ durch. Sie ist das Gegenstück zur analytischen Arbeitsplatzbewertung bei den Arbeitern. Methode ist die Zerlegung der Arbeitsprozesse in „kleine und kleinste Einheiten“, um sie meß- und vergleichbar zu machen. Folge ist wie in der Produktion Senkung des Lohns, Leistungsverdichtung und Herausbildung akkordähnlicher Bedingungen.

Ausgliederung von Routinearbeiten, Erweiterung der Computerprogramme für die entsprechenden Abteilungen – statt heute 1800 Bildschirmen im Münchner Werk sollen bis Ende der 80er Jahre 4000 stehen – werden zu einer erheblichen Reduzierung der besser bezahlten Sachbearbeiter und zur

Erledigung von Routinearbeiten wie Registrierung des Auftragseingangs oder Auftragsannahme durch niedrig bezahlte Angestellte führen.

In einer Betriebsvereinbarung über Umsetzungen will der Betriebsrat Gehalt und Qualifikationsstruktur für die Beschäftigten sichern. Darüberhinaus wären Schranken gegen die Leistungsverdichtung und übermäßigen Verschleiß der Arbeitskraft z.B. an Bildschirmgeräten nötig.

Bayern

Kampf gegen NPD-Parteitag in Augsburg

12000 Menschen sind dem Aufruf des DGB Bayern zu einer Demonstration am 23. Nov. gegen den NPD-Bundesparteitag gefolgt. Der DGB-Landesverband hat damit die größte Demonstration seit 1945 in Augsburg organisiert. Das Innenministerium und das Polizeipräsidium Schwaben reagierten mit einem Polizeiaufgebot von 14 Hundertschaften. Innenminister Tandler (CSU) verbot dem DGB am Vorabend der Demonstration, am Tagungsort der NPD vorbeizumarschieren. Das führte im Koordinationsausschuß des DGB zu einer Kampfabstimmung, bei der die Funktionäre, die das Demonstrationsverbot durchbrechen wollten, knapp unterlagen.

Mit entsprechender Empörung wurde auf der Kundgebung eine „Grußadresse“ von CSU-Generalsekretär Stoiber aufgenommen: die CSU sei mit dem DGB, sofern er bedingungslos für eine „wehrhafte Demokratie“ eintrete und gegen die linken und rechten Feinde der Verfassung die „Freiheit“ schütze, Tandler und Stoiber haben frühzeitig gewittert, daß die DGB-Aktion einen Fortschritt der Arbeiterbewegung in Bayern bedeutet und sich nicht nur gegen den Faschismus richtet, sondern auch gegen die politische Reaktion, wie sie von der CSU z.T. offen vertreten wird. Daß auf der DGB-Kundgebung nicht gegen links, sondern gegen rechts geschlagen wurde, hat die bürgerliche Presse sofort moniert. Und der CSU-Bezirksvorstand geiferte: „Die CSU lehne es aber entschieden ab, ... durch Gegendemonstrationen das Problem lösen zu wollen“. Oberbürgermeister Hans Breuer wird aufgefordert, „dafür Sorge zu tragen, daß die Vergabe kommunaler Einrichtungen nicht fortwährend Ursache landesweiter Gegendemonstrationen wird“ (Augsb. Allg. 26.11.80). Der SPD-Unterbezirksparteitag hatte bereits im April die Unterstützung des DGB beschlossen. OB Breuer (SPD), der an der Spitze des Demonstrationszuges mitmarschierte, sagte auf der

Kundgebung, es sei für ihn „unerträglich, Maßnahmen durchführen zu müssen, die den NPD-Parteitag ermöglichen“. So ergab eine Anfrage der Stadt bezüglich Verbot des NPD-Parteitags laut Ordnungsreferent: „Der Verwaltungsgerichtshof vertritt die Auffassung, daß die Polizei in der Lage ist, den NPD-Parteitag zu schützen“, es „müsse dem Artikel 21 des Grundgesetzes, der den Parteien die Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volkes einräumt, das Privileg vor anderen Interessen gegeben werden“.

Ganz offensichtlich ist das Grundgesetz ein untaugliches Mittel, um Faschismus und Reaktion zu bekämpfen, da die herrschende Klasse gerade mit Hilfe des Grundgesetzes Gerichte und Polizeiapparat gegen die Arbeiterbewegung in Gang setzt.

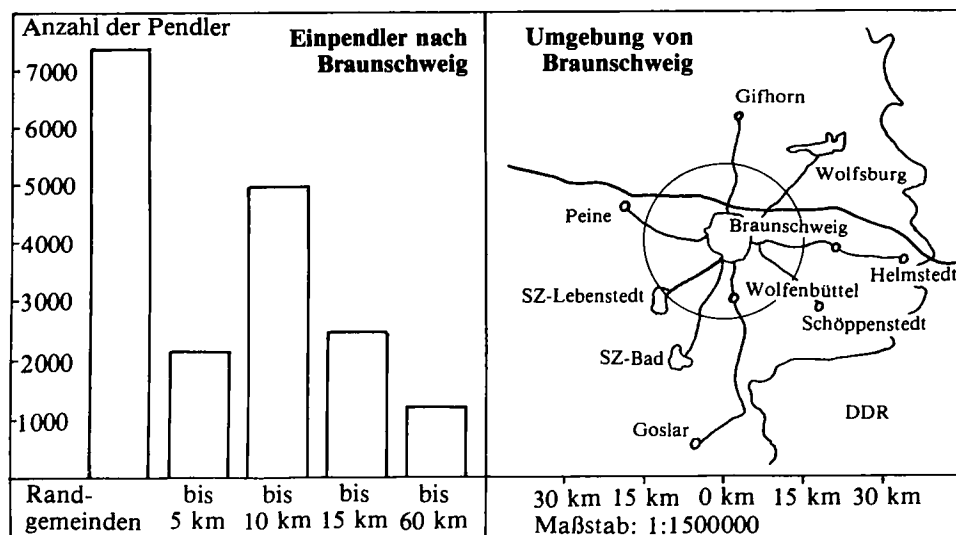
Das einzige, was von dem NPD-Parteitag in der Presse verlautete, war, daß die NPD an der „Forderung eines Ausländerstopps“ festhalten wolle.

Mineralölsteuer

Ertrag der Lohnsteuerreform gleich wieder kassiert

Wer sich im Januar 1981 über die Steuererleichterung beim Lohn freuen mag, wird im Februar an der Tankstelle ernüchtert werden. Um rund acht Pfennig wird die Mineralölsteuererhöhung den Liter Normalbenzin verteuern. Erhöhung der Mineralölsteuer um 7 Pfg. je Liter zusammen mit der darauf zu zahlenden Mehrwertsteuer ergibt eine Anhebung des Steueranteils von 57 auf 65 Pfg. So ist das vom Bundestag bereits beschlossen. Die CDU/CSU hat zwar Opposition im Bundesrat angekündigt, aber schon in der Debatte zur Regierungserklärung war davon nur noch wenig zu hören.

Dem Chauvinismus wurde auf der DGB-Kundgebung durch Betonung des Internationalismus der Arbeiterbewegung entgegengetreten. Eine Schwäche der DGB-Aktion war es aber, daß sie sich mit anderen Programmpunkten der NPD nicht auseinandersetzte. Wie will man aber eine Partei bekämpfen, deren Programm den westdeutschen Imperialisten aus der Seele spricht, ohne dagegen das Kampfprogramm der Arbeiterklasse zu setzen, das aus zahlreichen von den Gewerkschaften immer nachdrücklicher gestellten Forderungen besteht? Es ist auch schwer, den Faschismus zu bekämpfen, ohne zu sagen, was Faschismus ist. Der Redner Benz vom IGM-Vorstand hätte sich z.B. auf einen Antrag des Jugendausschusses an den Gewerkschaftstag stützen können: „... daß der Faschismus die grausamste der möglichen Herrschaftsformen im Rahmen der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist...“



Jeder vierte Lohnabhängige in Braunschweig fährt täglich bis zu 60 km mit eigenem PKW zur Arbeit.

zwischen ja als dreist bekannt – begründet diese Steuererhöhung mit der „notwendigen Ölimportersparnis“. Durch die Wirkung auf den Endpreis erhoffe man sich „ein sparsameres Verbraucherverhalten“, während Ende November Aral, BP und Shell die Kraftstoffpreise heraufsetzten, „weil der Markt es zuläßt und alle bisherigen Erhöhungen keinen gravierenden Einfluß auf die Nachfrage hatten“. Lambsdorff wird bei nächster Gelegenheit auf weitere gute Zusammenarbeit mit den Herren der Ölmonopole anstoßen.

Das gleiche Argument muß für die vorerst zurückgestellte, aber weiterhin geplante Umlage der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer herhalten. Der „Spiegel“ 47/80 posaunt: „Der Plan ist immer noch gut. Höhere Mineralölsteuer und damit höhere Benzinpreise halten zum sparsameren Benzinverbrauch an.“ Prüft man die Rechnung, erweist sich, daß es nicht um die einfachere Umlage mit weniger Verwaltungsaufwand geht, sondern um die weitere Ausdehnung der Steuerlast durch indirekte Steuern.

Veröffentlichung wurde eine geplante Anhebung der Mineralölsteuer um 15 Pfg./Liter. Zusammen mit der bereits beschlossenen Erhöhung stiege diese Steuer auf 66 Pfg./Liter, die mitsteigende Mehrwertsteuer eingerechnet, auf 82 Pfg. Die Bundesregierung könnte dann stolz verkünden, den Preis für Normalbenzin auf 1,40 DM getrieben zu haben. Für den oben genannten Mittelklassewagen mit 1300 ccm müßten dann gegenüber 1980 bei 15000 km Fahrleistung 335 DM mehr an Steuern auf Benzin gezahlt werden, bei 25000 km 542 DM. Abzüglich der Mineralölsteuererhöhung und der dann nicht mehr zu zahlenden Kfz-Steuer von 187 DM, ergibt sich allein durch die „Steuerumlage“ eine Mehrzahlung von 40 DM bzw. 187 DM.

Eugen Loderer wurde kürzlich in einem Bild-Zeitungs-Interview gefragt, wie sich die Gewerkschaften dazu stellen. Er hat gemeint, dann müßte die alte gewerkschaftliche Forderung nach Erhöhung der Fahrtkostenpauschale von jetzt 36 Pfg. auf 50 Pfg. auf die Tagesordnung gesetzt werden. Diese Forderung würde bei einer Entfernung vom Arbeitsort von 10 km eine Erhöhung der absetzbaren Fahrtkosten von 350 DM bringen, was etwa der erhöhten Steuerlast bei 15000 Fahrtkilometern entspricht. Andererseits gibt es keinen Grund, sich ausgerechnet vom FDP-Fraktionsvorsitzenden Mischnick, der diesen Vorschlag im Bundestag in die Debatte brachte, vorschreiben zu lassen, daß nur die erhöhte Besteuerung des Arbeitsweges Grund zur Empörung biete.

Es spricht vieles dafür, direkt gegen diese Pläne anzugehen. Da könnte

man sich auch mit den Bauern einigen, die durch die Streichung der Diesel-Beihilfe noch zusätzlich gebeutelt werden sollen.

Daimler-Teststrecke Über 130 Widersprüche gegen Flurbereinigung

Im November haben die Daimler-Kapitalisten das Baugesuch für die im Raum Boxberg (Main-Tauber-Kreis, Nord-Württemberg) geplante Teststrecke beim Landratsamt Tauber-Bischofsheim zur Genehmigung eingereicht. Das Flurbereinigungsamt Buchen hat die Anordnung des Flurbereinigungsverfahrens (2240 ha) für Dezember angekündigt. „Wir setzen das Projekt Boxberg planmäßig durch. Wir werden rechtzeitig mit unseren Fahrzeugen am Markt sein“, hat



Daimler-Benz Propaganda-Direktor Schmidt am 28. November im Süddeutschen Rundfunk erklärt. Und schon im März hat das Vorstandsmitglied Breitschwerdt vor dem Boxberger Gemeinderat den Grund für den Teststreckenbau beschrieben: „Daimler-Benz braucht die Teststrecke für die Herstellung von Nutzfahrzeugen ... Wenn wir die Teststrecke nicht haben, ist der USA- und Frankreich-Export gefährdet.“ Der heftigsten Unterstützung durch die staatlichen Stellen, insbesondere der baden-württembergischen Landesregierung, kann sich dabei der Konzern sicher sein, hat diese ihm doch das Gelände „zugewiesen“.

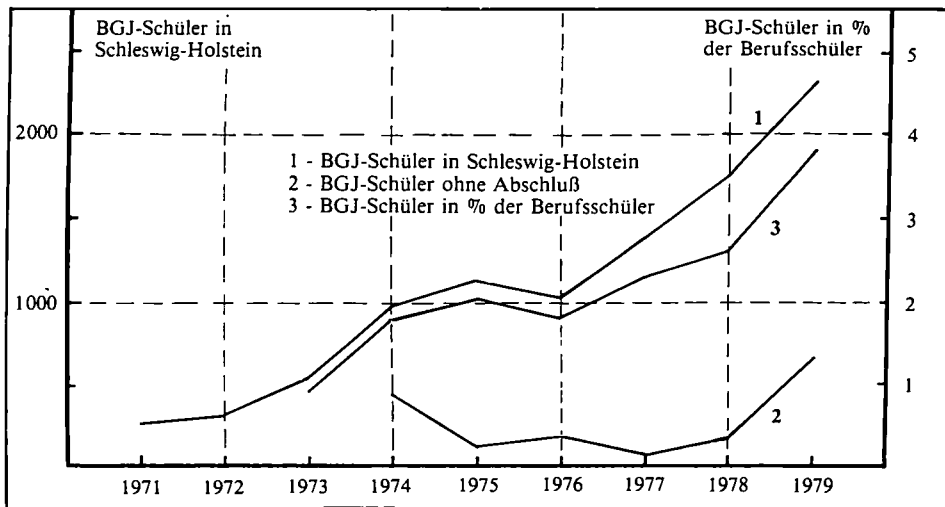
Seit nunmehr drei Jahren kämpfen die Bauern in Boxberg, Kern des Widerstandes, gegen die Pläne der Daimler-Benz AG, auf 614 ha fruchtbarsten Bodens eine Meßstrecke in der Größenordnung von 120 bis 150 Mio. DM zu errichten. Bei Verwirklichung des Projekts würde sich die Ruinierung der ca. 60 Vollerwerbsbetriebe beträchtlich beschleunigen. Vorwiegend werden in dieser Gegend Braugerste, Weizen, Futtergetreide und Mais angebaut. Von den 614 ha sind 448 ha Acker- und

Wiesenflächen und 166 ha Mischwaldflächen. Bei den Äckern handelt es sich zu 90% um Land der Vorrangflurstufe 1. Insgesamt befindet sich etwa ein Drittel des Landes in Händen von Bauern, die keinesfalls zum Verkauf bereit sind, wobei man berücksichtigen muß, daß allein 200 dem Fürsten zu Leinungen verkauft wurden. Zur Erhaltung ihrer Existenz haben sich die Bauern im Mai 1978 in einer Interessengemeinschaft organisiert und im Januar 1979 die Bundschuh-Genossenschaft gegründet, in die sich inzwischen etwa 1300 Mitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet eingetragen haben.

Nachdem am 12. Mai 1980 der Bebauungsplanbeschluß „Teststrecke“ durch die Besetzung des Gemeinderatsaales verhindert werden konnte, hat der Boxberger Gemeinderat neun Tage später, unter dem Schutz von mindestens sechs Hundertschaften Polizei, den Bebauungsplan beschlossen. Dies war dann auch die Voraussetzung, um beim Landesamt für Siedlung und Flurbereinigung das Flurbereinigungsverfahren zu beantragen und damit Voraussetzungen für Enteignungsmaßnahmen zu schaffen. Es handelt sich hierbei schwerpunktmäßig um eine sog. Unternehmensflurbereinigung (§ 87 Flurbereinigungsgesetz), und danach ist ein solches Verfahren nur möglich, wenn eine Enteignung zulässig ist. Dies ist aber nicht nur für den eigentlichen Teststreckenbau vorgesehen, sondern z.B. auch für den Ausbau der B 292, der nach dem Willen der Landesregierung als Zubringer für die Teststrecke möglichst schnell erfolgen soll.

Die Daimler-Kapitalisten haben vor einigen Wochen an die Landverkäufer ca. 15 Mio. DM ausbezahlt, obwohl die Bedingungen, an die der Verkauf geknüpft war, nämlich das „Vorliegen sämtlicher behördlicher Genehmigungen“, z.B. bei der Baugenehmigung, offensichtlich nicht erfüllt sind. Um den Widerstand zu zermürben, haben 11 Mitglieder der Bundschuh-Genossenschaft Strafbefehle wegen Hausfriedensbruch (Besetzung Gemeinderatsaal) über 5650 DM erhalten. Die Einsprüche dagegen werden am 25.2.1981 verhandelt. Die Kündigung des Daimler-Benz Arbeiters W. Kreß wegen Beschädigung einer Wetterstation auf dem geplanten Gelände mußte vom Arbeitsgericht Stuttgart für unwirksam erklärt werden. Gegen das Flurbereinigungsverfahren liegen bereits über 130 Widersprüche bei der Bundschuh-Genossenschaft vor. Eine Normenkontrollklage wird z. Zt. gegen den Bebauungsplan vorbereitet, u.a. weil Besuchern trotz freier Plätze bei der Beschlußfassung der Eintritt verweigert wurde. Die Verfahrensdauer wird auf 1 bis 2 Jahre geschätzt.

Hilfsarbeiterproduktion für die Kapitalisten muß verhindert werden



In einigen Bundesländern ist das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) bereits in größerem Maßstab eingeführt. An der Spitze stehen Rheinland-Pfalz mit 21,3% und Niedersachsen mit 17,9% Anteilen an Schülern, die das erste Lehrjahr als BGJ absolvieren. Am weitesten ausgebaut ist das BGJ im Berufsfeld II (Metalltechnik), das im Schuljahr 78/79 von 13500 Schülern besucht wurde.

Das BGJ bildet einen wesentlichen Schwerpunkt in der Bildungspolitik der Gewerkschaften. In den anfänglichen Vorstellungen sah der DGB die Einführung des BGJs als wesentlichen Hebel, um die Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung im Schulwesen durchzusetzen. Es sollten fachtheoretische, fachpraktische und allgemeine Kenntnisse vermittelt werden und somit eine breite berufliche Grundbildung erfolgen. Der DGB forderte die Einführung des zehnten Pflichtschuljahres und das elfte als BGJ, das das erste Jahr der Berufsausbildung darstellt. Diesen Positionen

des DGB stimmten 1971 die Vertreter der Kapitalistenverbände und der Landesregierungen im Bundesausschuß für Berufsausbildung in einem Thesenpapier zu. Dies waren allerdings nur anfängliche Zugeständnisse der Kapitalistenverbände. Bis heute haben sie es geschafft, das BGJ in ihrem Interesse umzudrehen. Die wichtigsten Schritte haben sich dazu 1978 abgespielt:

- Vorrang des Ausbaus des BGJ vor der Einführung des 10. Pflichtschuljahres (Bundesrat, 17.7.1978)
- Einführung von Schwerpunkten in den einzelnen Berufsfeldern, d.h. nach einem halben Jahr erfolgt keine breite Grundausbildung mehr, sondern es muß ein Schwerpunkt des Berufsfeldes gewählt werden
- halbjährige Anrechnung bei zweijährigen Ausbildungsberufen und einigen anderen Berufen, wie z.B. dem des Kraftfahrzeugmechanikers, der mit 82000 Auszubildenden der am stärksten besetzte Ausbildungsberuf ist (BGJ-Anrechnungsverordnung, 17.7.1978).



Am 22.3.1980 demonstrierten in Kiel 1500 Schüler gegen die Verschlechterung der Ausbildung. Aufgerufen hatten dazu die Landesschülervertretung der Berufsbildenden Schulen und der DGB. Zum BGJ wurde die Forderung „Kein BGJ ohne dreijährigen Lehrvertrag“ erhoben.

- Einführung des Kooperativen BGJ, in dem 3/5 der Ausbildung im Betrieb und der Rest in der Berufsschule erfolgt, was vom DGB als „Etikettenschwindel“ abgelehnt wird, und Einführung von Abschluszeugnissen (KMK-Vereinbarung, 15.5.1978).

Als wesentlicher Erfolg für die Kapitalisten ist die Einführung von Abschlüssen verschiedener Qualität zu sehen. Das BGJ war dadurch nicht mehr das erste Jahr der Berufsausbildung, sondern die erste Stufe „der Fachstufenausbildung“. (Runderlaß des Kultusministers Schleswig-Holstein, 24.8.1979). Es gibt folgende Abschlüsse: 1. Die Anrechnungsfähigkeit wurde erreicht; 2. sie wurde nicht erreicht; 3. das BGJ wurde vorzeitig abgebrochen. Bei den ersten beiden Abschlüssen ist die Berufsschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr aufgehoben, so daß die Jugendlichen statt vier jetzt fünf Tage dem Kapitalisten zur Verfügung stehen, sofern kein weiteres Ausbildungsverhältnis eingegangen wird. 1979 haben in Schleswig-Holstein von 2296 Schülern 618 die Anrechnungsfähigkeit nicht erhalten.

Damit war es den Kapitalisten gelungen, 1. eine breite Grundbildung weit einzuschränken und 2. die Facharbeiterausbildung weiter abzubauen. Mit dem letzten Punkt haben die Gewerkschaften schon einmal ähnliche Erfahrungen bei der Stufenausbildung gemacht. In den Gewerkschaften geht die Auseinandersetzung im wesentlichen um die Frage, ob der DGB den weiteren Ausbau des BGJ hinnehmen soll oder ob der weitere Ausbau des BGJ mittlerweile generell abzulehnen ist. Letzteres hat die IG-Metall auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz beschlossen. Dies entspricht auch dem jetzigen Stand der Entwicklung. Der DGB konnte sich in den Bundesgremien, in denen die wesentlichen Entscheidungen gefallen sind, mit seinen Forderungen nicht durchsetzen.

In den einzelnen Bundesländern wird das BGJ von den Landesregierungen weiter ausgebaut. Dadurch ist die Lage entstanden, daß sich die Gewerkschaften erst einmal gegen die Landesregierungen wenden müssen. Und dabei ist in erster Linie entscheidend, ob mit dem BGJ eine breite Hilfsarbeiterproduktion ermöglicht wird. Verhindert werden kann das, indem durchgesetzt wird, daß jeder Schüler vor Beginn des BGJ einen Ausbildungsvertrag abschließt.

Kommunalpolitik Aufbau einer Front gegen Gebührenerhöhungen

Mannheim. Für den 1. November und 1. Dezember hat die Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (MVV) die umfangreichsten Gebührenerhöhungen seit 1945 beschlossen: Strom plus 8 %, Wasser plus 6 %, Gas plus 15 %, Fernwärme plus 15 %, Fahrpreise plus 17 % (Einzelkarte plus 28,6 %). Alleingesellschafterin der MVV ist die Stadt Mannheim, der Oberbürgermeister gibt im höchsten Organ, der Gesellschafterversammlung, mit seiner Stimme im Zweifelsfall den Ausschlag. Dagegen hat sich ein Aktionsbündnis aus Grünen, Judos, Jusos, DKP, KBW, BWK, Komitee für Demokratie und Sozialismus, SAG, 2 Ästen der Fachhochschulen und mehreren Initiativen gebildet.

Der Druck von Bund und Land auf die Kommunen, über Gebühren herinzuholen, was an Steuergeldern entzogen wird, wird immer stärker. Über 6,9 Mrd. DM sollen die Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen bis 1982 heruntergedrückt werden. Die Energiepreiserhöhungen, z.B. des Energiemonopols Ruhrgas um 80 % in einem Jahr sollen über die Lohnabhängigen heringeholt werden. Von der Gasabgabe beziehen 72000 Haushalte nur 3,7 %. 36 % der Gesamtabgabe der MVV gingen 1978/79 allein an die BASF, deren Gasbezugspreis laut „Mannheimer Morgen“ teilweise sogar noch unter dem Einkaufspreis ihres Lieferanten, der RHE, liegt. Zahlen die Kapitalisten nur 0,07 Pfg/kWh mehr. könnte der Gaspreis für die Haushalte auf 1/3 sinken.

Die SPD, an der Spitze der bisherige Oberbürgermeister Ratzel, jetzt der neue OB Wilhelm Varnholt, tritt bisher als Verteidiger der Erhöhung auf. Ungünstig ist, daß die ÖTV-Vertreter im Aufsichtsrat der MVV die Mitbestimmung so behandeln, daß sie zur Zustimmung bei den Gebührenerhöhungen gezwungen seien. Günstiger wäre es, wenn sie das täuschende Auftreten der CDU enthüllen würden. Die CDU gebärdet sich in der Presse als Gegner zu großer Erhöhungen, tritt aber gleichzeitig in entsprechenden Organen für die weitere steuerliche Entlastung der Kapitalisten ein und fordert schärfere Rationalisierung bei den MVV-Beschäftigten. Wenn ein ÖTV-Funktionär jetzt vertritt, die Gebührenerhöhungen müßten sein, um Entlassungen und Lohndruck für die Beschäftigten bei der MVV zu verhindern, so kann die CDU noch frecher werden. Die CDU-Aufsichtsratsfraktion hatte bereits einmal eine Kürzung der geplanten



Energie zu Selbstkosten der MVV? Keinerlei Tarifierhöhungen für die Lohnabhängigen! Die Kapitalisten sollen die höheren Bezugspreise bezahlen! Abschaffung der Subventionierung durch Sondertarife!

Offenlegung der Wirtschaftspläne der MVV! Beschlussfassung über die Tarife nur durch den Gemeinderat!

Keine Erhöhung der Konzessionsabgaben! Keine Abdeckung des MVG-Defizits aus der Energieversorgung! Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs! Finanzierung des Defizits aus dem örtlichen Steueraufkommen! Finanzautonomie der Kommunen!

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)

ten MVV-Ausgaben um 1 Mio. DM durchgesetzt und so erreicht, daß 25–30 Stellen 1979/80 „eingespart“ wurden.

Ein öffentlicher Aufruf gegen die Erhöhungen und für eine Veranstaltung von 33 Personalräten, Vertrauensleuten, Kreisvorstandsmitgliedern, Kreisdelegierten, sowie Jugendvertretern der ÖTV, 33 Betriebsräten und anderen Funktionsträgern aus der Industrie und weiteren Sprechern von Initiativen oder Organen der Schüler und Studenten kann einigen Einfluß in dieser Auseinandersetzung haben. Auf der Veranstaltung am 28.11. mit über 200 Teilnehmern erklärten die Stadträte der Grünen, der DKP und FDP ihre Unterstützung. Sie wurden beauftragt, einen Antrag im Gemeinderat gegen das Einziehen einer Konzessionsabgabe durch die Stadt einzubringen.

An der Kundgebung und dem anschließenden Protestmarsch durch die

Innenstadt am 1.12. beteiligten sich 90 Menschen.

FT Pharmazie Zusammenschluß gegen MC-Prüfungsverfahren

Vom 14. bis 16. November fand in Heidelberg die Tagung des Fachverbandes Pharmazie/Fachtagung Pharmazie statt. Erstmals nahmen 13 von 18 Fachschaften mit insgesamt 57 Studentenvertretern daran teil. Der Erfolg des letzten Jahres, eine Aussetzung des Multiple-Choice-Prüfungsverfahrens (MC) im 2. Pharmazeutischen Staatsexamen um 3 Jahre, hat viele Studenten aktiv werden lassen. So war denn auch einer der wichtigsten Tagesordnungspunkte das MC-System und die

Beschlußfassung zum weiteren Vorgehen. Zur Debatte darüber, wie das 2. Staatsexamen gestaltet werden soll, hat die Bundesregierung eine Kommission einberufen, die neben 17 Staatsbeamten und drei Vertretern des „Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP)“ noch sechs Medizin- und Pharmazieprofessoren und je zwei Studentenvertreter enthielt. Debattiert wurde auf der ersten Sitzung nicht die Ersetzung des MC, sondern wie es mit mündlichen Prüfungen gekoppelt werden kann. Die Positionen der Pharmaziestudenten, die die Abschaffung der zentralen MC-Prüfungen und Gegenstandskataloge und die Durchführung institutsinterner Prüfungen fordern, wurde nicht berücksichtigt.

Deshalb hat die FT-Pharmazie beschlossen, daß die Kommission neu einberufen werden muß, besetzt mit gewählten Vertretern, und zwar getrennt für Pharmazie und Medizin. Die Fragestellung müsse lauten, ob das MC abgeschafft wird. Die Fachtagung versprach sich von diesem Vorgehen, das durch eine bundesweite Unterschriftenaktion unterstützt werden soll, Erfolg, weil ein Beschluß gegen das MC im Pharmaziebereich einfacher zustande kommen kann; denn hier gibt es niemanden, der ernsthaft für MC eintritt – dies wiederum kann die erst beginnenden Aktionen gegen das MC bei den Medizinern unterstützen.

Zu den Problemen des PJ wurde beschlossen, weiterhin „das Praktische Jahr nach Abschluß der Hochschulausbildung mit Tarifverträgen durchzuführen“. Unterstützt wurden die ersten Bemühungen der ÖTV, sich durch Fragebogenaktionen einen Überblick über die Ausbildungsbedingungen zu verschaffen.

Stationierungsstreitkräfte US-Besatzer reagieren auf Warnstreiks

In mehreren Bundesländern, u.a. in Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz, führten die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten bei den Besatzungsstreitkräften Warnstreiks, Demonstrationen und Protestversammlungen durch. Die Kampfmaßnahmen wurden nach und nach auf praktisch alle größeren US-Garnisonen ausgedehnt, durchaus auch auf Bereiche, wo es die Besatzer empfindlich trifft, z.B. auf die Zentrale Datenverarbeitungsstelle der US-Armee für Europa in Zweibrücken, wo 40 Beschäftigte zeitweise die gesamte logistische Verbindung zwischen USA und Europa abschnitten. Mit Festnahmen

von Fernsehteams durch MP und Hausverboten für Gewerkschaftsfunktionäre versuchten die US-Besatzer teilweise, der Lage wieder Herr zu werden. Die ÖTV führt die laufenden



Lohnstrukturverhandlungen mit dem Ziel der Vereinheitlichung des Lohngefüges und der Anhebung der Löhne auf das Niveau der Industrielöhne. Das Bundesfinanzministerium, das im Auftrag der Besatzungsstreitkräfte die Verhandlungen führt, hatte in seinem ersten Verhandlungsangebot eine Aufspreizung des Lohngefüges nach unten hin offeriert. Durch Neueinstufungen sollten die Löhne für 10000 Arbeiter, im wesentlichen für die untersten Lohngruppen, aber auch für einen Teil der Facharbeiter, um bis zu 12% gesenkt werden. Das letzte Angebot sieht für rund 4000 Arbeiter Lohnsenkungen bis zu 8% vor. Das Hauptquartier der US-Armee in Heidelberg hat inzwischen verlauten lassen: erstens seien für viele Arbeiter Lohnerhöhungen vorgesehen, zweitens seien Lohnsenkungen nur vorgesehen für Arbeiter, die nach Inkrafttreten des neuen Tarifvertrages eingestellt werden. Neu an diesem Argument ist für die Beschäftigten auf jeden Fall, daß die Besatzungsstreitkräfte beabsichtigen, Neueinstellungen vorzunehmen. Bisher waren sie mit Recht davon ausgegangen, daß Massenentlassungen anstehen. Die ÖTV hat mitgeteilt, daß sie, wenn die nächsten Verhandlungen am 11.12. scheitern, die Beschäftigten zur Urabstimmung für Streik aufrufen wird.

Kindertagesstätten Streikvorbereitungen gegen 20%ige Überbelegung

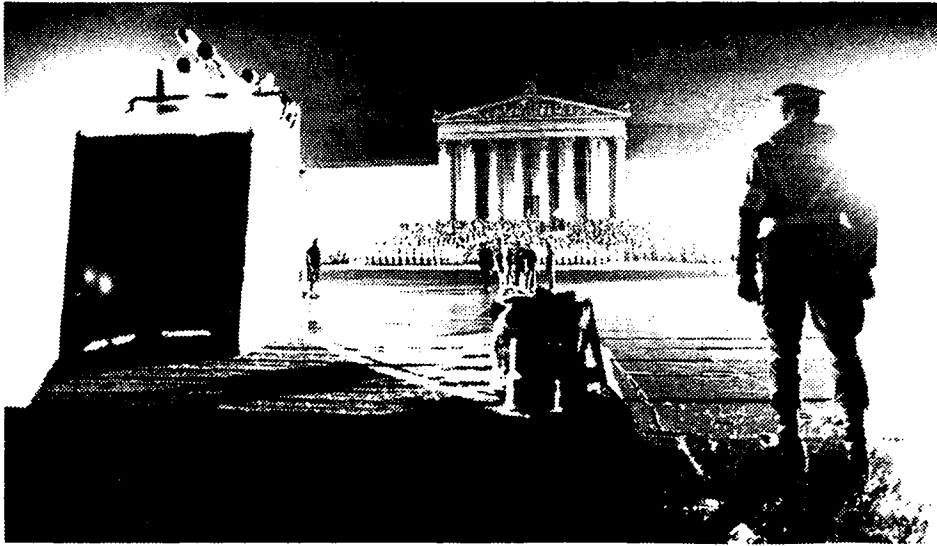
Westberlin. Der Rechnungshof hat für 11.000 von den 24.000 Kindern auf den Wartelisten für einen Kindertagesstättenplatz eine Lösung gefunden: einfach reinstopfen. Um 20% sollen die Kindertagesstätten überbelegt werden, da ja die Kinder manchmal krank seien, im Urlaub und so weiter. Schon jetzt ist die Arbeitsbelastung für die

Erzieher untragbar: Gruppengrößen von 8 bis 20 Kindern je nach Alter bei einem Personalschlüssel von 1,46 bzw. einem Erzieher pro Gruppe für die Betreuung von 6 Uhr bis 17 Uhr. Vertretungskräfte für Spätschicht, Urlaub, Krankheit und Kur sind nicht vorgesehen. Regelmäßig werden in den Morgenstunden bis 8 Uhr Gruppen zusammengelegt, bei Personalausfällen werden die Kinder auf andere Gruppen verteilt. Gerade bei den vom Rechnungshof angeführten Erkrankungen von Kindern wird den Erziehern oft Mehrarbeit aufgebürdet: in leichten Fällen Beobachtung und Verabreichung von Medizin, bei ansteckenden Krankheiten müssen Stuhl- und Urinproben an das Gesundheitsamt abgegeben werden. In den Krippen (Kinder bis 3 Jahre) verlangt der Senat neben Wickeln, Füttern, Kinder Beruhigen und Umhertragen auch noch Wäsche Waschen. Für Kindergarten und Hort erkennt er die notwendige Vorbereitung nicht an. Die aus dieser Arbeitssituation folgenden Tagesabläufe hat die ÖTV in einer Broschüre dokumentiert, die während eines Aktionstages am 29.11. in allen Bezirken verteilt wurde.

1979 hatte der Senat der Forderung nach Abschaffung der Kindertagesstättenbeiträge Rechnung getragen, indem die jährlichen Zahlungen von 1900 DM auf 400 DM ermäßigt wurden. Seitdem sind die Wartelisten sprunghaft gestiegen. Mit Barackenbauten für Notgruppen auf dem Gelände bereits bestehender Kitas und jetzt mit der Überbelegung will der Senat die Kinder notdürftig unterbringen und die Mütter auf dem Arbeitsmarkt den Kapitalisten zur Verfügung stellen.

ÖTV und GEW wenden sich gegen die Kita als Kinderbewahranstalt. Sie fordern Herabsetzung der Gruppengrößen auf 6 bis 15, Vertretungspersonal, zwei Erzieher pro Gruppe, Kindertagesstätten-Sofortbauprogramm. Jugendsenatorin Reichel hat versucht, in der Auseinandersetzung mit einem Spaltungsmanöver zu landen. Statt Überbelegung vermehrte Umwandlung von Spiel- und Turnzimmer in Notgruppenräume. Während die Finanzbourgeoisie ihren Staatshaushalt von allem, was nicht direkt Unterdrückung oder Plünderung zu ihrer Bereicherung ist, bereinigen will, verweigern die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes größeren Verschleiß ihrer Arbeitskraft. Schlechte Zeiten für die süßlich-hinterhältigen Vorschläge der Senatorin. Der Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses hat im Zuge der Haushaltsberatungen die Überbelegung erneut verlangt. Am 29.11. beschloß der Hauptvorstand der GEW Streikmaßnahmen. Bereits vorher beantragte die ÖTV Streik bei ihrem Hauptvorstand. Am 6. Dezember hat die ÖTV eine Demonstration organisiert.

„Helm ab zum Gebet“ unter Aufsicht von tausenden Polizisten und Feldjägern



Eine Tribüne für F. J. Strauß



Einmarsch mit Fahnen



Beim Schwören

Die feierliche Geburtstagsstimmung anlässlich des 25jährigen Bestehens der Bundeswehr konnte bei den öffentlichen Rekrutengelöbnisveranstaltungen nicht so recht aufkommen. Wo sie stattfanden, sorgten Kundgebungen und Demonstrationen gegen die westdeutsche Militärpolitik dafür, daß die von der Bourgeoisie und den Militärs

geplante Darstellung der „Verbundenheit zwischen der Bevölkerung und ihren Soldaten“ nicht gelang. Diese öffentlichen Gelöbnisse waren geschlossene Veranstaltungen mit geladenen Gästen in Fußballstadien und großen öffentlichen Plätzen, die durch tausende von Polizisten und Feldjägern her-

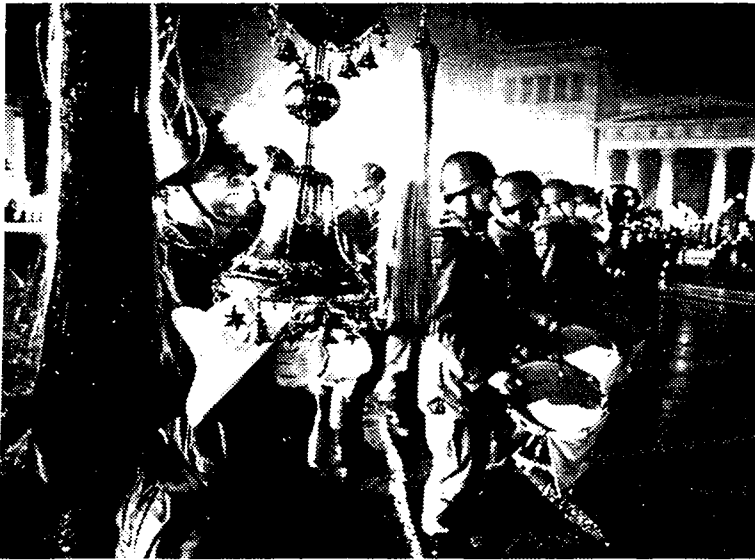
metisch abgeriegelt wurden. Sie glichen eher einer gespenstigen Szenerie, und der Spektakel mit dem „Großen Zapfenstreich“ und „Helm ab zum Gebet“ ließ den geladenen Ehrengästen aus Politik, Wirtschaft und Kirche vielleicht das Herz lauter pochen, doch einige Rekruten mögen auch an A. Hitler gedacht haben, der den heiligen Eid mit dem Gebot unbedingten Gehorsams gleich auf seine Person schwören ließ.

Diese zwanghafte Atmosphäre gab für die Reden der bürgerlichen Politiker und der Militärs die richtige Umgebung ab, um den Rekruten die Eides- und Gelöbnisformel einzuhämmern. F. J. Strauß konnte provokativ die jüngsten Erfahrungen der anwesenden wehrpflichtigen Rekruten umbiegen, denn jeglicher Widerspruch wäre sofort von den Feldjägern unterdrückt worden. So konnte er dann auch behaupten: „Der Soldat in der Bundeswehr ist für uns ein Bürger in Uniform.

Er behält nicht nur seine Rechte und Pflichten als Bürger, wenn er seine Uniform anzieht, er ist und bleibt ein Glied unserer demokratischen Gemeinschaft, der er dient und für die er persönlich Opfer bringt.“

In der Straf- und Wehrdisziplinarordnung ist festgelegt, mit welchen Strafen ein Wehrpflichtiger zu rechnen hat, wenn er sich die einfachsten demokratischen Rechte nimmt. Zusammengeschustert wurde dieses Instrumentarium von kriegserfahrenen Militärs in der Bundeswehr. Es dient der Unterdrückung der wehrpflichtigen Jugend und der Kriegsfähigkeit der Armee.

Ein Soldat in der Bundeswehr ver-



Musikcorps beim Zapfenstreich



Publikum unter Aufsicht

liert die elementarsten Rechte, die von der Gewerkschaftsbewegung erkämpft wurden. Die bürgerlichen Politiker und die Militärs halten dies für unbedingt erforderlich, denn „ohne Gehorsam ist eine Verteidigung und eine Ausbildung dafür nicht möglich“ (Generalmajor Kessler).

So konnte F. J. Strauß vor Zwischenrufen sicher auch behaupten: „Wer es mit dem Bürger in Uniform wirklich ernst meint, der darf ihn nicht von seinen Mitbürgern absondern.“

Die Absonderung besteht gerade darin, daß die wehrpflichtigen Rekruten ihrer gewerkschaftlichen Rechte beraubt werden, ihre Arbeitskraft für einen Hungersold 15 Monate beschlagnahmt wird, und sie öffentlich geloben sollen, für fremde Interessen ihren Kopf hinzuhalten.

Ministerpräsident Albrecht versuchte in Hannover, den Rekruten den Unterschied zwischen Freundschaft und Kameradschaft klarzumachen nach der Devise „In der Bundeswehr gibt es nur Deutsche“.

„Kameradschaft ist etwas anderes

als Freundschaft. Freunde suchen wir uns selber aus, Kameradschaft verbindet trotz unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Lebensziele. Trotzdem wird daraus eine Gemeinschaft, weil sie eine gemeinsame Aufgabe er-



Die Veranstalter

füllen und für etwas gemeinsam eintreten. Ich meine, daß das eine Bereicherung ist für ihr Leben, was auch über die 15 Monate hält.“

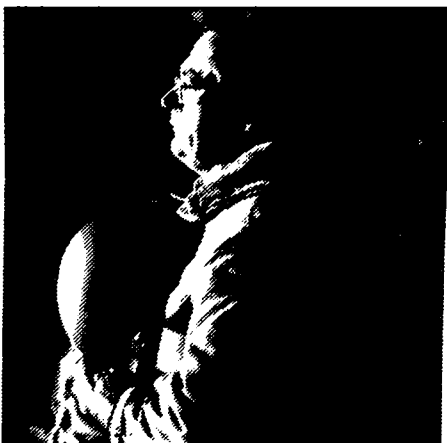
Den Bourgeois hat diese Art Kameradschaftsdusel seit jeher dazu gedient, die Arbeiter in den imperialistischen

Weltkriegen aufeinander zu hetzen und sie gegenseitig abzuschlachten.

Was mit diesen öffentlichen Rekrutengelöbnissen bezweckt werden soll, beschreibt H. Speidel in einem Aufsatz in der „Europäischen Wehrkunde“ 10/1980: „Tapfer zu verteidigen bedeutet, nicht nur auszuharren, sondern bewußt unter Einsatz des eigenen Lebens in die Gefahr hinein zu handeln. Darin unterscheidet sich diese Pflicht von jeder anderen Leistung, die dem Bürger abverlangt wird.“

Die Kundgebungen und Demonstrationen gegen die öffentlichen Rekrutengelöbnisveranstaltungen zeigen deutlich, daß viele sich diese Pflicht nicht abverlangen lassen, sondern gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten eintreten.

Für die Rekruten würde sich nichts vorteilhaft ändern, wenn sie das Ablegen des Gelöbnisses verweigerten. Die Geltung des Wehrstrafgesetzes wäre davon nicht berührt. Lediglich die Nichtbeförderung zum Gefreiten und eine Vielzahl von Schikanen im täglichen Dienst wäre die Folge.



Offiz andächtig



Seelsorger



Feldjäger

Dr. jur. Roland Freisler:

Äußerlich zeitlich im Zuge der Gesetze und Verordnungen, die die Einstellung der Rechtspflege auf die besonderen Bedürfnisse des Krieges vornehmen sollen, seiner Bedeutung nach aber als ein wichtiger weiterer Schritt auf dem Wege zur Strafrechtserneuerung ist das Gesetz zur Änderung von Vorschriften des allgemeinen Strafverfahrens, des Wehrmachtstrafverfahrens und des Strafgesetzbuches ergangen.

Generaloberst Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht:

„Gegenüber der liberalen Grundhaltung des allgemeinen Strafrechts ist es dem starken militärischen Einfluß auf die Gestaltung des Militärstrafgesetzbuches möglich gewesen, ein wahrhaft soldatisches, im besten Sinn sozialistisches Recht aufzubauen, das die Gedanken sowohl der Mannes- zucht wie der Kameradschaft und Fürsorge als die Grundlagen jeder Wehrmacht strafrechtlich verankert und zum Mittelpunkt seines Schutzes macht. Auch das kommende deutsche Strafrecht wird sozialistisch und sittlich ausgerichtet sein: Die Gemeinschaft des deutschen Volkes mit den Rechtssätzen in Einklang bringen. Es wird auch ein kämpferisches Recht sein, das sich den militärischen Grundsatz: 'Angriff ist die beste Parade' zu eigen macht. So wird das kommende sozialistische, sittliche und kämpferische allgemeine Strafrecht mit den Grundzügen eines wahrhaft soldatischen Rechtes übereinstimmen: Das neue Deutschland der allgemeinen Wehrpflicht und des nationalsozialistischen Kämpfertums verlangt von jedem Deutschen eine soldatische und kämpferische Haltung. Diese Gleichrichtung wird es ermöglichen, ein einheitliches völkisches Strafrecht zu gestalten, in dem das militärische Strafrecht zwar ganz die ihm gebührende Sonderstellung behält, in dem aber diese Sonderstellung nicht auf einer Verschiedenheit der Grundanschauungen beruht, sondern allein auf den besonderen militärischen Bedürfnissen für eigene Straftatbestände und eigene militärische Strafen, die für Nichtsoldaten nicht in Frage kommen können. Es werden beide Rechtsgebiete künf-

tig gemeinsam dem Schutz des Wehrwillens und der Wehrkraft des deutschen Volkes dienen.“ (Aus: Wehrstrafrecht und allgemeines Strafrecht, Beiträge zur Rechtserneuerung)

Wehrstrafgesetz

(In der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Mai 1974)

Straftaten gegen die Pflicht zur militärischen Dienstleistung

§15 Eigenmächtige Abwesenheit (1) Wer eigenmächtig seine Truppe oder Dienststelle verläßt oder ihr fernbleibt und vorsätzlich oder fahrlässig länger als drei volle Kalendertage abwesend ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes von seiner Truppe oder Dienststelle abgekommen ist und es vorsätzlich oder fahrlässig unterläßt, sich bei ihr, einer anderen Truppe oder Dienststelle der Bundeswehr oder einer Behörde der Bundesrepublik Deutschland innerhalb von drei vollen Kalendertagen zu melden.

§16 Fahnenflucht (1) Wer eigenmächtig seine Truppe oder Dienststelle verläßt oder ihr fernbleibt, um sich der Verpflichtung zum Wehrdienst dauernd oder für die Zeit eines bewaffneten Einsatzes zu entziehen oder die Beendigung des Wehrdienstverhältnisses zu erreichen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) Stellt sich der Täter innerhalb eines Monats und ist er bereit, der Verpflichtung zum Wehrdienst nachzukommen, so ist die Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren.

Straftaten gegen die Pflichten des Untergebenen

§19 Ungehorsam (1) Wer einen Befehl nicht befolgt und dadurch wenigstens fahrlässig eine schwerwiegende Folge verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter durch die Tat



Deutsche Truppen im 1. Weltkrieg. Für Kaiser, Gott und Vaterland.

1. wenigstens fahrlässig die Gefahr eines schweren Nachteils für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder die Schlagkraft der Truppe oder

2. fahrlässig den Tod oder eine schwere Körperverletzung eines anderen verursacht.

(4) Die Vorschriften über den Versuch der Beteiligung nach § 30 Abs. 1 des Strafgesetzbuches gelten für Straftaten nach Absatz 1 entsprechend.

§20 Gehorsamsverweigerung

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren wird bestraft,

1. wer die Befolgung eines Befehls dadurch verweigert, daß er sich mit Wort und Tat gegen ihn auflehnt, oder

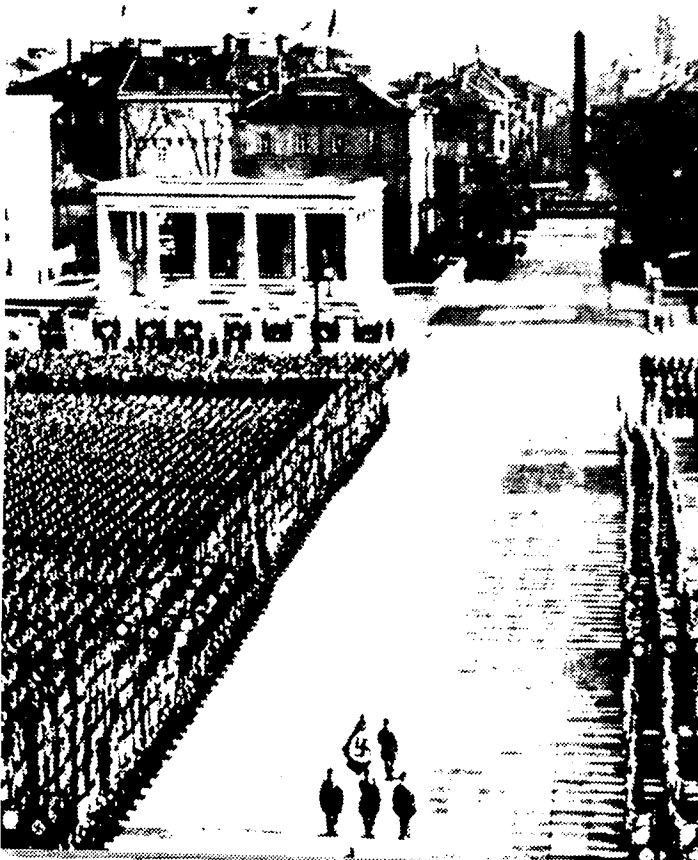
2. wer darauf beharrt, einen Befehl nicht zu befolgen,

nachdem dieser wiederholt worden ist.

§27 Meuterei (1) Wenn Soldaten sich zusammenrotten und mit vereinten Kräften eine Gehorsamsverweigerung (§20), eine Bedrohung (§23), eine Nötigung (§24) oder einen tätlichen Angriff (§25) begehen, so wird jeder, der sich an der Zusammenrottung beteiligt, mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter Rädelsführer ist oder durch die Tat eine schwerwiegende Folge herbeiführt.



SA-Aufmarsch auf dem Münchener Königsplatz. Hitler ließ den Eid auf seine Person ablegen.

Palästina: Aktionen gegen israelische Besatzer

Erneut haben israelische Besatzungstruppen Ende November den Campus der palästinensischen Bir Zeit-Universität bei Nablus im Westjordanland besetzt. Zwei Studenten wurden durch Schußwaffen verletzt, als israelische Soldaten eine Demonstration gegen das Besatzungsregime und für ein unabhängiges Palästina zerschlugen. Über die Stadt Nablus und ihre Umgebung wurde nach Demonstrationen der Palästinenser der Ausnahmezustand verhängt und die Stadt von der Außenwelt abgeriegelt. Die Demonstrationen hatten sich gegen Razzien und Hausdurchsuchungen der israelischen Armee gerichtet. Auch in der westjordanischen Stadt Ramallah demonstrierten Jugendliche für ein unabhängiges Palästina. – Die Zionistenpolitiker sind über die Taktik zur Unterdrückung des palästinensischen Befreiungskampfes tief gespalten: Der frühere Verteidigungsminister Dajan verlangte, die Regierung solle einseitig eine beschränkte Autonomie in den besetzten Gebieten Westjordanland und im Gaza-Streifen einführen, da es nach 18 Monaten Ver-

Japans Gewerkschaften gegen Todesurteil Kims

Die 850000 Mitglieder starke japanische Transportarbeitergewerkschaft hat angekündigt, alle Lieferungen von und nach Südkorea zu boykottieren wegen des Todesurteils gegen den südkoreanischen Oppositionspolitiker Kim Dae Jung. 3,5 Millionen Unterschriften für seine Freilassung sind in Japan gesammelt. Koreanische Patrioten haben in der ganzen Welt Aktionen gegen das Todesurteil durchgeführt (Bild: Tokio). Kim Dae Jung ist von südkoreanischen Militärgerichten wegen Hochverrat und Aufwiegelei zum Tode verurteilt worden. Der Führer der Neuen Demokratischen Partei,



der für den Sturz der Militärdiktatur und die Wiedervereinigung Koreas eintritt, war

handlungen mit Ägypten immer noch keine konkreten Ergebnisse gebe. Die oppositionelle Arbeiterpartei fordert dagegen einen territorialen Kompromiß mit Jordanien.

Offensive der SU in Afghanistan

Die neue Offensive, die die Sowjetunion in Afghanistan im Gebiet südlich der Hauptstadt Kabul begonnen hat, übertrifft

die des vorigen Winters an Einsatz von Panzern und anderen schweren Waffen. Flüchtlinge berichten, daß neuartige Splitterbomben, Dum-Dum-ähnliche Geschosse und Napalm verwendet werden. Die SU sucht die zunehmende Desertion der von ihr zwangsrekrutierten afghanischen Soldaten zu unterdrücken. Sie führt diese Offensive weitgehend mit sowjetischem Personal durch. Die

von den Militärs im Mai 1980 während des Volksaufstandes in Kwangju verhaftet worden. Seit er 1973 vom südkoreanischen Geheimdienst aus dem japanischen Exil verschleppt wurde, hatte er zumeist unter Hausarrest gestanden. – Die westlichen Imperialisten, die aus Südkorea ein Niedriglohnparadies und Militärzuchthaus, bewacht von 38000 US-Soldaten, gemacht haben, spielen sich als Verfechter der „Menschenrechte“ auf: Die USA erwägen, einen Sonderbotschafter zu schicken, und raten, Kim Dae Jung zu exilieren. Die Bundesregierung hat schon Asyl angeboten. Hauptinvestor Japan, besorgt um die „Stabilität in der Region“, droht mit Abbruch der Beziehungen.

Zahl der Flüchtlinge, darunter viele mit Hochschulbildung, hat schlagartig zugenommen.

SADCC: BRD sabotiert Verkehrsprojekte

Mit 2 Mrd. \$ wollen die neun unabhängigen Staaten im südlichen Afrika ab 1981 ihr Verkehrsnetz ausbauen, um ihre Abhängigkeit von Südafrika abzuschütteln (vergl. Pol. Berichte 4/80). Die westlichen Imperialisten sabotieren diesen Zusammenschluß (SADCC): Auf einer Finanzierungskonferenz in Maputo sagten sie kaum Mittel zu. Die BRD bot ganze 2 Mio. \$.

El Salvador: Junta ermordet FDR-Führung

200 Soldaten der Nationalgarde und Zivilpolizisten haben am 27.11. das sechsköpfige Exekutivkomitee der Demokratischen Revolutionären Front FDR, das zu Friedensverhandlungen in San Salvador war, verschleppt. Die verstümmelten Leichen der bestialisch ermordeten Oppositionsführer wurden tags darauf in der Hauptstadt gefunden. Die FDR, der fast alle demokratischen Organisationen des Landes angeschlossen sind, hat eine neue Exekutive eingesetzt und erklärt, die vom US-Imperialismus an die Macht geputschte Junta könne nur durch den bewaffneten Kampf gestürzt werden. Die Guerillaverbände verstärkten ihre Aktionen. Der vergleichsweise „liberale“ Junta-Oberst Majano ist nach dem Mord in die USA abgereist, „aus rein privaten Gründen“.

ZK der PVAP bereitet

Das Zentrale Komitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei hat auf seiner Sitzung vom 1. – 4.12.80 den früheren Ersten Sekretär Gierek aller Funktionen enthoben und ihn aus dem ZK ausgeschlossen. In das Politbüro wurde der frühere Innenminister und Verantwortliche für den Sicherheitsdienst Moczar gewählt, der als Nationalist gilt. Zum Zeitpunkt der Sitzung hatte die UdSSR die DDR-Grenzgebiete zu Polen wie sonst bei Manövern für die drei westlichen Besatzungsmächte gesperrt und Truppenbewegungen durchgeführt, um Druck auf die Verhandlungen des ZK auszuüben. Zu den dringenden wirtschaftlichen Problemen trug Kania nichts Konkretes vor. Offensichtlich versucht er, Entscheidungen zu verzögern und auf eine Entspannung der Lage zu warten. Die Gewerkschaft Solidarität ist entschlossen, die 21 Punkte, die Grundlage der Vereinbarungen von Gdansk waren, vollständig durchzusetzen. Ihre Forderungen

Parteitag vor

gen zu Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen setzen aber eine starke Umgestaltung der Wirtschaft voraus. Wie anders soll die Forderung nach freien Samstagen bzw. für Schichtarbeiter Ersatz durch mehr andere freie Tage und mehr Urlaub und die Herabsetzung des Rentenalters für Frauen auf 50 und für Männer auf 55 Jahre verwirklicht werden? Die PVAP muß aber bald Schritte beschließen, die zur weiteren Durchführung der 21 Punkte etwas nützen, sonst wird sich die Regierung Kania nicht halten können. Dies muß sie im Rahmen der Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages tun, der ungefähr Anfang April stattfinden soll. Der Gewerkschaft ist eine Stunde Sendezeit im Rundfunk jeden Samstag sowie die Herausgabe einer eigenen Zeitung zugesichert worden, dies in Erfüllung der Vereinbarung, eine Arbeitsgruppe für gesellschaftlich-berufliche Fragen zu bilden, die das Recht hat, „objektive Analysen der Situation

in der Arbeitswelt zu erstellen und die Lebensbedingungen der Berufstätigen zu untersuchen“ sowie „Expertisen im Bereich des Lohn- und Preisindex“ anzufertigen, Formen von Ausgleichszahlungen vorzuschlagen und die Ergebnisse ihrer Forschungen zu publizieren. Kania hat in seiner Eröffnungsrede die Entfaltung der gewerkschaftlichen Organisation auf den unteren Ebenen angegriffen. Er sagte, es gebe „gewisse Mitglieder und gewisse Regionalorganisationen der ‚Solidarität‘, die die Grenzen der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die durch ihr Statut definiert sind, überschreiten“. Eine deutliche Warnung vor Unvorsichtigkeiten gegenüber dem Ausland. Die Festigung der Gewerkschaftsorganisationen ist die einzige Gewähr dafür, daß auch die Kraft für die nötigen wirtschaftlichen Reformen aufgebracht werden kann. Kania hat Andeutungen gemacht in Richtung größerer Selbständigkeit der Betriebe. Bleibt die Frage, wer über die Produktion bestimmt.

Wachsender Export bei sinkendem Zuwachs der Industrieproduktion

Westdeutsche und europäische Finanzkreise sind gegenwärtig beunruhigt über die Ausweitungsmöglichkeiten des „Ost-Handels“ und insbesondere des Handelsgeschäfts mit der Sowjetunion. Nachdem in den letzten Wochen unter den europäischen Banken das Gerangel über „noch“ tragbare und „nicht mehr“ tragbare Zins- und Handelsbedingungen mit der Sowjetunion zugenommen hatte, hat Mitte November das DIW-Wirtschaftsinstitut „Wachstumsschwächen

Deren Zuwachs hat sich 1979 auf 3,4% gegenüber 1978 4,8% und gegenüber der Planziffer von 5,7% verringert. Abgenommen hat insbesondere der Zuwachs der metallverarbeitenden Industrie und der chemischen Industrie. Die Landwirtschaftsproduktion hat um 4% 1979 abgenommen, nicht nur auf Grund der schlechten Ernten durch Witterungseinflüsse, sondern vor allem durch sinkende Produktivkraft der landwirtschaftlichen Arbeit und Engpässe in der Versorgung der Landwirt-



Vietnamesischer Kosmonaut, der Russisch lernt. Propaganda der sowjetischen Zeitschrift „Neue Zeit“ für leichtere Eroberung des vietnamesischen Marktes.

zu Beginn der 80er Jahre“ im Ost-Handel vermerkt.

Die imperialistischen Länder befürchten sinkende Absatzchancen durch abnehmendes Wachstum der sowjetischen Industrieproduktion, verbunden mit einer Schwächung ihrer Handelsposition gegenüber der UdSSR durch deren wertmäßig steigende Exporte in die imperialistischen Länder. 43,5% der Importe der Sowjetunion aus den imperialistischen Ländern sind industrielle Fertigprodukte, vor allem Investitionsgüter und Industrieanlagen. Über 90% ihrer Exporte in diese Länder sind Vorprodukte, vor allem mineralische Brennstoffe und Elektroenergie. Dadurch profitiert die Sowjetunion von der Erhöhung der Rohstoffpreise, die die Länder der Dritten Welt gegen die Imperialisten durchgesetzt haben. So stieg 1979 der gesamte Außenhandelsumsatz der Sowjetunion um 14,3%, wobei der wertmäßige Export doppelt so stark anstieg wie die Importe und die SU einen Handelsüberschuß von 4,5 Mrd. Transferrubel erreichte.

Noch 1975 hatte die Sowjetunion ein Handelsbilanzdefizit von 2,7 Mrd. Transferrubel bei einem Gesamtvolumen von 50,7 Mrd. Seitdem hat sie ihr Außenhandelsvolumen um ca. 60% gesteigert bei gleichzeitig sinkendem Zuwachs der inländischen Produktion.

schaft mit industriellen Produktionsmitteln. Dadurch sind auch die landwirtschaftlichen Exporte in die imperialistischen Länder weiter gesunken.

Zwar macht der Außenhandelsumsatz der Sowjetunion nur einen Bruchteil des Welthandels aus (der Anteil der SU an den Weltexporten und -importen beträgt zwischen 4 und 5%). Aber die „Spezialisierung“ des sowjetischen Außenhandels nach Waren und Ländern, abgesichert durch bilaterale Staatsverträge und Kopplungsgeschäfte, ist seitens der UdSSR ein Mittel, um aus Ländern unter ihrer Vorherrschaft Profit zu ziehen und die Abhängigkeit dieser Länder zu vertiefen. Für die imperialistischen Länder ist die Spezialisierung der Angelpunkt: für Waren- und Kapitalexport auf Spezialmärkten der Investitionsgüterindustrie und des Anlagenbaus.

Etwas über die Hälfte ihres Außenhandels wickelt die UdSSR mit den RGW-Staaten ab. Durch staatlich kontrollierte Außenhandelspreise sichert sich die Sowjetunion die Einfuhr von industriellen Fertigprodukten gegen die Lieferung von Roh- und Vorprodukten sowie Energie.

Außerdem hat sie ein ausgedehntes Netz von Verträgen für die Installation von Industrieanlagen der Grundstoffindustrie gegen Lieferung der Produktion aus diesen Anlagen über die osteu-

ropäischen Staaten gespannt. Ca. 32% ihres Außenhandels entfallen auf die imperialistischen Länder, davon allein auf die BRD ein Sechstel. Die Ausweitung der Importe von Investitionsgütern hat in allen RGW-Staaten zu einer Schuldenanhäufung bei den westlichen Imperialisten von 74,5 Mrd. \$ geführt, wovon der Anteil der Sowjetunion 16 Mrd. \$ beträgt. Durch die Steigerung der Exporte und damit sinkende Neuverschuldung hat die UdSSR ihre Zinsbelastung (Anteil der Zinsen am Wert der Ausfuhr) auf 9% gesenkt. Sie beträgt 33% für die DDR und 39% für Polen.

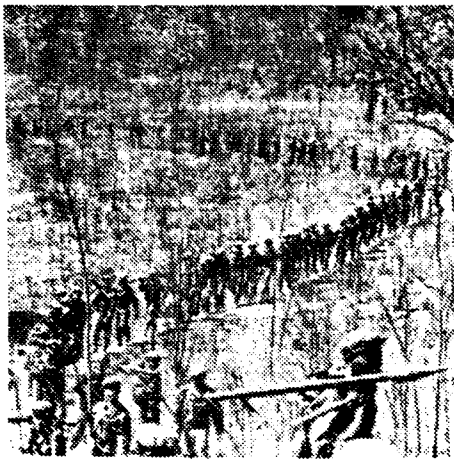
Mit den Ländern der Dritten Welt wickelt die Sowjetunion zwar nur 12% ihres Außenhandelsumsatzes ab, wobei die Exporte doppelt so hoch sind wie die Importe, es sind aber genau diejenigen Länder, in denen sie ihren Einfluß verstärken will. Die wichtigsten Länder in der Reihenfolge ihres Umsatzes sind: Irak, Indien, Libyen, Iran, Türkei, Argentinien, VDR Jemen, Angola und Äthiopien. Mit diesen Ländern versucht die Sowjetunion, das Kopplungsgeschäft Maschinen und Industrieanlagen gegen Rohstoffe und vor allem landwirtschaftliche Rohstoffe zu betreiben.

Kampuchea

Vietnams Vernichtungsfeldzug vorerst gescheitert

Zwei sowjetische Militärberater wurden getötet und 40 verwundet, als Widerstandskämpfer des Demokratischen Kampuchea am 8.11. auf der Nationalstraße 4 einen Militärkonvoi angriffen. Bei einem Überfall am 17.10. auf einen Militärzug töteten sie 100 vietnamesische Soldaten und zerstörten sieben Waggons.

Vietnam mit seinen jetzt auf 240000 Mann aufgestockten Besatzungstruppen ist weit davon entfernt, Kampuchea unter Kontrolle zu bringen. Auf einer Konferenz mit Offizieren des Marionettenregimes gaben vietnamesische Militärs zu, daß ihre Säuberungsoperationen in der Regenzeit gescheitert sind. Nach Angaben der Regierung des Demokratischen Kampuchea konnten ihre Widerstandskämpfer monatlich in der Regenzeit etwa 10000 vietnamesische Soldaten kampfunfähig machen. 60000 Soldaten und 50000 Guerillas bekämpfen in allen Provinzen Kampuchea die vietnamesischen Besatzer, meist in Überraschungsangriffen kleiner Verbände. In den befreiten Gebieten Westkampuchea, die in den letzten Monaten noch größer geworden sind, geht der Aufbau voran. Das berichtete der thailändische Außenminister Siddhi von seinem Besuch im De-



mokratischen Kampuchea.

In der jetzigen Trockenzeit, günstig für große Operationen, wollen die Besatzer eine Wende erzielen. Vietnams Truppenverbände in Westkampuchea sind nochmals verstärkt, Versorgungsdepots angelegt, Straßen und Landplätze gebaut. Der Erfolg ist fraglich, schon in der letzten Trockenzeit konnten sich die Kämpfer des Demokratischen Kampuchea behaupten. Außerdem ist die Kampfmoral der Besatzer und der Marionettensoldaten durch den Widerstand zersetzt: In verschiedenen Provinzen zirkulieren Flugblätter südvietnamesischer Soldaten gegen den ungerechten Krieg. Die Desertionsrate ist hoch. Bei Zusammenstößen zwischen nord- und südvietnamesischen Soldaten im Oktober in Phnom Penh wurden fast 1000 verletzt oder getötet. Über 7000 Kampucheaner protestierten am 28.10. im besetzten Siem Reap gegen die Ausplünderung durch Vietnam und gegen das korrupte Marionettenregime. In vielen besetzten Dörfern sind kampucheanische Patrioten Dorfvorsteher.

Der von der Regierung des Demokratischen Kampuchea vorgeschlagene und von den ASEAN-Staaten und der VR China unterstützte Zusammenschluß aller Kräfte des nationalen Widerstands kann die Besatzer und ihre Marionetten noch weiter isolieren. Son Sann, früherer Sihanouk-Minister und jetzt Führer der Widerstandsorganisation NLFKP, erklärte im Oktober, daß er den Zusammenschluß unterstützt.



VR China

Teures Lehrgeld für importierte Stahlwerke

Das modernste Kaltwalzwerk der Welt produziert seit 1979 in Wuhan am Mittellauf des Yangtse, wegen Energiemangels allerdings nur zu 50% seiner Kapazität. Die Anlagen sind aus der BRD importiert. Ein ebenso modernes Stahlwerk entsteht gegenwärtig in Baoshan bei Shanghai, ausgelegt für 6,7 Mio. t Rohstahl und 4,2 Mio. t Walzstahl jährlich. Die Gesamtinvestitionen sollen sich auf etwa 21,4 Mrd. Yuan (ca. 24 Mrd. DM) belaufen. Das Werk, über Auslandskredite finanziert, wird von der japanischen Nippon Steel gebaut; außerdem ist die westdeutsche Schloemann-Siemag AG beteiligt.

tergrundes im Yangtse-Delta die Fundamente ein Vielfaches der veranschlagten Summe. Weiter hatte der japanische Konzern die Projektkosten noch in die Höhe getrieben, weil in seinen Kostenvoranschlägen notwendige Zusatzanlagen nicht enthalten waren. So viel Lehrgeld bei den vier Modernisierungen sei zu hoch, befanden viele Delegierte. Außerdem seien noch 15% der Jahresstahlproduktion von 1979 auf Lager.

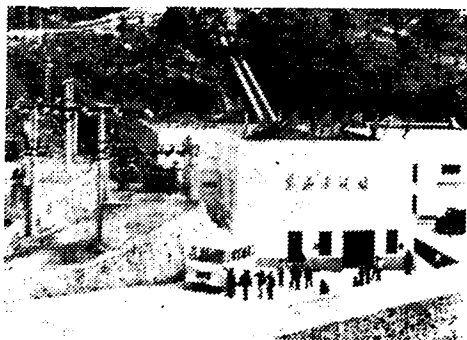
Hauptsächlich kritisierten die Volkskongreßdelegierten jedoch, daß solch hochautomatisierte Anlagen nicht dem Stand der Produktivkräfte in der VR China entsprechen und nicht mit den Zielen beim sozialistischen Aufbau des Entwicklungslandes im Einklang stehen. Es fehlen Fachkräfte, die die komplizierten Anlagen bedienen und vor allem warten können. Deshalb



Durch diese Anlagen kann die VR China ihre Abhängigkeit von Stahlimporten – mehrere Mio. t jährlich, insbesondere Spezialstähle und Röhren – reduzieren. Aber beide Projekte gelten inzwischen als sehr kostspielige Errungenschaften einer verfehlten Wirtschaftspolitik. Auf der 3. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses im September machten Delegierte folgende Rechnung auf: Wenn sich das Stahlwerk Baoshan tatsächlich schon, wie vom Metallurgieministerium veranschlagt, innerhalb von 13 Jahren amortisieren sollte, müßte es nach seiner Fertigstellung 1985 jährlich 1,63 Mrd. Yuan an den Staat abführen. Außerdem würde allein die Kredittilgung ab 1985 – bei 8% Zinsen – jährlich über 1,7 Mrd. Yuan ausmachen. Weiter wurde kritisiert, daß der Werksstandort ungünstig ist, weil Kohle und Erz von weither – von Nordchina – über das eh schon überlastete Eisenbahnnetz angeliefert werden müssen. Ein Tiefwasserhafen ist erst im Bau. Zudem kosten wegen des sumpfigen Un-

müssen z.B. für Schäden an der Steuerung des Walzwerkes Wuhan Spezialisten aus der BRD eingeflogen werden. Dasselbe bei fehlenden Teilen. Vor allem bieten solche automatisierten Anlagen nur wenig Arbeitsplätze zur Ausbildung eines Facharbeiterkaders. Chinas Industrialisierung verlangt aber gerade eine Hebung des technischen Niveaus auf breiter Front, die Ausbildung von über 400 Mio. Arbeitskräften.

Der Volkskongreß hat den ersten Bauabschnitt des Stahlwerkes Baoshan, der 1982 fertig sein sollte, zwar nicht gestoppt – vermutlich wegen vertraglicher Verpflichtungen. Aber die Konsequenzen für die künftige Importpolitik werden gezogen: In der „Renmin Ribao“ vom 11.8. wird wie in vielen anderen Artikeln der letzten Monate betont, daß die Modernisierung hauptsächlich aus eigener Kraft und durch die Überholung und Auslastung der vorhandenen Produktionsstätten erfolgen muß. Importiert werden sollen nicht mehr ganze Fabriken,



90000 kleine Wasserwerke wurden in der VR China bis 1979 gebaut.

sondern Technologien und Lizenzen, damit Chinas Maschinenbauindustrie die Anlagen selbst und in Abstimmung mit der vorhandenen Produktionsstruktur bauen kann. Hochautomatisierte Anlagen sollen angesichts des riesigen Arbeitskräftepotentials nicht eingeführt werden. Investitionsschwerpunkte sind die Landwirtschaft und die Leichtindustrie, weil hier bei geringem Kapitalbedarf eine schnelle Akkumulation gewährleistet ist, die Lebensbedürfnisse der Massen besser befriedigt werden können, Exportgüter produziert und viele Arbeitsplätze geschaffen werden. Allein in der Schwerindustrie sind seit 1979 295 mittlere und große Investitionsvorhaben auf Eis gelegt oder gestoppt.

Auch die Planzahlen für den Energiesektor – wie in anderen Entwicklungsländern ein chronischer Engpaß – sind vorübergehend drastisch zurückgeschraubt: Die Kohleförderung soll 1981 nur von 610 auf 620 Mio. t steigen, die Stromerzeugung um 4% auf 312 Mrd. kwh, und die Ölförderung wird bei etwa 106 Mio. t stagnieren. Das scheint widersinnig angesichts der Tatsache, daß wegen Energiemangels etwa ein Fünftel der Fabrikkapazitäten in der VR China brachliegen. Doch auch hier geht es darum, das Wachstumstempo den Bedingungen des Landes anzupassen. Die zunächst anvisierte umfassende Mechanisierung des Kohlenbergbaus mit importierten Anlagen ist auf wenige Zechen beschränkt, weil es nicht genug erfahrene Arbeiter und Techniker für solche Anlagen gibt. Schwere Grubenunglücke in den letzten zwei Jahren haben gezeigt, daß die Ausbildung des Personals, die Sicherung der Untertagestrecken und die Arbeitssicherheitsvorkehrungen zu kurz gekommen waren. Das gilt noch mehr – so die Kritik des Volkskongresses – für die Ölindustrie. Dort hätten die Verantwortlichen nach der Devise „Die Produktion ist eine Schlacht, in der Verluste unvermeidlich sind“ die Förderleistungen rücksichtslos zu steigern versucht. Die Förderleistung inländischer Ölfelder wie Daqing, das 40% des chinesischen Rohöls liefert, stagniert, weil mit den Fortschritten der Fördertechnologie

nicht Schritt gehalten wurde. Dadurch kann 1981 voraussichtlich nur die Hälfte der vorgesehenen 15 Mio. t Rohöl exportiert werden.

Durch die umfassende Reduzierung der Planzahlen (Ausnahme: Landwirtschaft und Leichtindustrie) und die realistische Bewertung von Technologieimporten für die selbständige Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft können die Modernisierungsziele erst später, als 1978 beschlossen, erreicht werden. Dadurch wird aber eine schrittweise Modernisierung entsprechend den Bedingungen des Landes gesichert.

Pakistan-Moratorium Gläubigerkonferenz will Bedingungen diktieren

Mit einem Kredit des Internationalen Währungsfonds von 1,7 Mrd. \$ werden die Imperialisten 1981 die Gesamtschulden Pakistans von jetzt ca. 10 Mrd. auf fast 12 Mrd. 1981 steigern. Das entspricht einer Verdreifachung seit 1973 und einer Pro-Kopf-Verschuldung von 15 \$. Bereits 1978 waren mit 7,6 Mrd. Schulden 41% des Nettosozialprodukts an die Imperialisten verpfändet.

Einen immer größeren Teil des Jahresprodukts muß Pakistan den imperialistischen Gläubigerländern, an der Spitze die USA, gefolgt von Japan und in ihren Fußstapfen dem alten Kolonialherren Großbritannien und der BRD in Form von Rückzahlungen abtreten und noch zusätzlich Zinsen draufzahlen. 1978 stieg die Summe der ausgezahlten Kredite noch um 11,9% gegenüber 1977. Der Betrag dagegen, der nach Abzug von Rückzahlungen und Zinsen von den neu aufgenommenen Krediten noch übrigblieb, sank im gleichen Zeitraum um 10,8%.

Pakistan ist durch seine strategische Lage am Indischen Ozean und seine Nähe zu den Ölquellen des Mittleren Ostens ein besonders begehrter Brocken für die Imperialisten. Diese nutzten so auch die bedrohliche Steigerung der wirtschaftlichen Abhängigkeit zu vielfältigen Erpressungsmanövern gegen den Kurs der Blockfreiheit, des Aufbaus einer nationalen Industrie und die Durchführung der Landreform. So ließen sie nach dem Militärputsch von 1977 die durchgeführten Nationalisierungen wieder rückgängig machen. Bei Karachi und Lahore, den größten Städten Pakistans, ließen sie Freihandelszonen für die ausländischen Investoren errichten, Steuer- und Zollfreiheit wurde ihnen garantiert. Das Energieprogramm, das die Bhutto-Regierung zur Sicherung der

nationalen Energiebasis durch den Bau von Atomkraftwerken beschlossen hatte, beantworteten die US-Imperialisten mit dem Stopp jeder Entwicklungshilfe an Pakistan und Druck auf die französische Regierung, die vertraglich zugesagte Wiederaufbereitungsanlage nicht zu liefern. Die Gesetze zum Schutz der Pächter gegen Verdrückung und Willkür der Grundherrschaft wurden rückgängig gemacht, ebenso wie die Erhöhung der Einkommen der Bauern durch die Heraufsetzung der Ankaufspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Stattdessen müssen die Massen über erhöhte Steuern und staatliche Gebühren den Zinstribut zahlen.

So ist Pakistan mit einem Pro-Kopf-Jahres-Einkommen von 230 \$ noch immer eines der ärmsten Länder der Welt. Sein Bruttoinlandsprodukt konnte von 1973 607 \$ je Einwohner nur auf 692 \$ 1978, also nominal nur um 14% gesteigert werden, was ein reales Sinken bedeutet. 80% der Bevölkerung leben auf dem Land, 54% der erwerbstätigen Bevölkerung arbeiteten 1978 noch in der Landwirtschaft. Auf 65% der anbaufähigen Fläche wird Weizen angebaut. Trotzdem war Pakistan 1978 gezwungen, 2,3 Mio. t Weizen einzuführen. Ein Rekorddefizit, nachdem der Hektar-Ertrag von 1,4 t auf 1,32 t gesunken war. In der BRD betrug der Ernteertrag pro ha im gleichen Jahr 5,01 t Weizen.

Die Produktion von Baumwollgewebe sank von 1976 520 Mio. m² auf 345 Mio. m². Die jährliche Wachstumsrate in der Landwirtschaft, die 1960–1970 noch 4,9% betrug, sank von 1970–1978 auf 1,9%, die der Indu-



strie im gleichen Zeitraum von 10% auf 4,8%, in der verarbeitenden Industrie sogar von 9,4% auf 3,5%.

Angesichts dieser bedrohlichen Lage fordert Pakistan jetzt ein Moratorium, also Aufschub der Schuldentilgung für 200 bis 250 Mio. \$ in den nächsten vier Jahren. Die Imperialisten, darunter die BRD, wollen die Gelegenheit nutzen, auf einer Gläubigerkonferenz noch im Dezember neue Bedingungen zu diktieren.

„Noch nicht wie Taiwan“ – US-Imperialisten wollen Stützpunkte und Extraprofit mit Niedriglöhnen

Stichwort Landreform

Nur 4% der Gesamtfläche Ägyptens, rund 6,5 Mio. feddan (1 f = 0,42 ha) sind derzeit landwirtschaftlich nutzbar. 1977 war auf 1,4 Mio. f Baumwolle angebaut, auf 1,2 Mio. f Weizen, auf 1,8 Mio. f Mais und auf 1 Mio. f Reis. Die Erträge sind höher als z.B. in den USA. Die Arbeitskraft einer Familie reicht für 2 bis 5 f. Gegenwärtig werden $\frac{2}{3}$ des Weizenbedarfs importiert. Bei Einstellung des Baumwollanbaus könnte sich Ägypten aber selbst versorgen.

Landverteilung 1952 (in 1000)

Größe	Betriebe	Fläche
über 50 f ..	11 (0,4%)	2044 (34,3%)
20 – 50 f ..	22 (0,8%)	624 (10,5%)
5 – 20 f ..	126 (4,5%)	1164 (17,7%)
unter 5 f ..	2642 (94,3%)	2122 (35,6%)
insg	2801	5954

Nach der Agrarreform von 1952 muß Grundbesitz über 200 bis 300 f an den Staat abgetreten werden, gegen Entschädigung in Schatzanweisungen. 1961 wird die Obergrenze auf 100 f, 1969 auf 50 f pro Person gesenkt. 1964 wird die Zinszahlung auf die Entschädigungen eingestellt. 1952 bis 1976 werden 912000 f eingezogen. 536000 Bauern und Landarbeiter erhalten Parzellen von 2 bis 5 f. Die Bauern müssen für das Land in Höhe der Entschädigung zahlen, bis 1964 ein Drittel der Schuld und alle Zinsen gestrichen werden. Die Lohnarbeit ausbeutende Dorfbourgeoisie wird durch die Reform gestärkt und hat in den Genossenschaften, die Agrarkredit und -handel kontrollieren, das Sagen.

Landverteilung 1965 (in 1000)

Größe	Betriebe	Fläche
über 50 f ..	10 (0,3%)	813 (12,6%)
20 – 50 f ..	29 (0,9%)	815 (12,6%)
5 – 20 f ..	119 (3,7%)	1141 (17,7%)
unter 5 f ..	3033 (95,1%)	3693 (57,2%)
ins	3191	6462

Seit 1971 wird nach 1961 beschlagnahmtes Land zurückgegeben. 1975 hielten Großgrundbesitzer mit über 50 f Besitz von 12,6% der Nutzfläche.

1400 amerikanische Fallschirmjäger und 600 Mann Versorgungseinheiten haben in der letzten Woche in Ägypten Intervention am Golf geübt. 15000 Mann will das Pentagon im ägyptischen Luftwaffenstützpunkt Ras Banas am roten Meer ständig stationieren. Die ägyptische Regierung lehnt bislang die Einrichtung ausländischer Militärbasen ab, hat sich aber bereitgefunden, den USA – und neuerdings auch den westeuropäischen Imperialisten – eigene Militäreinrichtungen zur „Mitbenutzung“ zu überlassen.

Wie sich die Supermacht die Zukunft Ägyptens vorstellt, hat vor einem halben Jahr eine Beamtin des US-Handelsministeriums so umrissen: „Ägypten ist noch (!) nicht wie Taiwan geworden. Sie haben gewisse Vorteile wie relativ billige Arbeitskraft, die man auch in Hongkong oder Singapur finden würde, aber sie haben nicht solange wie jene Länder daran gearbeitet, ihren Exporthandel zu entwickeln.“ Bekanntlich befindet sich der „Exporthandel“ der genannten „Niedriglohnländer“ fest in den Händen imperialistischer Konzerne.

Nach dem 1974 erlassenen und 1977 nochmals „liberalisierten“ Investitionsgesetz können ausländische Monopole außer im Wohnungsbau in al-



len Wirtschaftszweigen investieren. 34 imperialistische Banken haben inzwischen Niederlassungen in Ägypten gegründet, neuerdings können sie anstelle der staatlichen Außenhandelsbehörden auch die Abwicklung von Exportgeschäften übernehmen. Bis Dezember 1978 waren bereits 903 Investitionsprojekte mit einem Kapital von 2,9 Mrd. \$ genehmigt.

Hauptform des Kapitalexports nach Ägypten sind „joint ventures“, also

Gesellschaften, an denen auch ägyptisches, häufig staatliches Kapital beteiligt ist. Auf den Staatssektor entfällt nach den Nationalisierungen der 50er und 60er Jahre (schließlich alle Betriebe über 50 Beschäftigte) etwa die Hälfte der ägyptischen Industrie. Bei allem wuchernden Bürokratismus war das Staatskapital ein wichtiger Hebel zum Aufbau einer unabhängigen Industrie. Durch systematische Verflechtung mit ausländischem Kapital droht es sich heute zu einem Brückenkopf für die Unterwerfung der ägyptischen Wirtschaft unter imperialistisches Kommando zu entwickeln.

Zum Teil ist es dabei zu einer regelrechten Verschleuderung von Staatsbetrieben gekommen: Wirtschaftsminister Abdel-Razzaq Abdel Majid in einem Interview: „Der Fall des Ideal-Kühlschrank-Geschäfts mit Thomson (französischer Elektrokonzern) war ein Ausverkauf. Die ganze Fabrik wurde mit 1,2 Mio. Ägyptische Pfund (ÄPf; 1 ÄPf = 2,74 DM) bewertet, dabei war allein das Gelände 12 Mio. ÄPf wert. Da sind die Arbeiter natürlich auf die Barrikaden gegangen.“ Ein Teil der ägyptischen Arbeitsgesetzgebung gilt für ausländische Investitionen überhaupt nicht, in jedem Fall werden auch bei „joint ventures“ mit Staatskapital nur die weniger weitgehenden Arbeiterschutzbestimmungen für den privaten Sektor angewandt. In der Landwirtschaft können „Agroindustrien“ riesige Ländereien in ihren Händen zusammenballen. So wollen sich britische Zuckerkapitalisten an einem Landgewinnungsprojekt über 42000 ha beteiligen, von denen die Hälfte plantagenmäßig mit Zuckerrüben bepflanzt werden soll.

Die Politik der „offenen Tür“ für die Imperialisten bedeutet ebenso wie der Separatfrieden mit Israel den Bruch des Klassenbündnisses, das die Revolution von 1952 getragen hatte. Die Führung dieser nationalen Revolution zur Herstellung der vollen staatlichen Souveränität gegen die britische Besatzung und zur Zerschlagung der Feudaloligarchie lag in den Händen kleinbürgerlicher Offiziere. Ein Teil davon entwickelte sich über die Kontrolle der verstaatlichten Wirtschaftszweige zu einer neuen Bourgeoisie. Die Unfähigkeit dieser Klasse, den Kampf gegen den Zionismus durch Entfaltung eines revolutionären Volkskriegs zur Entscheidung zu bringen, hat das Land nacheinander der Erpressung beider Supermächte ausgesetzt.

Von dem Separatfrieden mit Israel unter US-Schirmherrschaft hatte sich die ägyptische Bourgeoisie verbesserte Akkumulationsbedingungen versprochen. Tatsächlich hat die Isolierung Ägyptens von der arabischen Welt das Land vorerst von der Entfaltung der Wirtschaftsbeziehungen in der Region abgeschnitten. Die jetzt gemeldete Verbesserung der Zahlungsbilanz (ohne Kapitalverkehr ist das Defizit im 1. Hj. 80 auf 11,2 Mio. ÄPf gegenüber 557 Mio. im Vorjahr gesunken) geht im wesentlichen auf Preissteigerungen für Erdöl und Baumwolle zurück. Mit 30% liegt die Inflationsrate noch doppelt so hoch wie die höchste uns be-

Italien

Arbeiterbewegung organisiert Erdbebenhilfe

36 Stunden nach dem Erdbeben in Süditalien riefen die Gewerkschaften Kampagnen die ganze italienische Arbeiterbewegung zur sofortigen selbständigen Entsendung von Hilfspersonen auf. Noch in den Vormittagsstunden desselben Tages setzten Fabrikräte in Mailand und Turin die ersten Hilfskonvois mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Decken in Marsch. Gruppen von Jugendlichen mit eigener Ausrüstung begaben sich zur Hilfe in den Süden. Die linke Stadtverwaltung Bolognas schickte den ersten Konvoi vier Stunden nach dem Beben ab. Oft trafen die Hilfskonvois der Gewerkschaften, der linken Kommunal- und Regionalverwaltungen und heimgekehrte Emigranten Tage eher ein als der staatliche Katastrophenschutz.

Die Gewerkschaften haben zur Verteilung der Hilfssendungen eigene Verteilstellen eingerichtet und in den betroffenen Gemeinden „Basisinitiativkomitees“ gegründet. Werden bestimmte Güter benötigt, sorgen die Fabrikräte einschlägiger Betriebe für die Versendung. Die Gewerkschaftsbünde haben aufgerufen, vier Stundenlöhne für die Bebenopfer zu spenden. Alle diese Hilfsaktionen der Arbeiterbewegung stoßen auf den erbitterten Widerstand der örtlichen Grundbesitzer, Staatsorgane und DC-Bürgermeister. Eine Kolonne mit 50 LKWs aus der Emilia-Romagna wurde stundenlang in Foggia (Apulien) von der Straßenpolizei aufgehalten.

In der zynischen Tatenlosigkeit, mit der die Regierung Dutzende von Verschütteten unter den Trümmern verhungern und erfrieren ließ, spiegelt sich die Unterdrückung der süditalienischen Bauernmassen ebenso wie in der jetzt „gegen Plünderer“ vorgenommenen Verstärkung der auf das Land gelegten Carabinieri-Besatzungstruppen. DC-Abgeordnete haben die Ausrafung des Kriegsrechts vorgeschlagen. Die Regierung will Zigtausende aus den zerstörten Dörfern und Städten in Hotels an der Küste einquartieren, damit Grundstücksspekulanten und Armee im Bebengebiet „freie Bahn“ kriegen. Gerade 500 haben sich bislang bereitgefunden. Die Gewerkschaften fordern, daß für die Arbeitsfähigen sofort Unterkünfte im Bebengebiet errichtet werden, damit sie sich an den Wiederaufbauarbeiten beteiligen können, und nur Kranke und Kinder vorübergehend in Hotels untergebracht werden. Schon bisher waren aus vielen jetzt zerstörten Dörfern fast alle Männer emigriert.

Die Gewerkschaften fordern Zahlung von Arbeitslosengeld auch an die schon vor dem Beben Arbeitslosen (ohne Versicherungsschutz) und Blockierung aller Grundstückstransaktionen.

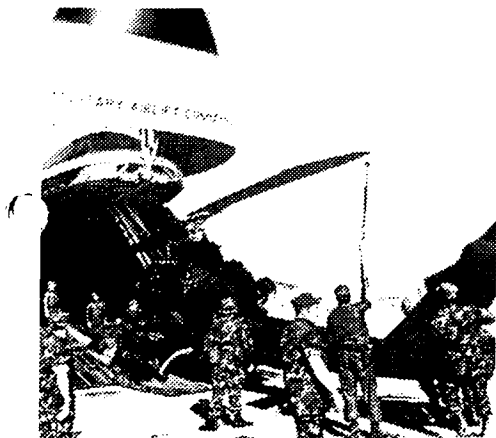
Französische Justiz

Vorbereitung auf rauhere Klassenkämpfe

Dies sei der „Weg zurück nach Vichy“ – den Polizeistaatsmethoden der mit den Nazi-Besatzern kollaborierenden Regierung des Marschall Pétain. Solcherlei konnte man in den letzten Monaten aus dem Munde französischer Richter hören, von denen ca. 400 im Mai im Pariser Justizpalast demonstriert hatten – eine Premiere. E. Maire, Generalsekretär der Gewerkschaft CFDT, präziserte in einer Rede am 18.11.: „Die Justiz unseres Landes, die die Finanzdelikte der Großen wie die für Arbeitsunfälle verantwortlichen Unternehmer schont, aber die Armen bestraft und die Gewerkschafter ... unterdrückt, ... soll zum ... Arm einer unangreifbaren und unveränderbaren Staatsmacht werden.“

Gegenstand der Angriffe ist das Strafrechtsreformprojekt des Justizministers Peyrefitte „Sicherheit und Freiheit“, das gegenwärtig von Regierung und Koalition im Schnellverfahren durchs Parlament gezogen wird. Die Grundzüge des Gesetzes: Erweiterung des polizeilichen Willkürspielraumes, massive Anhebung der Strafen und Schaffung von Straftatbeständen, die die Kriminalisierung von gewerkschaftlicher Aktion und politischem Kampf erleichtern.

Im Einzelnen: Bewährung und „bedingte Freilassung“ werden praktisch abgeschafft; „vorläufige Festnahmen“ durch die Polizei ohne Benachrichtigung von Anwalt oder Richter sind auf vier Tage möglich, Schnellgerichte sollen dann innerhalb zweier Monate entscheiden; Identitätskontrollen ohne Begründung und Überprüfungsmöglichkeit zu jeder Zeit und an jedem Ort werden legalisiert, schon die Weigerung mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Vor allem aber ermöglichen bewußt vage formulierte Straftatbestände wie „Bedrohung oder Beeinträchtigung jeglicher Güter“, Fabrikbesetzungen mit Maschinenstillstand oder Sicherstellung von Maschinen durch Arbeiter bei drohender Betriebschließung mit Gefängnis bis zu 15 Jahren zu bestrafen. Wo Renault und andere Kapitalisten heute schon die Gewerkschaften auf Millionen Schadensersatz wegen Produktionsausfall durch Streik verklagen, soll morgen die Gefängnisdrohung wirken.



US-Truppen auf dem Flughafen Kairo

kanntgewordene Lohnerhöhung. Sollte die Regierung, wie angekündigt und seit langem von den imperialistischen Gläubigern gefordert, 1981 tatsächlich die Subventionen für grundlegende Lebensmittel (1980 1,5 Mrd. ÄPf) streichen, werden sich die Klassegegensätze dramatisch zuspitzen.

Immer wieder werden einzelne, voneinander anscheinend isolierte Kämpfe der Volksmassen gemeldet. Im Sommer streikten die Bergleute am Roten Meer. In den letzten Wochen kämpften die Studenten im oberägyptischen Assiut gegen Zulassungsbeschränkungen und den Bau einer Mauer um das Unigelände, die die Polizeiüberwachung erleichtern soll. Zu einer einheitlichen Bewegung sind diese Kämpfe aber noch längst nicht zusammengewachsen. Z.T. stehen sie unter Führung islamischer Kräfte wie der Moslembruderschaft, die erbitterte Feinde der Arbeiterbewegung sind. Zugleich sind die verschiedenen Organisationen der Linken durch den andauernd starken Einfluß des Sozialimperialismus gespalten und teils aus kompromittiert. Die Massendemonstrationen im Januar 1977 gegen die Streichung der Lebensmittelsubventionen riefen den Namen Nassers. Aber nur das auch jetzt über eine Million angeschwollene Industrieproletariat wird in der Lage sein, ein neues, antiimperialistisches Bündnis zustandezubringen.



Deutscher Schlager

Dschingis Khan: Geschichts- und andere Mythen

In der „Bravo“-Hitparade, Abteilung deutschsprachige Schallplatten, stand die Gruppe „Dschingis Khan“ während der letzten 30 Wochen 18mal auf Platz 1, weitere 14mal auf Platz 2 und 3. Von vergleichbaren Gruppen unterscheidet sich Dschingis Khan durch überdurchschnittlich raffiniert ausgetüftelte Arrangements, vor allem aber durch die vom üblichen Schlager-Liebeskummer abweichenden Gegenstände ihrer Lieder: Dschingis Khan, Moskau, „der Verräter“, Hadschi Halef Omar und zuletzt – Rom. Unter diesem Titel sind die bisherigen Werke jetzt auch auf einer Langspielplatte gesammelt zu hören.

Das Strickmuster ist immer gleich. Mit dem Titel wird an einen verbreiteten, möglichst schon mythisch umrankten Erinnerungsfetzen angeknüpft. Im Lied wird dann die gängige reaktionäre Geschichtsmystik zum Thema ausgebreitet, das Ganze mit maßgeschneiderten Kostümen und ausgefeilter Choreographie in Szene gesetzt. Die Einstimmung wird mit passenden musikalischen Zitaten unterstützt: Indianerflöte zum Lied „Machu Picchu“ über eine versunkene Inkastadt; russische Volksmusikzeilen in „Moskau“, an Luftschutzsirenen erinnernde Geiger-Glissandi in „der Verräter“.

Produzent Siegel über den Aufwand für „Rom“: „An diesem Lied haben wir fast zehn Monate gearbeitet. Insgesamt wurden 130 Musiker eingesetzt. Darunter ein Sinfonie-

orchester aus München. Außerdem noch Top-Leute aus der Oper. Und schließlich die besten modernen Studio-Musiker. Außerdem wirkte ein 25 Mann starker Kirchenchor mit.“

Das Lied beginnt nach spätromantischem Streicherwall so: „Rom / Viele tausend Jahre alt / Zwischen Frieden und Gewalt / Zwischen Zukunft und Vergangenheit.“ Später raunt der Kirchenchor nach „Zukunft und Vergangenheit“: „Jungfrau und Mutter ist Rom.“ „Rom / Wilde Wagenrennen / Rom / Nero sah dich brennen / Immer schon gab's Kampf um Rom.“ „Kampf um Rom“ hieß ein wilhelminischer Geschichtsschinken von Welschenfalschheit und Germanentreue. Ausklang mit einer Tarantella-Veranstaltung, zu der sich die Sänger ihrer antiken Gewandung entledigen und „in moderner Kleidung im Stil von heute“ weitermachen: „Louis ist dann in einem legeren weißen Anzug mit weißem Hut und auberginefarbener Kravatte zu sehen.“

In „Moskau“ („wild und geheimnisvoll“) ist Verschiedenes über trinkfeste und heißblütige Russen zu erfahren. Zwischendurch eine Erinnerung an die gute alte Zarenzeit: „Moskau / Tor zur Vergangenheit / Spiegel der Zarenzeit / rot wie das Blut.“

Die Musik ist diesem reaktionären Unsinn gut angepaßt. Keins der geklauten Motive wird systematisch verfolgt, sondern jedes Stück endet



schließlich im selben discotümelnden Maschinensound.

„Dschingis Khan“, eigens zur Vertretung des Vaterlandes auf dem letztjährigen Eurovisionsfestival gegründet, ist eine von der Musikindustrie in der Retorte gezüchtete Propagandatruppe. Die Musiker haben nur die ihnen zugewiesene Rolle zu spielen, bis in die Klei-



dung. „Bravo“ fragte: „Habt Ihr da Mitspracherecht?“ Gruppenmitglied Louis: „Unser Produzent Ralph Siegel hat da schon immer genaue Vorstellungen, was die Kostüme betrifft, sobald sein Song fertig ist. Wir bekommen dann die Kostüme maßgeschneidert, Farben, Stoffe – alles steht schon genau fest.“

Munic-München über alles in der Welt

Dokumente aus dem dritten Jahrtausend belegen: Die Entwicklung der Produktivkräfte hat unvermeidlich zur Katastrophe geführt. Die Klassenkämpfe, unter denen die jetzige Gesellschaft verstorben ist, waren unsinnig und bloß chaotisch. Die Nachkommen sind gestraft bis ins zwanzigste Glied. Das Bauernvolk produziert Kartoffeln und wird abends voll Hasch gestopft. Die Arbeiter fördern das verschüttgegangene Metall für die herrschenden Priester, die einen gelinden Fortschritt einleiten: keine Verstümmelung der Verurteilten mehr, dafür gut organisierte Zwangsarbeit. Ebenso weise lassen sie den Aufstand, den die Arbeiter in besoffenem Zustand veranstalten, wobei sie sich zumeist gegenseitig umbringen, durch die „Heiligen Garden“ niederschlagen. Beschränkte Ressourcen zwingen zur Vernunft, die sich in dem ganzen Niedergang doch wunderbarerweise erhalten hat als „latent vorhandene technische Intelligenz der ehemaligen Industrievölker“. Durch Aufsaugen der Kräfte der unterentwickelten und daher nicht so geschädigten Völker entsteht eine allgemeine Weltkultur mit ökologischem Gleichgewicht und sanfter Technologie sowie einem kritisch gebildeten Verleger. Von außen sozialkritisch, von innen liberal-reaktionäres Mosaik von Verzicht, Gesetz und Freiheit, von der Münchner Presse mit Nachdruck unter die Leute gebracht.

G. Zauner, Die Enkel der Raketenbauer, Heyne-Buch Nr. 3751, München 1980, 4,80 DM.

„Ärztinnen“ als Familiendrama?

„Ärztinnen“ von Hochhuth, uraufgeführt vom Nationaltheater Mannheim, handelt von den Verstrickungen einer Arztfamilie in den Unternehmungen einer pharmazeutischen Firma. Die Großmutter Lydia forscht in den Labors der Firma Böhliger (man mag an Boehringer denken). Als sie vertuschen soll, daß 2 Spanier an kontaminiertem Material der Firma gestorben sind, macht sie nicht mit und wird gefeuert. Ihre Tochter Katia forscht unter ihrem Chefarzt in einem Krankenhaus an Patienten mit Schocklungen, denen sie Gewebeproben entnimmt, wobei einige zu Tode kommen. Ermittlungen der

Justiz werden vom Chefarzt über SPD-Parteiverbindungen verhindert. Das Ganze endet damit, daß Katias Sohn Thomas nach einem Verkehrsunfall an Kunstblut stirbt, das seine Großmutter verhöhrt hat. Diese hat inzwischen zu einer anderen Firma gewechselt, die Böblinger aufgekauft hat. Thomas wird also ein Nierenspender.

Der erste Teil des Schauspiels ist recht interessant, weil die Folgen des Zugriffs der Konzerne auf das Gesundheitswesen aufgedeckt werden und gezeigt wird, wie die Forschung von ihnen dirigiert wird. Daß z.B. die Prüfung von Medikamenten in Kliniken und Praxen sehr schnell durchgezogen wird, damit das Präparat schnell auf dem Markt ist, ist eine Sache, die oft vorkommt. Gesundheitliche Schäden, die die Volksmassen dadurch davontragen, werden nicht publik gemacht.

Hochhuth fabriziert im zweiten Teil daraus allerdings ein Familiendrama, was dazu noch ausschließlich sich unter Ärzten abspielt. Das gesellschaftliche Problem wird plötzlich zu einem Privatkonflikt, und hier wird das Stück für den Großteil der Besucher des Schauspiels direkt langweilig. Die Erwartungen werden enttäuscht: Die Schilderung der Ereignisse wird unrealistisch, da die Auswirkungen der Geschäfte der Pharmakonzerne auf die Bevölkerung nicht vorkommen, ebenso wenig Reaktionen der Volksmassen darauf.

Cortés: Die Eroberung Mexikos

Vorletzte Woche hat in Rotterdam das IV. Russell-Tribunal über die Rechte der Indianer stattgefunden. Die Berichte des spanischen „Conquistadors“ Hernán Cortés an Karl V. über die Unterwerfung des Aztekenreiches (Insel-Taschenbuch 393, 10 DM) illustrieren, wie die Kolonisierung die Indianer in ihre heutige elende und rechtlose Lage gebracht hat. Cortés hatte zu rechtfertigen, warum sich die – vergleichsweise lächerlich geringen – Ausgaben für die Eroberung Mexikos auch wirklich lohnten. In vielen Punkten sind seine Berichte daher weniger beschönigend als manches Schulbuch. Unter dem dünnen Firniß der Phrasen über die Ausbreitung „unseres katholischen Glaubens“ lugt überall der wirkliche Zweck des Unternehmens her-



Raub und Zwangsarbeit

vor: Raub. Breit werden die dazu angewandten ebenso heimtückischen wie blutrünstigen Methoden ausgemalt. Mit seinen Berichten hat Cortés so manche langlebige Geschichtslgende in die Welt gesetzt, z.B. die, den Azteken seien die Weißen aus dem Osten als ihre wiedergekehrten Stammväter erschienen, weshalb sie sich auch kaum gewehrt hätten. Die Schilderung des Volksaufstandes, mit dem die Spanier aus der Hauptstadt Tenochtitlán, damals einer der größten Städte der Welt, zunächst wieder vertrieben wurden, straft das Märchen Lügen. Recht wenig erfährt man freilich über Produktionsweise und gesellschaftliche Verhältnisse im vorkolonialen Mexiko. Wie aber konnten 550 Mann spanische Invasionstruppen gegen Heere siegen, die laut Cortés bis zu 160000 Mann umfaßten? In den Berichten kommt als Ursache – neben der allgegenwärtigen Hilfe Gottes – nur die militärtechnische Überlegenheit, v.a. durch den Besitz des Pferdes, vor. Im Aztekenreich waren die urgesellschaftlichen Verhältnisse schon weitgehend aufgelöst und Sklaverei entwickelt. Cortés hat das ausgenutzt, indem er von den Azteken unterworfenen oder bedrohten Indianer-



Moctezuma II. und Cortés (Mexikanischer Teppich)

stämme als Hilfstruppen benutzte. Der letzte, drei Jahre nach der Eroberung 1524 verfaßte Bericht handelt von der Entwicklung des Kolonialsystems und den nicht abreißen den Rebellionen der Indianer dagegen.

Kirche

Wojtyla will Künste in ‚geistig-religiöse Tiefen‘ tauchen

„Die heutige Begegnung selbst möchte eine aufrichtige Einladung an alle Kunstschaffenden sein zu einer neuen partnerschaftlichen, vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Kirche, eine Einladung, die geistig-religiöse Tiefendimensionen wiederzuentdecken, die die Kunst in ihren edelsten und höchsten Ausdrucksformen zu allen Zeiten ausgezeichnet hat.“ Bekanntlich sind es nicht besonders viele Künstler, die sich der „geistig-religiösen Tiefendimensionen“ im Sinne der katholischen Glaubenslehre verschrieben haben und zu „höchsten und edelsten Ausdrucksformen“ gelangen. Man darf also gespannt sein, wie Wojtyla sein Geschäftsangebot bei seinem Münchener Empfang für Künstler und Publizisten plazierte hat.

Zuerst hat er das jahrhundertelange Monopol der Kirche über Künste und Wissenschaften, verbunden mit krachender Verfolgung und Unterdrückung, päpstlich beweihräuchert: „Lange Zeit galt die Kirche als Mutter der Künste ... Wie sehr dies zutrifft, erkennt man an einem einfachen Gedankenexperiment: Man nehme aus der Kunstgeschichte in Europa und Deutschland alles weg, was mit religiöser und christlicher Inspiration zusammenhängt, und man wird sehen, wieviel, das heißt: wie wenig übrigbleibt.“ Mit dem Aufkommen der exakten Wissenschaften und mit der Entstehung des modernen Industrie-proletariats war dieses kirchliche Mutterglück aber unwiderbringlich dahin. „In den neuesten Jahrhunderten, am stärksten seit 1800, lockerte sich die Verbindung von Kirche und Kunst ... Die Haltung der Kirche war Abwehr, Distanzierung und Widerspruch im Namen des christlichen Glaubens.“

Inzwischen hat die Kirche, so Wojtyla, den Dreh gefunden, ihre Mauertaktik gegenüber Kunst und Wissenschaft durch eine ideologische Offensivstrategie zu ergänzen. In Kunst und Kultur werde der Ausdruck dessen gesehen, „daß die Welt Gottes eigene, in die Freiheit entlassene Schöpfung ist, dem Menschen

zur Kultur und Verantwortung übergeben und anvertraut.“ Damit ist Offenheit für die Auseinandersetzung geschaffen, jedoch ohne Abstriche am Dogmengebäude: „Die Kirche wird immer daran erinnern, daß in Jesus Christus das wahre und eigentliche Bild des Menschen und des Menschlichen gegeben ist.“

Den Ansatzpunkt, kirchlichen Einfluß auf die Künste zurückzugewinnen, sieht er darin, „daß beide den Menschen aus fremder Knechtschaft befreien und ihn zu sich selbst führen wollen. Sie eröffnen ihm einen Raum der Freiheit – Freiheit von den Zwängen des Nutzens, der Leistung um jeden Preis, des Effekts, der Verplanung und Funktionalisierung.“ Nicht irdische Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, sondern „spirituelle“ Befreiung des Menschen für sich. Eine harmonische „Partnerschaft“ mit Kunstströmungen, die in der Abkehr von der realistischen Darstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Aufforderung zu ihrer Veränderung z.B. eine „neue Innerlichkeit“ propagieren, hat Wojtyla im Auge: „Themen wie Schuld und Gnade, Verstrickung und Erlösung, Ungerechtigkeit und Gerechtigkeit, Solidarität und Nächstenliebe, Hoffnung und Trost kehren in der heutigen Literatur, in Text- und Drehbüchern wieder und finden große Resonanz.“

Wojtylas Kalkül: Wo in der Kunst das Individuum losgelöst von den Verhältnissen zum Gegenstand wird, ist Gott nicht fern und hat die Kirche aus ihrem Mysterienschatz Passendes zu bieten. Z.B. das Böse: „Ohne die Realität des Bösen ist auch die Realität des Guten, der Erlösung der Gnade, des Heiles nicht zu ermessen ... zielt diese Darstellung (d. Bösen) nicht darauf, daß es beim Bösen bleibt.“

Abschließend hat er Künstler und Journalisten zur Rückbesinnung auf eine „klare sittliche Grundüberzeugung“ gemahnt. Wer dagegen verstößt und die von Wojtyla bezeichnenderweise nicht erwähnte Freiheit der Künste „mißbraucht“, den trifft der kirchliche Bannstrahl z.B. in Gestalt des Staatsanwalts.

Eine Kunst, die nicht nur der Reaktion um 1800 zu schaffen machte

Zehn Jahre nach der französischen Revolution veröffentlichte 1799 in Madrid der Hofmaler des Königs, Francisco Goya 80 Radierungen, „Caprichos“ genannt (Einfälle, Launen), die in der europäischen Kunst etwas völlig Neues darstellten: Goya griff in Form grotesker, phantastischer, mit bitterem Spott karrierter Gestalten und Vorfälle die Zustände unter der reaktionären spanischen Monarchie an. Er, berühmter Hof- und Gesellschaftsmaler, bestbezahlter Künstler Spaniens – wie war das möglich?

1746 in armen Verhältnissen geboren, hatte Goya nach provinzieller Ausbildung bei einem Kirchenmaler schon als 17-jähriger versucht, seine Ausbildung in der Hauptstadt fortzusetzen. Denn nicht bei der Kirche mit ihren eingefahrenen religiösen Aufträgen, sondern vor allem am Hof in Madrid mit ausländischen Künstlern von europäischem Rang, mit der königlichen Kunstsammlung, in der man sich an Bildern von Velasquez, Tizian, Bosch und Rembrandt usw. schulen konnte, in der Auseinandersetzung mit weltlichen Aufträgen, die dem Künstler größeren Entfaltungsspielraum ließen, wurden künstlerische Talente gefördert, konnte eine Ausbildung nach hohen Maßstäben erfolgen. Da Kirche und Monarchie das Ausbildungsmonopol für Künstler hatten, war keine gute Ausbildung sozusagen an eine Karriere im Dienste der herrschenden Klassen gebunden. 1799, 53 Jahre alt, hatte Goya diese Karriere bis zur Spitze absolviert: Er wurde erster Maler des Königs. Das ist jedoch nur die eine Seite. In Madrid und auf seinen Auslandsreisen lernte er auch die Ideen der Aufklärung und der französischen Revolution kennen, freundete er sich mit den fortschrittlichen Politikern, Wissenschaftlern, Philosophen und Dichtern an, die gegen die Reaktion von Kirche, Adel, Hof und hohem Beamtentum Front machten. In der 1797 verfaßten Ode des Dichters Quintana, in welcher dieser einen Freiheitshelden des 16. Jahrhunderts zu den Spaniern sprechen läßt, kommt ihre Haltung gut zum Ausdruck:

„300 Jahre sind verflossen, und noch immer schlaft ihr in Ketten der Sklaverei. Tyrannei und Aberglaube haben den verderblichen Abgrund gehöhlt, in dem zuletzt euer Name selber versank ... aber seht ihr nicht, wie die Erde sich anschickt, die Sklaverei abzuschütteln? Wollt ihr, in schmählicher Trägheit versunken, die Letzten sein, dem erhabenen Beispiel zu folgen?“ Bestmögliche künstlerische Ausbildung und fortschrittliche politische Bewegung in Spanien trafen in Madrid zusammen und konnten sich in Goya verbinden.

Doch damit ist noch nicht erklärt, wie Goya ausgerechnet auf die Darstellung einer derartigen „Monstergalerie“ kam, die er nach wenigen Tagen bereits wieder zurückzog, vermutlich, um eine Bestrafung durch die Inquisition zu vermeiden (vor der ihn sowieso oft nur sein Ruhm als Maler und seine Beziehungen retteten). Es gibt eine Strömung unter den bürgerlichen Kunstideologen, die vertreten: Darstellung der spanischen Reaktion, schön und gut, aber hier handelt es sich doch eher um die ganz individuellen Phantasien eines Künstlers. Klärung bringt da ziemlich rasch das Studium der politischen und sozialen Verhältnisse jener Zeit und (was wir Goya-Interessierten nur empfehlen können) Reisebeschreibungen von Zeitgenossen Goyas. Da spazieren einem nämlich Goyas vermeintliche Phantasiegestalten als alltägliche Charaktermasken reihenweise entgegen und man begreift deutlicher den ungeheuer scharf gefaßten Realismus Goyas, der für die Zustände in Spanien eine angemessene (!), eine grotesk-phantastische Form findet. Um das nachvollziehbar zu machen, wollen wir als Einstimmung für die Betrachtung zweier Capricho-Blätter das Wirken der spanischen Charaktermasken andeuten.

60% der Spanier waren Bauern und Tagelöhner, aber nur 30% des Bodens gehörte Gemeinden und Bauern. Über 50% besaß vor allem der Hochadel, die Kirche noch mal 16%. Wie im übrigen Europa auch, waren die Besitzverhältnisse Grundlage zur ungeheu-

ren Ausbeutung der Volksmassen. Verdiente ein Tagelöhner auf dem Land 3–4 Realen am Tag (wovon das meiste für Schuldentrückzahlungen draufging), so verbrauchte der Herr Herzog von Medina Celi 12000 Realen täglich für seinen Hofstaat. Der König dagegen brauchte sogar 80 Mio. im Jahr für seinen 20000 Personen zählenden Hofstaat (1/10 des Bruttosozialprodukts). Der übelste Schmarotzer und im Volk verhaßteste Mann war aber der Günstling des Königspaares und Bettgefährte der Königin, den sie innerhalb weniger Jahre vom einfachen Offizier zum Ministerpräsidenten machte (bis 1808 das Volk ihn stürzte). Er raffte schließlich jährlich mehr zusammen, als



alle Richter Spaniens verdienen, über 40 Mio. Realen. Während er Korruption, Intrigen, Bestechungen, Verrat und Unterdrückung zusammen mit der Königin organisierte (heute unter dem Begriff „Regierungsgeschäfte“ zusammengefaßt), ging der König das ganze Jahr über jagen, meist von morgens bis abends. Für die blödesten Eifersüchteleien zwischen Hochadel und Krone war nie zuwenig Geld da, für die Durchführung von Reformen immer zuwenig (1808 betrugen die Staatsschulden 8,2 Mrd. Realen). So hatte die Herzogin von Alba extra einen Beauftragten in Paris sitzen, der ihr sofort alle neuen Pariser Modegags mitteilen mußte, so daß sie noch eher als die Königin bei Empfängen mit ihrem Gefolge in neuester Pariser Mode anrauschen konnte. Straßenraub, Bettelei, Prostitution, täglicher Betrug (so mußten die Madrider Fleischabwieger falsch abwiegen, um

selber genug zum Leben zu haben) waren die Auswirkungen der Not und Korruption bei den Volksmassen. Ein riesiger Spitzel- und Polizeiapparat sowie die brutale Inquisition wachten darüber, daß der Gedanke an Revolution nicht aus Frankreich „übersprang“.

Auf was für „Einfälle“ kommt Goya nun angesichts solcher Zustände? Zum Beispiel Capricho Nr. 55: eine häßliche, alte adelige Ziege, die sich in ihrer Borniertheit im Spiegel noch zu gefallen scheint, mit ihrem lächerlichen Häubchen, dem dünnen Körper unter dem Rüschenkleid, den bestickten Strümpfen und modischen Schuhchen. Die jungen Gecken im Hintergrund reißen sich mühsam zusammen, die Dienerin scheint sich ein Tuch vor den Mund halten zu müssen, um nicht laut los zu prusten. Unterschrift: Bis zum Tode. Goya läßt offen, ob die Alte sich für die jungen Herren zurechtmacht, ob diese es auf ihr Geld oder auf die Dienerin abgesehen haben. Solche Charaktermasken sind uns heute keineswegs fremd. Deshalb versteht man Goya gut, man spürt seinen Ekel, seinen Spott. Man kann, wie Goya, kein Mitleid empfinden, sondern bestenfalls Schadenfreude über die Vergeblichkeit der Putzsucht der Alten. Das macht Goyas Realismus aus. Seine Empfindungen sind hautnah, alltäglich. Deshalb interessieren sich so viele für seine Kunst und versuchen sie zu verstehen. Aber genau das macht die bürgerlichen Kunstaufseher auch so kribbelig; sie haben's lieber etwas klassenneutraler, möchten gern einen ins allgemein Menschliche entrückten Goya. Werner Hofmann, der Organisator der Hamburger Goya Ausstellung (Kunsthalle, bis 4.1.81), interpretiert in seinem Ausstellungskatalog (der im übrigen viele brauchbare Informationen enthält) deshalb ordentlich an dem Blatt herum (in der Ausstellung selber hat er dagegen den anderen üblichen „Kunstgriff“ angewendet: Goya völlig von historischen Fakten zu trennen, so daß man ihn nicht mehr verstehen kann). Hofmann interpretiert: „Selbst der Spiegel zeigt nicht die Wahrheit, er dient der Lebenslüge: die meisten sehen in ihm, was sie wollen.“ Die meisten?! Goya's Aussage ist: Bestimmte Vertreter einer bestimmten Klasse! Hofmann fährt fort: „Er behandelt die eitle Verdrängung der Vergänglichkeit.“ Und schon

steht Goya über den Zeiten und vor allem über den Klassen. Man stelle sich jetzt nur mal vor, wie die „eitle Verdrängung der Vergänglichkeit“ bei der Frau eines armen Tagelöhners mit vier Realen am Tag ausgesehen haben würde.



Im anderen Blatt (Capricho 52, Untertitel: Was ein Schneider vermag) zeigt Goya, wie erschrockene, vor Angst weinende oder demütigte Frauen und Männer vor einem Baum niederknien und ihn anbeten, nur weil er mit einer riesigen übergeworfenen Kutte einem Mönch ähnlich sieht, der drohend die Arme erhebt. Im Hintergrund schwirren nackte dämonische Wesen durch die Luft, die Knie im Fliegen an den Körper gepreßt, der eine nackt auf einer Eule reitend. Goya zeigt hier einerseits das Ergebnis der kirchlichen Unterdrückung: Aber- und Wunderglauben, Angst vor Bestrafung durch die Pfaffen, Abhängigkeit durch gewaltsam aufrechterhaltene Unwissenheit. Auf der anderen Seite greift er die Kirche an, indem er die asketischen, nach Vollkommenheit strebenden Christen – den Mönch – ketzerisch als verkleideten Baumstumpf darstellt, dem die Dämonen unter den Armen hervorfliegen.

Als das spanische Volk den revolutionären Befreiungskampf gegen Napoleon Bonaparte trotz schlechtesten Vorbereitungs, fast waffenlos und gegen den Verrat von Klerus, Adel und König aufnimmt, findet Goya in einem weiteren Radierzyklus („Die Schrecken des Krieges“) zu wieder neuen Ausdrucksformen seines Realismus, um den Heldenmut und die gewaltigen Opfer des Volkes eindringlich darzustellen.

Kohleveredlung Erweiterung der Energiebasis

Als *moderne Verfahren der Kohleveredlung* fördert die Bundesregierung die *Kohleverflüssigung* und *Kohlevergasung*. Seit 1974 wurden dafür 650 Mio. DM aufgewendet. In den 80er Jahren sollen 14 großtechnische Anlagen zur Kohleveredlung in Betrieb gehen, davon 11 Anlagen zur Kohlevergasung und 3 Anlagen zur Kohleverflüssigung.

Kohlevergasung: Bei der Vergasung von Kohle strebt man die vollständige Umsetzung der Kohle in ein brennbares Gas an. Bei hohen Temperaturen werden als Vergasungsmittel Luft, Sauerstoff, Dampf und Wasserstoff eingesetzt. Das Ergebnis sind je nach Reaktionsbedingungen Gemische von Kohlenmonoxid (CO), Methan (CH₄), Wasserstoff (H₂) und Stickstoff (N₂). Das Gas eignet sich je nach Zusammensetzung als *Brenngas* für Industrie und Kraftwerke, als synthetischer Erdgasersatz (*SNG*) oder als *Synthesegas* für die chemische Industrie. Vom Verfahren her unterscheidet man je nach dem Zustand der Kohle im Reaktor zwischen *Festbettvergasung*, *Wirbelschichtvergasung* und *Flugstromvergasung*.

Kohleverflüssigung: Die wichtigsten Verfahren zur Kohleverflüssigung sind die Umsetzung des aus der Vergasung erhaltenen Synthesegases (eines Gemisches aus Kohlenmonoxid und Wasserstoff, CO und H₂) und die direkte Hydrierung der Kohle bei hohem Druck und Temperaturen von ca. 500 Grad C (Hydrierung = Reaktion mit Wasserstoff). Vom Synthesegas führen verschiedene Wege zu Flüssiggas, Benzin, Benzinersatzstoffen wie Methanol (Methanol ist der einfachste mögliche Alkohol CH₃OH) und Heizöl. Die direkte Hydrierung der Kohle wurde im faschistischen Deutschland von den IG-Farben entwickelt (IG-Verfahren), es wurden damit 4-5 Mio. t Treibstoff pro Jahr hergestellt, aus Synthesegas wurden damals nach dem Fischer-Tropsch-Verfahren einige Hunderttausend t pro Jahr hergestellt.

Wirtschaftliche Bedeutung der Kohleveredlung

Laut Kohleveredlungsprogramm der Bundesregierung kosten die geplanten Anlagen zum Preisniveau von 1979 13 Mrd. DM. Dazu kommen noch Forschungs- und Betriebskosten für die Pilotanlagen. Die 11 Anlagen zur Kohlevergasung sollen ca. 17 Mio. t Kohle umsetzen, die 3 Anlagen zur Verflüssigung 12 Mio. t Steinkohle und 10 Mio. t Braunkohle. Alle Veredlungsverfahren kranken heute daran, daß Kohle nicht nur chemisch umgesetzt wird, sondern zur Erzeugung der Reaktionsenergie nochmal fast ebensoviel Kohle verbrannt werden muß. „Flüssigprodukte und künstliches Erdgas aus deutscher Steinkohle kosten heute etwa das 2 bis 4-fache der Erdölprodukte bzw. des Erdgases“. Die KWU, eine Siemens-Tochtergesellschaft und Monopol zur Errichtung von Kernkraftwerken in der BRD, stellt fest: „Ein Verzicht auf die Kernenergie stellt damit die Kohleveredlung überhaupt in Frage“. Ab 1990 soll die zur Veredlung nötige Energie teilweise aus den heute schon üblichen Leichtwasserreaktoren kommen (z.B. Kraftwerken wie in Biblis), ab 2000 aus dem noch zur Reife zu entwickelnden Hochtemperaturreaktor. Nach Ansicht der KWU ist ohne den Verbund Kohle-Kernkraft und die Stromerzeugung aus Kernkraftwerken überhaupt nicht genug Kohle für die Veredlung auf dem Markt.

Im Zusammenhang mit der Kohleveredlung ist viel die Rede von der „Unabhängigkeit“ der BRD von den Ölförderländern. 1978 wurden etwa 150 Mio. t Erdöl verbraucht. Etwa 5 Mio. t Öl können nach 1992 bestenfalls aus etwa 22 Mio. t Stein- und Braunkohle hergestellt werden, das sind etwa 3,4 % des Verbrauchs von 1978. Etwa 10% des Öls können möglicherweise auf andere Wege durch Kohle ersetzt werden, die dann aber auch importiert werden muß. Es geht für die westdeutschen Kapitalisten nicht um den Ersatz des Erdöls, das nach wie vor billiger ist als die Kohleveredlungsprodukte. Es geht darum, den Erdölproduzenten Konkurrenz zu machen, durch die Technologie für Kohle und Kernkraft, durch den Export von Anlagen in Länder mit billiger Kohle. Deshalb werden mit staatlichen Subventionen alle Verfahren zur großtechnischen Reife gebracht. Im

Kriegsfall sind die 5 Mio. Tonnen Öl pro Jahr und die strategische Reserve von Erdöl für 90 Tage allenfalls geeignet, sich per Blitzkrieg in den Besitz fremder Ölquellen zu bringen.

Kabelfernsehen Einstieg für die Kapitalisten

1978 beschlossen die Ministerpräsidenten der Länder 4 Pilotprojekte für Kabelfernsehen in Dortmund, Berlin, Ludwigshafen und München. Geplanter Beginn: 1983. Den Kapitalisten soll damit der direkte Zugriff auf die bisher öffentlich-rechtlich monopolisierten Rundfunk und Fernsehen ermöglicht werden. Technische Grundlage ist die Möglichkeit, mittels Lichtleitfasern Lichtstrahlen über größere Entfernungen nahezu verlustlos fortzuleiten. Die Faser aus reichlich vorkommendem Siliziumdioxid wird mit einem Material von geringerem Brechungsindex ummantelt, sodaß an der Faseroberfläche Totalreflexion eintritt. Die Intensität des Lichtstrahls wird vor Eintritt in die Faser im Takt eines elektrischen Signals moduliert. Über eine Photodiode wird am Ende des Faserwegs das ursprüngliche Signal zurückgewonnen. Läßt man durch geeignete Dotierung der Faser mit Germaniumdioxid-Atomen den Brechungsindex zur Faserachse hin parabolisch anwachsen, so erübrigt sich die Ummantelung, gleichzeitig ermöglicht das die Fortleitung einer großen Bandbreite von Trägerfrequenzen. Über eine Faser von 50-100 Tausendstel Millimeter Dicke lassen sich mühelos 600-700 Telefongespräche parallel übertragen. Die geplanten Breitbandkabel ermöglichen die Berieselung der Fernsehteilnehmer mit einer Vielzahl von Programmen. Die internationale Konkurrenz und die erwarteten Profite treiben die Bourgeois zur Eile. In den USA sind bereits 15 Mio. Haushalte an 4000 Kabelgesellschaften angeschlossen, die Umsätze erreichten 1977 die Milliarde, 1979 bereits 1,8 Mrd. Dollar. Strauß forderte die „unverzügliche“ Verkabelung des Münchner Pilotgebietes, Späth will ein eigenes Pilotprojekt schon 1982. Rheinland-Pfalz schrieb gesetzlich die Beteiligung „privater Veranstalter“ an der Programmgestaltung fest.

Die Lohnpolitik der Kapitalisten der schroffen Spaltung im Gefü

Die von Schmidt angekündigten Angriffsziele der Kapitalistenklasse zur Senkung der Zahlungen für die verrentete Arbeitskraft sind beachtlich: Bestätigung der Beitragserhöhung zur Rentenversicherung ab 1.1.81; Ankündigung, daß die Rentner nicht nur die Hälfte der Krankenversicherung neuerdings selbst zahlen sollen, sondern daß sie auch bereits zugesagte Vergütungen dafür noch zurückzahlen sollen; Ankündigung der Reform der Witwenrenten *ohne* Festlegung auf eine bestimmte Höhe der zukünftigen Hinterbliebenenrenten; schließlich der Hinweis, daß 1984 die Zeit für „Gleichbehandlung“ gekommen sei, also Anpassung an die Nettolohnentwicklung. Letzteres ist am Tage der Regierungserklärung durch Ehrenberg verdeutlicht worden: 1984 müsse wieder über die Besteuerung der Renten geredet werden.

Ein „hoher Rentenstandard“ soll all dies rechtfertigen, hoch in Bezug auf den „vergleichbaren Nettolohn“. Wie kommt dann jedoch, daß die amtliche Statistik für die rund 5,4 Mio. Versichertenrenten aus der Arbeiterrentenversicherung im Januar 79 eine durchschnittliche monatliche Höhe von 669 DM angibt? Der Durchschnittsnettolohn nach Berechnungen des Ehrenbergministeriums beträgt 1979 1649 DM, 71% davon machten 1171 DM aus, die durchschnittliche Rente, die die versicherten Arbeiter (Männer und Frauen) beziehen macht *davon* ganze 57% aus! Dennoch besteht der „hohe Rentenstandard“, von dem Schmidt spricht: als Renten-

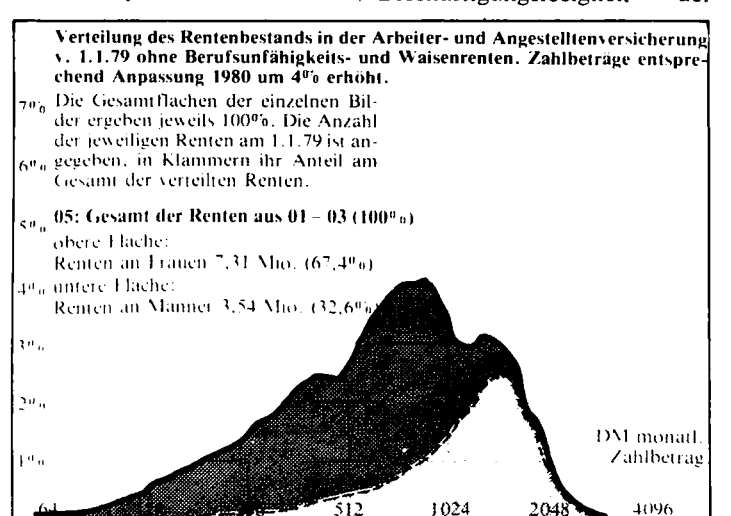
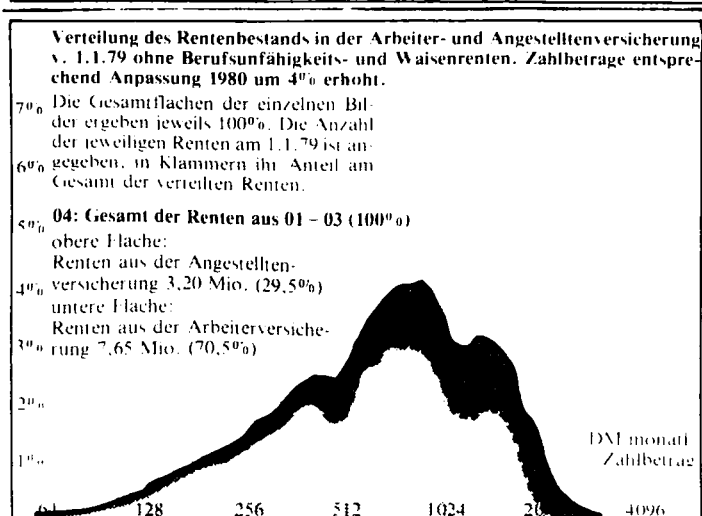
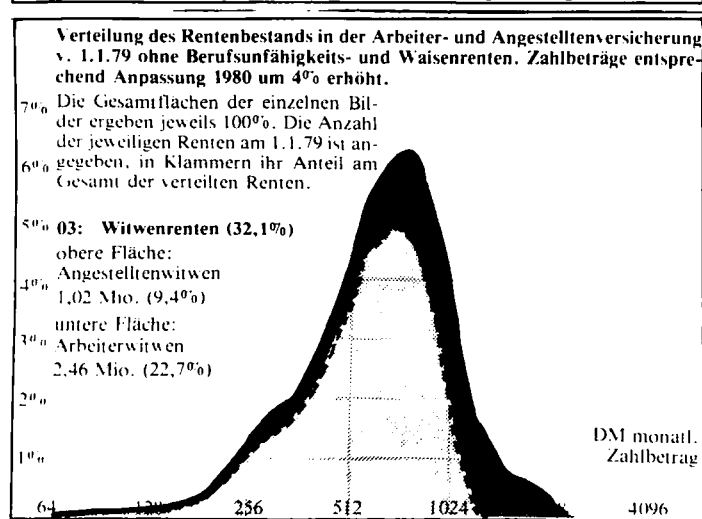
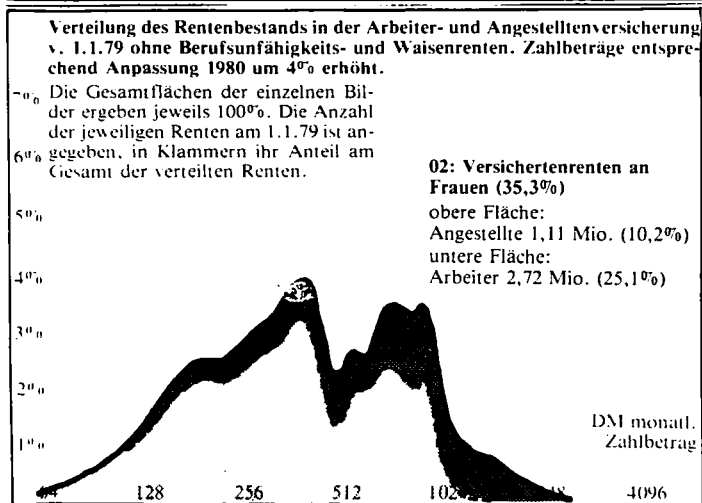
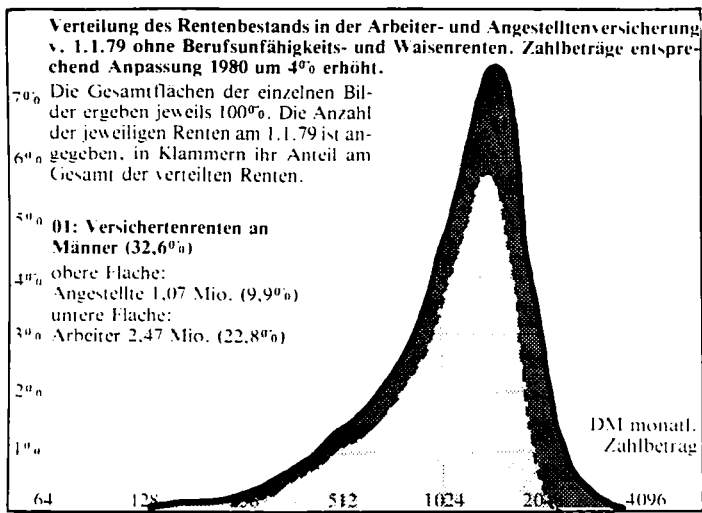
standard von wenigen besser bezahlten Angestellten, wie es die nebenstehend abgebildeten Verteilungen des Rentenbestandes deutlich im Einkommensbereich zwischen 1200 DM und 2000 DM deutlich ausweisen. Auf der linken Seite dieser Verteilungen treten die unterhalb jedes irgendwie noch denkbaren Lebensstandards liegenden Renten der weiblichen Arbeiter hervor.

Im Vergleich zur Verteilung der Bruttolöhne ist so der Rentenbestand durch eine noch um vieles schroffere Spaltung gekennzeichnet. Schätzt man, daß der Hauptteil der Lohnabhängigen bei regelmäßiger Arbeitszeit etwa zwischen 1000 DM und 8000 DM brutto verdient, so mögen die entsprechenden Grenzwerte für die Renten bei 64 DM und 3000 DM liegen. Im Bruttolohngefüge macht der obere Eckwert ungefähr das Achtfache des unteren Wertes aus, in der Verteilung des Rentenbestandes beträgt dieser Faktor bei den angegebenen Werten rund 47.

Im Rentenzugang 1979 ist diese Dehnung durch folgende Durchschnittswerte der Altersruhegelder gekennzeichnet:

Arb. Frauen 419 DM (26,2)
Ang. Frauen 678 DM (29,5)
Arb. Männer 1045 DM (38,5)
Ang. Männer 1387 DM (39,3)

Die Zahlen in Klammern geben die durchschnittlichen anrechnungsfähigen Versicherungsjahre an. Man könnte nun zu dem Schluß kommen, daß sich die erhebliche Spreizung und die schroffe Spaltung der Verteilung der Renten nach unten vor allen Dingen ergibt aus der erzwungenen Beschäftigungslosigkeit der



Ursache der Renten

lohnabhängigen Frau während der Aufzucht von Kindern.

In der unten stehenden Tabelle ist das Verhältnis des durchschnittlichen Verdienstes der männlichen und weiblichen Rentner der Arbeiter- und Angestelltenversicherung zum Durchschnittslohn aller Rentenversicherten gegliedert nach den zurückgelegten Versicherungszeiten ausgewiesen. Die Daten ergeben: Selbst wenn der weiblichen Arbeitskraft für die Aufzucht z.B. des ersten Kindes eine Ersatzzeit von wenigstens 10 Versicherungsjahren angerechnet würde, wäre damit die schroffe Spaltung im unteren Bereich der Rentenverteilung und die durch die Kinderaufzucht unter den bestehenden Verhältnissen noch gesteigerte Abhängigkeit insbesondere der Arbeiterin vielleicht etwas gemildert, aber die bestehende Spaltung wäre doch keineswegs be-

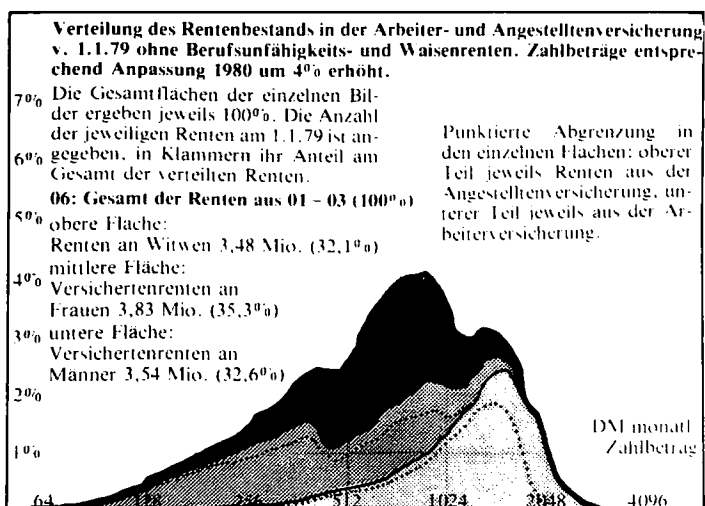
seitigt. Die entscheidende Ursache dieser Spaltung ist die Lohnpolitik der Kapitalisten, die die Arbeiterinnen in die Zone der niedrigsten Löhne preßt. Die unten angegebenen Verhältniswerte der Bruttolöhne für die zurückgelegten Versicherungszeiten zu dem entsprechenden Durchschnittslohn aller Rentenversicherten kann man als Kennwerte des Lohngefüges für eine ganze Generation von Arbeitern und Angestellten betrachten. Die in der Verteilung der monatlichen Löhne bereits erkennbare Spaltung durch Bildung einer Niedriglohnzone unten und einer Zone guten Verdienstes durch Besserstellung eines Teils der Angestellten tritt in diesen durchschnittlichen Lohnverhältnissen über die Lebensarbeitszeit als Grundlage der schroffen Spaltung der Rentenverteilung deutlich hervor.

Die durchschnittliche Entgeltrelation (I) bei Altersruhegeldern in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten nach der Zahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre am 1.1.79

Anzahl anrechnungsfäh. Versicherungsjahre von ... bis unter ... J.	Altersruhegelder wegen Vervollendung d. 65. J.		Vervollendung d. 65. J.	
	Arbeiterrentenvers.		Angestelltenvers.	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
15 - 20	0,86	0,43	1,27	0,66
20 - 25	0,92	0,47	1,37	0,76
25 - 30	0,95	0,51	1,42	0,82
30 - 35	0,97	0,59	1,48	0,90
35 - 40	1,00	0,65	1,52	0,96
40 - 45	1,04	0,70	1,53	1,04
45 und mehr	1,10	0,74	1,48	1,12
Durchschnitt	1,01	0,49	1,46	0,79

(I) Entgeltrelation = Verhältnis des Bruttoarbeitsentgelts eines Versicherten während der von ihm zurückgelegten Beitragszeiten zum durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelt aller Versicherten der ArV und der AnV.

Quellen für die Schaubilder und die angegebenen Werte: Rentenanpassungsbericht der Bundesregierung 1979, Bundestagsdrucksache 8/2709, und der Bericht über Zugang und Wegfall in der Rentenversicherung, hrsg. v. Verband der Rentenversicherungsträger.



Die Rente der Witwe

Die Rente der Witwe wird gezahlt aus der Versicherung ihres verstorbenen Ehemannes. Die Rentenansprüche der Witwe gründen sich auf die Versicherungsbeiträge, die zu Lebzeiten des Ehemannes von seinem Lohn einbehalten wurden. Die Anwartschaft der Witwe auf diese Rente ist erfüllt, wenn der Ehemann über einen Zeitraum von 60 Kalendermonaten Beiträge gezahlt hat.

Die Höhe der Witwenrente hängt erstens vom Verhältnis des durchschnittlichen Verdienstes des Ehemannes zum Durchschnittslohn der Rentenversicherten (P) ab. Zweitens davon, ob die Witwe eine „Bedarfssituation“ nachweisen kann.

Eine „Bedarfssituation“ ist gegeben unter folgenden Bedingungen: Die Witwe hat das 45. Lebensjahr vollendet; die Witwe ist berufs- oder erwerbsunfähig; oder sie erzieht mindestens ein waisenberechtigtes Kind bzw. sorgt für ein Kind, das wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen Waisenrente erhält.

In diesen Fällen besteht Anspruch auf die „große Witwenrente“. Diese beträgt sechs Zehntel oder 60% des Anspruchs des verstorbenen Ehemannes auf Erwerbsunfähigkeitsrente zum Zeitpunkt seines Todes ohne Kinderzuschuß. Sofern der verstorbene Ehemann bereits eine Altersrente bezog, wird die Witwenrente in der Regel auf 60% dieses Zahlbetrags festgesetzt.

Zum Verständnis des folgenden Rechenbeispiels zunächst zum Unterschied zwischen dem Altersruhegeld und der Rente aufgrund von Erwerbsunfähigkeit. Der Versicherungsfall für letztere Rente ist die Unverkäuflichkeit der Arbeitskraft vor Erreichen der Altersgrenze. Der Steigerungssatz der Erwerbsunfähigkeitsrente (St_e) ist mit 1,5% der gleiche wie der der Altersruhegelder. Die anrechnungsfähigen Versicherungsjahre der Erwerbsunfähigkeitsrente (V_e) jedoch werden anders bestimmt: Zu der Summierung von Beitrags-, Ersatz- und Ausfallzeiten wie bei den Altersruhegeldern kommt die Zurechnungszeit hinzu. Die Zurechnungszeit ist der Zeitraum zwischen dem Eintritt des Versicherungsfalles, der Erwerbsunfähigkeit und der Vervollendung des 55. Lebensjahres.

Beispielrechnung: Der versicherte Ehemann stirbt 1980 nach 30 Jahren anrechenbarer Versicherungszeit mit Vervollendung des 50. Lebensjahres. Sein durchschnittlicher Verdienst beträgt drei Viertel des Durchschnittslohns der Rentenversicherten (P). Die Witwe hat das 45. Lebensjahr vollendet. Wie hoch ist die ihr zustehende „große Witwenrente“ (R_w)?

$$R_w = \frac{6}{10} \times B \times P \times V_e \times St_e$$

B = 21911 DM (= allgemeine Bemessungsgrundlage 1980)

P = 0,75 (= persönliche Bemessung des Ehemannes)

V_e = 35 (= Versicherungsjahre + Zurechnungszeit)

St_e = 1,5% (= Steigerungssatz Erwerbsunfähigkeitsrente)

$$R_w = 0,6 \times 21911 \times \frac{75}{100} \times 35 \times \frac{1,5}{100} \text{ (DM)}$$

$$R_w = 5176,47 \text{ DM}$$

Der monatliche Zahlbetrag dieser „großen Witwenrente“, der zwölfte Teil des Ergebnisses, beträgt 431,37 DM.

Hat die Witwe abweichend vom obigen Beispiel das 45. Lebensjahr nicht vollendet und ist sonst die „Bedarfssituation“ nicht gegeben, so hat sie nur Anspruch auf die „kleine Witwenrente“. Die „kleine Witwenrente“ beträgt sechs Zehntel oder 60% der Berufsunfähigkeitsrente des verstorbenen Ehemannes, jedoch ohne Zurechnungszeit und ohne Kinderzuschuß. Der Versicherungsfall der Berufsunfähigkeitsrente tritt ein, wenn die Erwerbsunfähigkeit eines Lohnabhängigen auf weniger als die Hälfte des in vergleichbarer Lage gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitsvermögens absinkt. Der Steigerungssatz der Berufsunfähigkeitsrente (St_b) beträgt nur 1,0%.

Beispielrechnung für die „kleine Witwenrente“: Versicherungsfall wie oben, die Witwe hat jedoch das 45. Lebensjahr nicht vollendet.

$$R_w = 0,6 \times B \times P \times V_b \times St_b \text{ (B und P wie oben)}$$

V_b = 30 (für Witwenrente keine Zurechnungszeit)

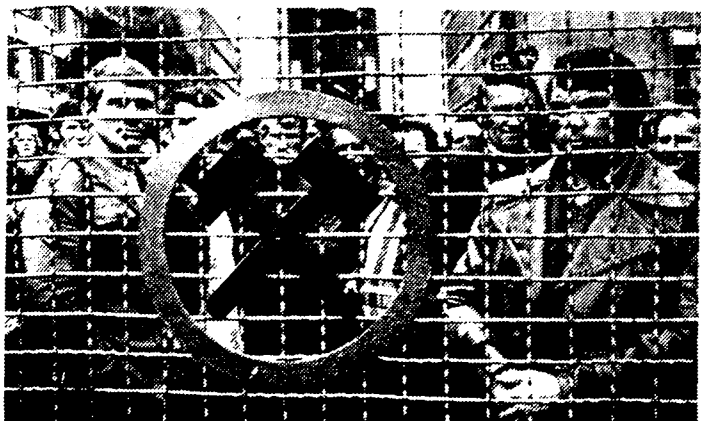
St_b = 1,0% (Steigerungssatz Berufsunfähigkeitsrente)

$$R_w = 0,6 \times 21911 \times \frac{75}{100} \times 35 \times \frac{1,0}{100} = 2957,99 \text{ DM}$$

Der monatliche Zahlbetrag dieser „kleinen Witwenrente“ beträgt also 246,50 DM.

Polen

UdSSR droht, USA drohen dagegen, EG droht mit



Die elementare Kraft, die in den Kämpfen der polnischen Arbeiterklasse zum Ausdruck kommt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, die Volkswirtschaft Polens ist durch ein derart perfides Kreditsystem gefesselt, daß für das Jahr 1980 der gesamte Exporterlös kaum den Schuldendienst decken wird.

Unter der dauernden Gefahr äußerer Einmischung steht jetzt die Aufgabe der Konsolidierung der Volkswirtschaft an.

Wojtyla wörtlich

„Die Kirche teilt mit dem Menschen‘ Was? Den Wunsch nach einem gerechten Leben‘

Die Entwicklungshilfe der Kirchen hat sich in der Öffentlichkeit einen guten Ruf verschafft. Alles käm an Ort und Stelle. Direkt zu den Bedürftigen. Verplant von Leuten, die die Verhältnisse im Lande genau kennen und Freud und Leid mit den Einheimischen teilen. Wahrscheinlich stellt

die Entwicklungshilfe der Kirchen den geschicktesten Versuch dar, die Unabhängigkeit der jungen Nationalstaaten zu umschleichen mit dem Ziel, den revolutionären Bewegungen in diesen Ländern zwar beileibe nicht den materiellen Grund, wohl aber die moralische Grundlage zu entziehen.



Weihnachtsgeschäft

Steigende Profite, sinkender Konsumtion

Zwar ist der bisherige Jahresumsatz des Einzelhandels durch Lohnsenkungen und Preissteigerungen gesunken. Aber für das „Weihnachtsgeschäft“ sind gleich 17,5% des bisherigen Umsatzes eingeplant – irgendwann müssen die unumgänglichen Reproduktionsmittel schließlich gekauft werden. Das Kunststück steigender Profite bei sinken-

dem Konsum der Lohnabhängigen wollen Einzelhandelskapitalisten und Warenhauskonzerne mit einer doppelten „Weihnachtsschlacht“ bewerkstelligen: Qualitätsverschlechterung der Waren und Betrug gegen die Käufer, Überstunden, Samstagsarbeit, gesteigerte Arbeitshetze bei gleichem Lohn gegen die Lohnabhängigen im Handel.

Argentinien

Militärregime ruiniert die nationale Wirtschaft

Mit Belagerungszustand und Verbot von Arbeiterparteien und Gewerkschaften regiert das Militärregime seit dem Putsch von 1976. Die Öffnung des Landes für imperialistischen Waren- und Kapitalexport untergräbt die nationale Wirtschaft, die schon vor 50 Jahren entwickelt war. Mit zunehmenden Kämpfen antwortet die argentinische Arbeiterklasse auf die Verschlechterung ihrer Lage.

